

GENZ



Bewegung steckt in Protesten, Wasser, politischen Entscheidungen, Musik wie Kunst, persönlichen Geschichten, im Kleinen wie im Großen. GENZ 09 hält inne und schaut genauer hin.





Was bewegt dich gerade?

„Was bewegt dich gerade?“, mit diesen Worten begrüßt mich Alex im Frühling, während diese GENZ Ausgabe noch im Entstehen ist. „Das ist eigentlich viel cooler, als nur zu fragen, wie es dir gerade geht“, meint er und ich bin sofort überzeugt. Also frage ich in den kommenden Wochen meine Mitmenschen nicht mehr, wie es ihnen geht, sondern was sie bewegt. Als Antwort bekomme ich die unterschiedlichsten Geschichten und Gefühle zu hören: Donald Trump, der neue Personalausweis, die Wohnungssuche, der Ukraine-Krieg, die Eisheiligen, Hamburgs Olympia-Bewerbung...

Schwieriger zu beantworten ist die Frage: „Was bewegst du gerade?“ Co-Chefredakteur Alex bewegt Fußbälle, Staatsanwaltschaften und Behörden in ihren Bürostühlen und Friends mit seiner Meinung. Layouterin Maraia bewegt aktuell viele Pixel für GENZ 09 und sich selbst mehr dazu, für ihr Glück und ihre Gesundheit zu tun. Ich bewege vor allem die Tasten meines Laptops, Umzugskartons, hin und wieder meinen Körper auf eine Joggingrunde in den Stadtpark und GENZ-Artikel in den „Finale-Texte“-Ordner.

In der 9. Ausgabe GENZ halten wir inne und betrachten die Dinge, die sich um uns herum weiterbewegen. Wasser fließt, Meinungen driften auseinander, Politiker*innen diskutieren ein Social-Media-Verbot, Musik bewegt Menschen, queere Kunstführungen eröffnen neue Denkansätze, Nachhaltigkeit fordert gesellschaftlichen Wandel – eigentlich ist alles ständig in Bewegung.

Wir sehen, wie sich Gesellschaften verändern und Debatten verschieben. Bewegung steckt in Protesten und politischen Entscheidungen, aber auch in persönlichen



Geschichten, neuen Perspektiven und kleinen Veränderungen im Alltag. Wir sprechen mit Expert*innen über Rechtsruck, Cancel-Culture, Pressefreiheit und Diskriminierung. Vom ehemaligen Häftling, über Drag Queen bis hin zu EU-Abgeordneten, sie sind alle in Bewegung.

Politische Bildung bedeutet für uns deshalb nicht nur, Entwicklungen zu beobachten, sondern sie kritisch zu hinterfragen, unterschiedliche Perspektiven sichtbar zu machen und neugierig zu bleiben. Mit Interviews, Reportagen und Erfahrungsberichten wollen wir auch in dieser Ausgabe den Menschen und Themen eine Stimme geben, die sonst oft überhört werden.

Mit GENZ 09 wollen wir ermutigen, stillzuhalten, um deine Mitmenschen zu fragen, was sie gerade bewegt, und dich selbst, was du bewegst.

Let'Z get this!

Felicia – Chefredakteurin GENZ
Für die Landeszentrale für politische
Bildung Hamburg

INHALT

01

Editorial

04

Hamburg fließt – aber
wohin?

JOHANNA PETSCHICK

08

Cancel-Culture – Empower-
ment oder Gefahr
für die Debattenkultur?

VERA MENGE



11

Sechs Jahre Knast: Der Weg
zurück ins Leben

ELISABETH GEFELLER

14

Beats gegen das System – Wie
Musik zum Instrument wird

HABIBE HOLZKAMP

18

Inklusion im Feed, Barrieren im All-
tag – Wie soziale Medien Sichtbarkeit
schaffen und warum Inklusion im Alltag
trotzdem oft an Grenzen stößt.

MERAL NUR KATRAN



22

Rechte Frauen oder Frauenrechte?

CARLOTTA SCHNEPEL

24

Generation Dauerkrise: Wenn
die Nachrichtenflut
lähmt, statt zu bewegen

JO SENSE

28

Social Media Verbot – Einerseits

ALEX FRIELING

30

Social Media Verbot – Andererseits

ANNELIESE HEINDEL

32

Auf die Plätze ... fertig ... Change?

LORENZ KIRSCHALL

34

Black History Month: Zwischen
US-Vorbild und afrodeutscher Realität

MAHNAL SOUROU

38

Nicht die Praktikantin: Wie zwei Gen Z –
Politikerinnen die EU erleben

FELICIA HOLTkamp



42

Bewegung im Rechtssystem – Ehrenamt
in der Refugee Law Clinic

VIVIEN LLOYD

50

Aufruhr im Museum – Wenn Dragqueens
durch alte Säle und Geschichte führen

PAULINE RUPRECHT



54

Hamburg vernetzt: Wie aus Haltung
Bewegung wird

KAYRA AKTAS

56

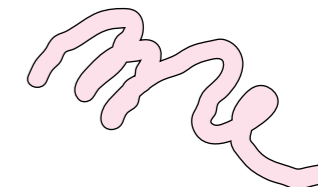
Wie Fridays for Future erwachsen wurde

HANNAH MEYER

60

Die Hüter der Demokratie: Journalismus
ohne Grenzen?

CARLOTTA HENSEL



64

Obdachlosigkeit in Hamburg: zwischen
Teilhabe und Ausgrenzung

VALERIA VAN MELIS

68

Team

70

Glossar

72

Impressum

HAMBURG FLIESST – ABER WOHIN?

Text: Johanna Petschick
Illustration: Yvonne Alon

Deine Emotional-Support-Waterbottle funktioniert dann am besten, wenn sie auch mit Wasser gefüllt ist. Schritte zählen, Schlaf und Screentime-Tracking ist ganz normal, aber mal ehrlich: Wer achtet auf den eigenen Wasserverbrauch? Während wir uns durch TikToks über Dürre, Fluten und Klimakrisen scrollen, läuft im Hintergrund zuverlässig der Wasserhahn. Wasser ist das Symbol für Bewegung und unsere wichtigste Ressource. „Schietwetter und Korn, Ich bin hier gebor'n, Und bleib' für immer derselbe, Dank meiner Stadt an der Elbe“, rappt Musiker Chapo102 und bringt auf den Punkt, wie sehr Hamburg von Wasser geprägt ist. Hansestadt, Hafen, Alster – you name it, alles funktioniert mit Wasser. Das kreierte aber auch eine Abhängigkeit. Was würde also passieren, wenn der Hahn abgedreht wird?

Fast 71 Prozent unseres Planeten sind von Wasser bedeckt, aber nur etwa drei Prozent davon sind Süßwasser. Das meiste davon ist entweder in Gletschern gefroren oder unter der Erde vergraben. Deswegen sind weniger als ein Prozent für Menschen frei zugänglich. Was passiert momentan mit diesem Prozent? In Deutschland versickern laut FOCUS-Recherchen jährlich rund 320 Milliarden Liter Trinkwasser ungenutzt im Boden. Der Grund dafür sind marode Rohre und Lecks. Alte Infrastruktur ist für den Wasserkreislauf ein riesiges Problem. Wie du dir denken kannst, hat das Wasser, das bei dir im Viertel aus dem Hahn kommt, einen langen Weg zurückgelegt und sprudelt nicht einfach so aus der Wand. Hamburg gewinnt sein Trinkwasser ausschließlich aus Grundwasser. Nach Angaben der Hamburger Umweltbehörde stammen 61 Prozent direkt aus Hamburg, 26 Prozent aus Schleswig-Holstein und 13 Prozent aus der Nordheide in Niedersachsen. Letzteres gehört zur Lüneburger Heide, um deren Wasser seit Jahren gestritten wird. Dort pumpt der Versorger Hamburg Wasser seit den 1970er-Jahren jährlich zwischen 15–16 Millionen Kubikmeter Grundwasser hoch, um vor allem den Westen und Süden Hamburgs zu versorgen. Wie viel Wasser an welcher Stelle abgepumpt werden darf, regeln wasserrechtliche Genehmigungen. In Hamburg liegt die erlaubte Gesamtfördermenge der Wasserwerke bei rund 34 Millionen Kubikmetern Grundwasser pro Jahr. Allerdings verbraucht Hamburg als wachsende Metropole mehr Wasser als sie hat. Also ist die Stadt darauf angewiesen, dass umliegende Regionen mitliefern, wobei sich ein Machtgefälle zeigt. Die Großstadt sichert ihre Versorgung auch aus ländlichen Gebieten, die mit den Folgen der Wasserabführung klarkommen müssen. Am Beispiel Lüneburg zeigt sich, wie Naturschutzgebiete leiden und infolgedessen Naturschutzverbände klagen.



Wasser ist für uns in Deutschland so selbstverständlich, dass Forschende von „Wasserblindheit“ sprechen. Darauf, dass das Wasser ausgehen könnte, sind die Wenigsten vorbereitet. Eine Umfrage der Heinrich-Böll-Stiftung zeigt, dass nur zwei Prozent der Menschen Wasserkrisen als das dringendste Problem ansehen. Europa erwärmt sich derzeit schneller als alle anderen Kontinente. Der Global Water Monitor 2025 zeigt weltweit zunehmende Extremwetter und genau das erlebt auch Hamburg. Die Hansestadt ist abhängig von den Gütern, die im Hamburger Hafen rein und wieder raus schippern. Im vergangenen Jahr war es so trocken, dass in einigen Bereichen der Elbe Schifffahrt nicht mehr möglich war. Die Folgen des Klimawandels zeigen ganz klar, dass Wasserknappheit eines der zentralen Probleme der Generation Z sein wird. Aber wie macht man ein Problem sichtbar, das noch unsichtbar scheint?

Was junge Menschen konkret tun können, um mit Wasser sparsamer umzugehen, erklärt Sascha Maier, BUND-Referent für Gewässerpolitik. Er betont, dass etwa ein Viertel des Wasserverbrauchs in Deutschland auf die Haushalte zurückgeht.

Hast du schon mal darüber nachgedacht, wie viele Liter Wasser in einem Elbgold-Hafer-Latte stecken? Bis du das Barista-Getränk deiner Wahl in den Händen hältst, wird ein sogenannter Wasserfußabdruck verursacht. Kaffeebohnen wachsen hauptsächlich im „Kaffeegürtel“ um den Äquator und stammen aus Ländern wie Brasilien oder Äthiopien. Für den Anbau von Kaffee wird vor Ort viel Wasser benötigt. Nach der Ernte werden die Kaffeebohnen weiterverarbeitet und verschifft. Auch dieser Transport erfordert Wasser. Hier sprechen Wissenschaftler*innen von „virtuellem“ Wasser. Dieses landet zwar nicht direkt in der Tasse, wird aber während des gesamten Prozesses verbraucht. Laut dem UNESCO IHE Delft Institute for Water Education benötigt man für eine Tasse Espresso rund 140 Liter virtuelles Wasser. Für 200 Milliliter Hafermilch kommen nach Angaben der ETH Zürich etwa 7,6 Liter hinzu. Rund 150 Liter Wasser werden also insgesamt verbraucht, bis der Becher es über den Tresen schafft. Das ist so viel, wie in eine durchschnittliche Badewanne passt – und das für ein einziges Kaffeegetränk!

„Was alle machen können, ist natürlich weniger baden und lieber häufiger duschen oder auch mal die ein oder andere Dusche auslassen, wenn es mit der eigenen Körperhygiene passt. Das ist vielleicht nicht immer die wünschenswerteste Vorstellung, aber spart natürlich Wasser.“ Außerdem rät Maier dazu, Haushaltsgeräte zu überprüfen, aber er sagt auch: „Man muss sich nicht unbedingt eine neue Waschmaschine als junger Mensch kaufen, wenn man sowieso gucken muss, wie man die Haushaltsgeräte zusammenbekommt.“ Falls es zu einem Neukauf kommen sollte, könne man auf die Effizienz und Ökoprogramme achten.

Für Pflanzenfans, die viel Wasser zum Gießen für Monstera eins, zwei oder drei benötigen, rät Herr Maier, Wasser wiederzuverwenden. Regenwasser kann man zum Beispiel in Eimern auf dem Balkon auffangen, oder man kann auch abgekühltes Nudelwasser nutzen – das ist sogar nährstoffreich. Letztendlich bliebe das größte Problem die Infrastruktur im eigenen Haus, denn „die wenigsten Gebäude nutzen Brauchwasser für die Klospülung. Stattdessen wird Trinkwasser dafür verwendet.“ Dieser Umbau wäre eine wichtige Maßnahme, die Wasser sparen würde, aber sehr kostenintensiv ist.

Zum Schlagwort Wasserfußabdruck nimmt der BUND-Referent eine der liebsten Frühstückszutaten der Gen Z ins Visier: „Ein Klassiker, der immer wieder genannt wird, ist die Avocado. Außerhalb Deutschlands hat sie einen enorm hohen Wasserverbrauch. Und auch wenn sie natürlich sehr lecker schmeckt, sollte drauf geachtet werden, wo indirekt Wasser verbraucht wird.“ Ein Wasserfußabdruck entsteht aber auch online. Jedes Mal, wenn du auf einem Streamingdienst Serien schaust oder ein Reel auf Instagram hochlädst, werden deine Daten irgendwo gespeichert und bearbeitet. Maier erklärt: „Rechenzentren, in denen diese Daten laufen, verbrauchen viel Wasser, um ihre Server zu kühlen, gerade dort, wo Wasser ohnehin knapp ist.“ Das bedeutet, dass auch digitale Gewohnheiten, wie häufige Anfragen an ChatGPT, sich auf den Wasserhaushalt auswirken. Es gibt verschiedene Websites, die den eigenen Wasserfußabdruck berechnen. „Das hilft schon mal, den eigenen Lebensstil ein bisschen durchgespielt zu haben. Das sind alle Faktoren, die brin-



Aufgrund von heftigem Starkregen und langen Dürreperioden gerät unser Wasserkreislauf aus dem Gleichgewicht. Wasser, das wir auffangen und wiederverwenden könnten, wenn wir es angehen.

320 Mrd. Liter Trinkwasser gehen jährlich verloren – durch marode Rohre



gen was, aber sind auch stark für das gute Gewissen.“ Herr Maier betont, dass es mehr Regulierung von der Politik für Unternehmen braucht, denn diese verursachen den größten Wasserverbrauch.

Erinnerst du dich noch an den Juli 2025? „Der Sommer kam und Berlin war der schönste Platz auf Erden“ war ein viraler Sound, der auf ironische Art die Wetterlage in vielen deutschen Städten beschrieb. Statt Sommer, Sonne, Sonnenschein regnete es Wochen lang und am Elbstrand zu liegen und ein Spaßgetränk zu schlürfen, war nicht drin. Absurderweise gehörten 2024 und 2025 in Norddeutschland zu den trockensten Jahren dieses Jahrhunderts, obwohl sie von Phasen mit extremem Regen geprägt waren. Hamburg reagierte mit neuen Klimastrategien, Hochwasserschutz an Elbe und Alster und Investitionen von über einer Milliarde Euro bis Ende

2027. Durch höhere Durchschnittstemperaturen steigt die Verdunstung, und die Verteilung des Niederschlags ist unberechenbar. Es gibt also zu viel Wasser in kurzer Zeit, aber zu wenig im Rest des Jahres. Sind wir auf solche Extremfälle ausreichend vorbereitet? Sascha Maier nennt das Konzept der Schwammstadt als „blau-grüne Infrastruktur“. Blau für Wasser, grün für Natur. Regenwasser soll in der Stadt gehalten und bei Trockenheit langsam ins Grundwasser abgegeben werden. Zwar verfolgt die Bundesregierung eine nationale Wasserstrategie mit 78 Maßnahmen, doch aus Maiers Sicht fehlt vor allem Aufmerksamkeit. Das Thema Wasser sei in den Medien noch zu unsichtbar. Deshalb brauche es mehr Kommunikation auf Social Media und über Influencer*innen. So ließe sich Wasserblindheit langsam abbauen, indem Alltagsbeispiele zeigen, wo Wasser im Konsum steckt.

Der Wasserkreislauf ist die ewige Bewegung von Verdunstung, Wolken, Regen und Flüssen. Durch den Klimawandel gerät er aus dem Gleichgewicht, bringt mehr Extremregen und Dürre. Genau diese Bewegung steht auch als Symbol für Wandel. Achtet also nicht nur darauf, ob eure Emotional-Support-Water-bottles gefüllt sind, sondern auch, ob es genug Wasser gibt, um unsere Zukunft zu sichern.

Blaugrüne Infrastruktur unterstützt den natürlichen Wasserkreislauf



Die Lösung liegt buchstäblich unter unseren Füßen. Infrastruktur erneuern, Verhalten anpassen, Schluss mit Wasserblindheit. Fangen wir an, Wasser so zu behandeln, wie es ist: unersetzlich.

Cancel Culture - Empowerment oder Gefahr für die Debattenkultur?

Text:

Vera
Menge

Ein Video aus der Vergangenheit einer Person plopt plötzlich auf TikTok auf. Innerhalb weniger Stunden verbreitet es sich rasant im Internet. Tausende Reposts, Reactions und Kommentare folgen. Nutzer*innen fordern Konsequenzen. Kooperationspartner ziehen sich zurück, Auftritte werden abgesagt. Im Extremfall steht eine ganze Karriere auf dem Spiel. Szenarien wie diese sorgten in den vergangenen Jahren und auch aktuell immer wieder für Schlagzeilen. Häufig wird hierbei von „Cancel-Culture“ gesprochen – um die sich immer wieder polarisierende Diskussionen drehen. Denn einerseits macht sie Missstände sichtbar und gibt bislang wenig gehörten Stimmen Raum. Andererseits kann sie Debatten einschränken, indem bestimmte Meinungen ausgegrenzt werden.

Wovon reden wir hier eigentlich?

Der Begriff Cancel-Culture stammt aus den USA und tauchte erstmalig auf Twitter (heute X) auf. Er beschreibt Situationen, in denen Personen oder Organisationen nach problematischen Äußerungen oder Handlungen kritisiert, boykottiert oder ausgeschlossen werden. Beispielsweise werden Influencer*innen wegen Kooperationen mit umstrittenen Werbepartnern, Musiker*innen aufgrund von Machtmissbrauch, oder Politiker*innen wegen problematischer früherer Aussagen gecancelt. Auch Privatpersonen können betroffen sein, wenn ihr Fehlverhalten durch virale Videos bekannt wird. „Canceln“ ist dabei eine Form des öffentlichen Protests, als Ausdruck dafür, dass bestimmte Aussagen oder Handlungen gesellschaftlich nicht akzeptiert werden. Von Culture ist die Rede, da sie als gesellschaftliches Phänomen, manchmal auch als Bewegung, verstanden wird. Das Phänomen ist nicht neu, denn Boykotte gab es schon in Bewegungen der 1970er- und 80er-Jahre. Durch die sozialen Medien gewinnt es jedoch an Reichweite und Geschwindigkeit.

Wofür canceln wir?

Yanina Kochtova veröffentlichte im Rahmen ihrer Masterarbeit ein Research Paper zu Cancel-Culture für das Komplexlabor Digitale Kultur. Im Gespräch mit GENZ erklärt sie, dass durch Cancel-Culture marginalisierte Gruppen zu Wort kommen. Damit meint sie Bevölkerungsteile, die aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Behinderung, sexueller Orientierung oder Armut an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Ein Beispiel dafür ist die #MeToo-Bewegung: Durch öffentliche Berichte über sexuelle Belästigung und Machtmissbrauch wurde ein lange wenig beachtetes Thema sichtbar, Verantwortliche wurden zur Rechenschaft gezogen und strukturelle Probleme diskutiert. In diesem Sinne kann Cancel-Culture Personen mit wenig öffentlicher Aufmerksamkeit Gehör verschaffen und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten offenlegen, um ähnliche Vorfälle künftig zu verhindern.

Cancel-Culture als Red Flag für die Meinungsfreiheit?

Gleichzeitig werden auch Gefahren in der Cancel-Culture gesehen. Kritiker*innen warnen, dass abweichende Meinungen

abgeblockt würden, ohne in den Diskurs zu gehen. Auch an Universitäten wird darüber diskutiert, denn Studierende setzen sich zunehmend für Diversität, Gerechtigkeit und Inklusion ein. Das führte in einigen Fällen sogar zur Absage von Vorträgen kontroverser Sprecher*innen oder zum Rücktritt von Professor*innen. Im Gespräch mit GENZ stellt Claudia Diehl, Professorin für Mikrosoziologie an der Universität Konstanz, fest: „Es ist eine Generation, die überwiegend in Sicherheit, Frieden und Demokratie aufgewachsen ist und die sich aufgrund ihres Bewusstseins für Privilegien auch für weniger Privilegierte einsetzen möchte.“ Ihre Forschung zeigt, wie Studierende an Universitäten mit kontroversen Meinungen umgehen: Ein signifikanter (also statistisch bedeutsamer) Anteil der Studierenden befürwortete die Einschränkung bestimmter Meinungsäußerungen an Universitäten. Besonders konservative Positionen wurden dabei häufiger als problematisch eingestuft, da sie als potenziell schädlich für bestimmte gesellschaftliche Gruppen wahrgenommen wurden. Claudia Diehl betont die Notwendigkeit der akademischen Freiheit: „Es ist wichtig, sich zu zwingen, sich mit konträren Meinungen auseinanderzusetzen, statt sie einfach für inakzeptabel zu erklären.“ Auch andere Stimmen warnen: Wenn Diskussionen immer weniger Raum für Austausch bieten, könnten sich unterschiedliche politische Lager zunehmend voneinander entfernen und bestimmte Meinungen aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden. Dazu wird häufig die „Theorie der Schweigespirale“ angeführt. Die geht davon aus, dass Menschen die öffentliche Meinung vor allem über Medien und ihr Umfeld wahrnehmen. Demnach äußern Menschen ihre Meinung eher, wenn sie sich in der Mehrheit fühlen, und schweigen eher, wenn sie sich in der Minderheit sehen.

Ist es wirklich so deep?

Anderen erscheint die öffentliche Debatte über Cancel-Culture als überzeichnet. Und trotz unterschiedlicher Perspektiven wird der Begriff sowohl von Yanina Kochtova als auch von Claudia Diehl im Gespräch mit GENZ kritisch gesehen und als politisch aufgeladen eingeordnet. So beschreibt Kochtova: „Wenn neue Gruppen mitreden und alte Machtstrukturen kritisieren, fühlen sich manche Menschen dadurch angegriffen und haben das Gefühl: Jetzt darf ich gar nichts mehr sagen.“ Sie betont in ihrer Arbeit, dass Cancel-Culture häufig als politischer Kampfbegriff verwendet werde, um Kritik abzuwehren oder neue Stimmen in der Gesellschaft kleinzureden. Daneben wird auch allgemein kritisiert, dass es zwar einzelne Fälle mit schwerwiegenden Folgen gebe, viele andere Vorfälle jedoch vorschnell als Cancel-Culture eingeordnet würden. Dadurch gerate häufig aus dem Blick, worum es bei den angebrachten Vorwürfen inhaltlich eigentlich geht. Auch die „Schweigespirale“ wird in diesem Zusammenhang kritisch bewertet, da empirische Befunde uneinheitlich sind und ihr Einfluss auf die Debattenkultur möglicherweise überschätzt wird. Auch im Gespräch mit GENZ verweist Claudia Diehl auf Ergebnisse ihrer Studie, die Befürchtungen einer akuten Bedrohung der Debattenkultur an Universitäten entkräften: Zwar unterstützte eine kleinere Gruppe von Studierenden die Absage bestimmter Vorträge, doch die Mehrheit zeigte sich offen für kontroverse Meinungen.

Wann Cancel-Culture eskaliert

Ein Punkt, bei dem sich jedoch viele einig sind: Soziale Medien haben einen sehr großen Einfluss auf öffentliche Debatten. Instagram, TikTok oder X ermöglichen vielen Menschen die Teilnahme an Diskussionen. Gleichzeitig können Konflikte dort schnell eskalieren und zu Shitstorms, in manchen Fällen sogar zu Mobbing und Bedrohung führen. Kritisch wird dabei auch gesehen, dass Betroffene oft wenig Raum haben, Stellung zu beziehen. Zugleich stehen Personen, Institutionen oder Unternehmen unter hohem öffentlichem Druck. Wenn sie sich nicht äußern, kann das schnell negativ ausgelegt werden. „Alle fürchten sich so, selbst gecancelt zu werden, dass nicht in Ruhe über die Vorwürfe nachgedacht wird“ – so Kochtova. Ihrer Meinung nach werde teilweise zu schnell und abrupt reagiert – etwa mit öffentlichen Entschuldigungen oder Konsequenzen, ohne sich mit der Kritik inhaltlich zu befassen.

Cancel-Culture 2.0?

Wie kommen wir jetzt zu einer angemessenen Debattenkultur? Ein Ansatz, der häufig genannt wird, ist die stärkere Orientierung an der Call-out-Culture. Statt der Person steht hierbei konkretes Fehlverhalten im Fokus. Kritik kann so öffentlich geäußert werden, um Veränderungen anzustoßen, ohne Menschen vorschnell vollständig abzuwerten. Hierbei kommt es jedoch immer auf den Kontext und die konkreten Vorwürfe an und auch Call-out-Culture kann in Cancel-Culture umschlagen. Yanina Kochtova schlägt für Institutionen vor, sich mehr Zeit zu nehmen, um auf Vorwürfe zu reagieren und zu prüfen, aus welcher Richtung Kritik kommt und wie diese einzuordnen ist. Claudia Diehl ergänzt aus universitärer Perspektive, dass an Hochschulen offen diskutiert werden sollte, welche Meinungen als zu kontrovers gelten und eingeschränkt werden sollten. Doch es sei ebenso wichtig, sich bis zu einem gewissen Grad mit stark polarisierenden Positionen zu beschäftigen und zu versuchen, diese zu verstehen – ohne sie zwangsläufig übernehmen zu müssen. Zuletzt bedeutet ein konstruktiver Umgang mit Cancel-Culture, den Dialog zu fördern, statt ihn zu verbieten. Das bedeutet: zuhören, respektvoll miteinander diskutieren, Fehler zugeben, Fakten prüfen und auch außerhalb der eigenen Bubble kommunizieren. So kann Cancel-Culture als Weckruf für gesellschaftlichen Wandel wirken, ohne dabei die Debattenkultur zu gefährden.



6 JAHRE KNAST

TEXT: ELISABETH GEFELLER

Bewegung ist ein Ausdruck von Freiheit. Was aber, wenn das eigene Leben über Jahre hinweg wie eingefroren ist, während der Rest der Welt sich weiterdreht? Wie findet ein Mensch nach Jahren des Stillstands wieder zurück in die Gesellschaft? Rocco Jenke saß jahrelang im Gefängnis. Körperverletzung, Drogenverkauf, Diebstahl, Rocker-Mitglied: Das ganze Programm. Heute ist Rocco 37 Jahre alt, hat einen sicheren Job und eine Wohnung in Berlin-Lichtenberg. Ein Gespräch darüber, was ein Gefängnisaufenthalt mit einem Menschen macht, über die Herausforderungen nach langer Haft und die Wirksamkeit von Resozialisierung.

Zehn Minuten. Zehn Minuten waren Rocco und Rudi getrennt. Und trotzdem freut sich Rudi, als ob er seinen Lieblingsmenschen jahrelang nicht gesehen hätte. Fröhlich mit dem Schwanz wedelnd läuft der Labrador auf Rocco zu, lässt sich streicheln. Er hat nur Augen für seinen Hundehalter, von dem er Schatz genannt wird, und weicht ihm von nun an nicht mehr von der Seite. „Manche Menschen haben Angst vor Hunden, deswegen musste er erstmal drinnen bleiben“, verrät Rocco. Doch auch er ist sichtlich froh, dass der Hund ihn beim Interview nun doch begleiten darf.

Rocco sieht so aus, wie man sich klischeehaft einen Ex-Häftling vorstellen würde. Breite Statur, kahlgeschorener Kopf. Eine unfreiwillige Frisur, wie der 37-Jährige erzählt. Auf seiner rechten Wange steht „Fck Cops“, dazu ein Mittelfinger, der schon leicht verblasst ist. Narben durchziehen sein Gesicht. Unter dem linken Auge hat er sich zwei Tränen tätowieren lassen. Rocco macht keinen Hehl aus seiner Vergangenheit, sowohl in seinem Erscheinungsbild als auch im Gespräch. Insgesamt sechs Jahre lang saß er im Gefängnis, immer wieder.



● DER WEG ZURÜCK INS LEBEN

Sechsmal verbüßte er eine Freiheitsstrafe. Hinzu kommen unzählige Male, die er für wenige Monate im Gefängnis war, weil er Geldstrafen nicht zahlen konnte. Mehr als zehn Jahre lang lebte er in Wohnheimen, oft mit fremden Menschen in Mehrbettzimmern.

Von einer sorgenlosen Kindheit kann Rocco nur träumen. Er wurde als Italiener in Leipzig geboren, irgendwann ist er nach Augsburg in Bayern gezogen. „Überall war ich entweder der Ausländer oder der Ossi“, so Rocco. Vom Vater wurde er geschlagen, die Mutter duldet es, erzählt er. Er suchte sich eine Ersatzfamilie – die kriminelle Rockerbande „Bandidos“. Er war hochgradig aggressiv, ging durch die Straße und schlitzte wahllos Autoreifen auf, brach nachts in Gartenlauben ein, um nicht zu Hause schlafen zu müssen. „Wenn ich von der Zeit rede, merke ich, was für ein Hund ich war“, sagt Rocco. Immer wieder hatte er Stress mit der Polizei, irgendwann kam er ins Heim für Schwererziehbare. Vor seinem 15. Lebensjahr hatte er bereits 40 Anzeigen. Und dann, mit 15 Jahren, kam die erste Haftstrafe.

Im Gefängnis begriff Rocco, dass Aggression und Härte die einzige Art der Kommunikation sind, die dort funktioniert. „Jedes Zögern wird als Schwäche ausgelegt“, erklärt er. Er habe lernen müssen, dass die Herkunft das vermeintlich wichtigste Identitätsmerkmal ist. „Es gibt keinen rassistischen Ort als den Knast“, stellt er fest. Er berichtet, dass sich während seiner Haftzeit alle Insassen in Gruppen geteilt hätten: Die Araber, die Russen, die Deutschen ... Es ist eine Umgangsform, die prägend ist – gerade in jungen Jahren, weiß Rocco: „Du kommst als Straßenräuber in den Knast rein und gehst als Bankräuber raus“.

Eine Studie des Kriminologischen Diensts des Freistaats Sachsen aus dem Jahr 2017 belegt, dass Gewalt im Gefängnis unter Insassen sehr präsent ist. Körperverletzungen und kleinere „Rängeleien“, ausgelöst durch Beleidigungen oder Mobbing, kommen häufig vor – aber auch Nötigung und Raub. Ein Großteil der Delikte bleibe jedoch nur unter den Straffälligen, von vielen bekämen Mitarbeitende im Gefängnis gar nichts mit.

Im Gefängnisalltag herrschen hierarchische Strukturen, alles ist komplett durchgetaktet, erklärt der 37-Jährige. Um 6.30 Uhr gibt's Frühstück, dann sechs Stunden Arbeit, dann duschen, Sport, essen, schlafen. Nichts durfte er selbstständig machen oder gar entscheiden. „Man muss sich das so vorstellen: Selbst wenn du nur Klopapier brauchst, dann musst du einen Notruf drücken, dass dir eine Rolle gebracht wird.“

Und noch etwas verfestigt sich in dieser Zeit in Rocco: Das Gefühl, dass er nicht dazu gehört. Das Gefühl von „Wir gegen die“. „Wir“ – die Inhaftierten, die Kriminellen, die Bestraften – gegen die Behörden, die „guten“ Menschen, die Gesellschaft. Trotz all des Hasses, all der Aggression – erinnert sich Rocco auch an einen schönen Moment in Haft? Er überlegt länger, bevor er eine Antwort findet. „Der Tag, an dem meine Eltern das Sorgerecht verloren haben.“ In den vier Jahren Gefängnis hätten sie ihn nicht einmal besucht.

Mit 19 Jahren kam er raus, eine Mülltüte mit seinem beschaulichen Hab und Gut in der Hand, wie er erzählt. Neue Chance, neues Leben, neuer Rocco? Raus aus dem Knast und rein in ein friedliches, Zusammenleben in der Gesellschaft? Fehlanzeige. Laut einer breit angelegten Studie der Universität Göttingen und der Max-Planck-Gesellschaft im Auftrag des Bundesjustizministeriums werden etwa die Hälfte aller Straffälligen nach der Haft „rückfällig“: Entweder werden sie wieder zu einer Freiheitsstrafe verurteilt oder sie bekommen eine Geldstrafe wegen kleinerer Delikte.

Meike Strohmayer ist Sozialarbeiterin beim Straffälligen- und Bewährungshilfe (SBH) e. V. in Berlin. Sie arbeitet viel mit Haftentlassenen zusammen und unterstützt sie in allen Belangen. Die Beratungsstelle der SBH ist ein freiwilliges Angebot für Haftentlassene, Menschen, denen Haft droht, und deren Angehörige. Der Verein wird vom Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin finanziert. Strohmayer erlebt in ihrer Arbeit, dass sich Haftentlassene oft massiv überfordert fühlen. Mit der plötzlich wieder erlangten Freiheit kommt auch eine Verantwortung, die viele erschlägt. Briefe von der Staatsanwaltschaft, die Suche nach einem Wohnheimplatz, Termine beim Jobcenter. „In der Haft müssen die Betroffenen keinerlei Verantwortung übernehmen: Alles ist vorgeschrieben, um alles wird sich gekümmert. Und auf einmal wird erwartet, dass sie alles alleine hinbekommen. Das ist absurd“, findet Strohmayer.

● „KOMPLETT ENTSOZIALISIERT“



Sie beschreibt, dass Menschen in Haft „komplett entsozialisiert“ werden, weil sie nichts selbstständig machen müssen und können. Hinzu komme, dass sich die maßgeblichen Gründe für die Straffälligkeit nach der Haft häufig nicht geändert haben. Strohmayer erklärt, dass der größte Risikofaktor, kriminell zu werden, Armut ist. Auch Wohnungslosigkeit, Suchtprobleme und ein fehlendes soziales Netzwerk sind häufig Gründe, warum Menschen straffällig werden – und auch wieder rückfällig.

Wer in Haft muss, verliert oft die eigene Wohnung oder den Job. Nur wenige Menschen haben Rücklagen, um sich nach langer Zeit im Gefängnis wieder ein Leben aufzubauen. „Viele von meinen Klient*innen sehen gar keine andere Möglichkeit, als hier und da mal etwas zu klauen oder ohne Fahrschein mit der Bahn zu fahren“, so die 31-Jährige. Was folgt, ist die nächste Strafe, der nächste Aufenthalt im Gefängnis – ein Teufelskreis. Einige Betroffene hätten gegenüber Strohmayer sogar schon mal geäußert, dass sie es gar nicht so schlimm finden, wieder im Gefängnis zu sein, vor allem wohnungslose Menschen im Winter. „Im Gefängnis haben sie ein Dach über dem Kopf, dort ist es warm, dort gibt es Essen“, erklärt Strohmayer. Kein Leben in Freiheit, aber wenigstens in Sicherheit.

Bei Rocco lief es nicht anders. Eigentlich hatte er sich gefreut, herauszukommen, hat in den letzten Wochen die Stunden gezählt. Auf was er sich am meisten freute: Einen Joint und einen Döner. Doch dann war er plötzlich draußen – und die Realität kickte. Er hatte kein Geld, keine Wohnung, keine Freunde, keine Familie. Stattdessen durchlief er eine Odyssee an bürokratischen Hürden: Er pendelte von Wohnheim zu Jobcenter, kämpfte sich durch verschiedene Anträge. Unzählige Briefe kamen bei ihm an: offene Verfahren, offene Schulden. Sein Leben vor der Haft holte ihn wieder ein.

Rocco wurde wieder kriminell. Und immer wieder. 2019: Verschaffung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils. 2020: unerlaubter Besitz von Betäubungsmitteln und unerlaubtes Führen einer Schusswaffe. Unzählige Male musste er wieder ins Gefängnis, auch als Ersatz für Geldstrafen, wenn er nicht zahlen konnte. Zahlreiche Unterlagen, die das belegen, liegen GENZ vor. Das Gefühl „Wir gegen sie“, es bestand lange fort. Rocco blieb noch lange aggressiv. Wenn ihn jemand in der Bahn anstarrte oder ein blöder Spruch kam, fackelte er nicht lange, wie er erzählt. Es war unter anderem sein Hund Rudi, der ihm geholfen hat, sich zu regulieren. „Rudi ist mein Thermometer“, erzählt der 37-Jährige. Wenn er laut wird, zuckt Rudi zusammen – das ist das Zeichen für ihn, dass es zu viel war.

Doch der Schlüssel zu einem neuen Leben war für Rocco die Arbeit: Zunächst hat er beim SBH als Straffälliger angefangen. Durch gemeinnützige Arbeit konnte er seine Geldstrafe abarbeiten, um einer Ersatzfreiheitsstrafe zu entgehen. Kurz bevor er seine Stunden vollständig abgeleistet hatte, bot ihm sein Chef einen Job an, erzählt Rocco. Er konnte es damals gar nicht fassen.

Heute lebt Rocco in seiner Zweizimmerwohnung in Berlin-Lichtenberg, seit anderthalb Jahren hat er eine Festanstellung als Gebäudereiniger beim SBH. Durch den Arbeitsvertrag hat er nicht nur eine Wohnung bekommen, sondern auch ein strukturiertes Leben, eine Perspektive, etwas, wofür es sich lohnt, „keine Scheiße mehr zu bauen“, wie er erzählt. „Heute bleibe ich sogar an roten Ampeln stehen und halte Menschen die Tür auf. Das hätte ich früher nie gemacht, aus Prinzip“, erzählt er. Er sei heute ruhiger geworden, gelassener – mit kriminellen Machenschaften wolle er nichts mehr zu tun haben.

Auch mit Menschen gehe er heute anders um. Durch seine Kolleg*innen, die meisten von ihnen Sozialarbeiter*innen, habe er gelernt, dass Kommunikation auch anders geht. Statt mit Provokation, Einschüchterung und Aggression gehe er heute mit Respekt und Rücksicht auf seine Mitmenschen zu. Auch seine Sprache habe sich verändert – er habe gelernt, dass er nicht einfach alles so rausshauen kann. „Am Anfang war ich ein wandelnder Diskriminierungsbaum“, lacht Rocco. Früher waren Wörter wie „Schwuchtel“ oder „behindert“ gängige Beleidigungen für ihn. Heute gendert er.

Über die Bedeutung von Freiheit hat sich Rocco nie so viele Gedanken gemacht, wie er erzählt. Frei sein hieße für ihn, dass er genug Geld hätte, um zu entscheiden, was er im Leben machen will. Doch das war nie der Fall. „Ich habe mir mein Leben schon so früh so zerschossen, dass ich wohl noch zehn Jahre arbeiten muss, um überhaupt schuldenfrei zu sein“, berichtet Rocco. Er war nun zwar schon lange nicht mehr im Gefängnis – aber frei fühle er sich nicht. „Ich glaube, wenn du einmal gesessen bist, dann hast du auch immer so lange dieses Schwert über dir schweben. Ich sehe das heute noch, obwohl ich gar nichts mehr damit zu tun habe.“

Während des gesamten Interviews liegt Rudi neben Rocco auf dem Sofa. Zwischendurch nickt der Labrador immer wieder ein, das schwarze Fell hebt und senkt sich langsam von seiner ruhigen Atmung. „Rudi ist ins Tierheim gekommen, als er ein Jahr alt war. Wegen aggressivem Verhalten. Das kann ich mir gar nicht vorstellen“, erzählt Rocco, und kraut dem Vierbeiner dabei das Ohr. Rudi hat von Rocco eine neue Chance bekommen. Ein sicheres Umfeld, einen respektvollen Umgang und einen Mensch, der sich kümmert. Vielleicht braucht es diese echte, neue Chance, damit sich etwas verändern kann. Und vielleicht gilt das nicht nur für Hunde.

● „RUDI IST MEIN THERMOMETER“



BEATS GEGEN DAS SYSTEM

Beim Open-Air-Konzert der Band Provinz im letzten Jahr schallten die Klänge von „Tanz für mich“ und „Walzer“ über die Trabrennbahn in Hamburg. Neben Musik bot die Bühne auch Platz für politische Aussagen. „Hier ist kein Platz für Diskriminierung, hier ist kein Platz für Ausgrenzung und Rassismus und hier ist auch kein Platz für die AfD“, so der Frontman Vincent Waizenegger, bevor er den Song Draußen ist Krieg anstimmte. Dass Politik einen Platz in der Musik und auf Konzerten einnimmt, ist kein Einzelfall – in der linken und der rechten Musikszene.

Thorsten Hindrichs ist Musikwissenschaftler an der Uni Mainz und in der politischen Bildung gegen Rechts aktiv. Seit vielen Jahren beobachtet er politische Entwicklungen in der deutschen Musikszene. „Ich glaube nicht, dass die Musik politischer geworden ist, sondern schon immer politisch war“, sagt Hindrichs im Gespräch mit GENZ.

Seit Jahrhunderten ist Musik ein Mittel politischen Widerstandes. Lieder wie „Bella Ciao“, die Marseillaise oder auch ganze Genres wie Jazz und Blues führten Widerstandsbewegungen in der ganzen Welt an. Aber die Rechten instrumentalisieren und politisieren Musik auch. In Deutschland war dabei besonders der Rechtsrock prägend, den die rechtsextremen Teile der Skinheadbewegung in den 1980er-Jahren einführten. Rechtsrock ist ein Oberbegriff für verschiedene Musikstile aus der rechtsextremen Szene. Lieder aus diesem Genre sind oft antisemitisch und rassistisch, glorifizieren den Nationalsozialismus und leugnen den Holocaust. „Die klassische Neonazi-Musikszene ist einigermmaßen stabil geblieben“, so Thorsten Hindrichs. Dabei geht es vorrangig ums Geldverdienen und Netzwerken, der Anschluss zum Mainstream ist nicht im Fokus. „Seit 10, 15 Jahren hat die Szene aber erkannt, dass sie ein Altersproblem hat. Das Publikum bei Rechtsrock-Konzerten ist locker Ü-30.“ In den letzten Jahren haben sich daraufhin einige neue Musiker*innen etabliert, die ein jüngeres Publikum ansprechen wollen und sich in der rechten Rap- und Hip-Hop-Szene einen Namen gemacht haben. „Eine Ausnahme ist

Kai Naggert, der unter dem Künstlernamen Proto unterwegs ist. Ursprünglich mal als Rapper angetreten, macht er jetzt seit ungefähr drei Jahren zusammen mit seinem Kollegen Dominik Raupbach, alias Kavalier, auch sehr viel in Richtung Ballermann und Mallorca-Schlager“, erklärt Hindrichs. Beide erlangten besondere Bekanntheit nach dem Sylt-Skandal 2024, als ein Video viral ging, das zeigt, wie junge Leute vor der Pony Bar eine rassistische und ausländerfeindliche Umdichtung von „L’amour toujours“ von Gigi D’Agostino singen. „Da haben die unglaublich schnell reagiert“, so der Musikwissenschaftler. „Naggert und Raupbach sind wirklich in Rekordzeit nach Sylt gereist und haben sich vor die Diskothek Pony gesetzt, gleich Selfies gemacht und dann sofort ein Video gedreht.“ Der Song zu dem Video heißt „Düsi Düsi“, handelt von Abschiebung von Migrant*innen und hat eine Millionen Klicks auf YouTube erreicht.

Das ist eines von vielen Beispielen, die zeigen, dass die rechte Szene gezielt aktuelle gesellschaftliche Debatten aufgreift: Abschiebung, Rassismus, Gendern. Themen, die auch in der Politik und Gesellschaft jeden Tag diskutiert werden. Hindrichs sieht dahinter ein System. „Die extreme Rechte beobachtet, was in der Gesellschaft passiert, und reagiert sehr schnell darauf.“

Die rechte Szene funktioniert nicht nur thematisch, sondern auch strukturell anders als die linke. Während dort Konzerte meist öffentlich angekündigt werden und frei zugänglich sind, ist die rechte Szene ein geschlossenes Netzwerk. Den größten Unterschied sieht der Musikwissenschaftler Thorsten Hindrichs aber darin, dass die meisten extrem rechten Musiker*innen auch gleichzeitig politische Funktionär*innen sind. So zum Beispiel der stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Heimat, ehemals Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP), Philipp Neumann. Er wird mehrfach in Verfassungsschutzberichten als „bekanntester Liedermacher der gesamten rechtsextremen Szene“ bezeichnet. Hindrichs erklärt, dass Musik hier als Beitrag zum politischen Kampf gesehen wird.

Dass rechtsextreme Musiker*innen auch bei AfD-Veranstaltungen auftreten und Streaming-Plattformen wie Spotify ihnen einen Raum bieten, ist Teil eines größeren Problems. Die Lieder tauchen immer wieder in Algorithmen auf Social Media auf, werden geklickt, geteilt und somit plötzlich nicht mehr nur von der rechten Szene gehört. Der Sylt-Skandal ist dafür das beste Beispiel. „Das war kein Projekt der extremen Rechten, sondern kam aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft“, so Hindrichs und fügt hinzu, dass das zeigt, wie rassistische Einstellungen zunehmend normalisiert werden und über die extreme Rechte hinauswachsen.

Laut Hindrichs können Musiker*innen der linken Szene da zurzeit nicht mithalten. „Vielleicht muten wir Musik zu viel zu oder erwarten zu viel von Musik, was den Impact angeht“, sagt Hindrichs. Das liegt vor allem an dem politischen Stimmungsbild der Mehrheitsgesellschaft. „Die Gesellschaft macht sozusagen die Musik, die ihrer inneren Verfasstheit entspricht. Und der politische Mainstream ist im Moment sehr rechts unterwegs.“

Das wirft eine weitere Frage auf: Wenn Musik nur widerspiegelt, was die Gesellschaft ohnehin schon denkt, kann sie dann noch Meinungen bilden? Oder bestätigt sie

nur, was schon gedacht wird? Hindrichs sieht Musik als meinungsstärkend und selbstversichernd. So ist zum Beispiel gemeinsames Singen von Anti-AfD-Parolen auf Konzerten „wirkungsvoll im Sinne von Selbstvergewisserung, wir sind die Guten“, so der Musikwissenschaftler. Im rechten Spektrum funktioniert das genauso: „Auch bei denen geht es um Selbstvergewisserung. „Wir sind die guten, deutschen Nationalsozialisten“,“ sagt Hindrichs. „Das ist der Punkt, glaube ich, wo Songs mit politischem Inhalt tatsächlich wirksam werden können.“

Musik kann Räume und Gemeinschaften schaffen, in denen politische Ideen gehört, geteilt und vor allem bestätigt werden. Während die rechte Szene auf Aktualität und Selbstvergewisserung setzt, um Reichweite zu erzielen, ist die linke Szene nicht machtlos. Konzerte wie das von Provinz zeigen, dass Haltung und Gemeinschaft Kraft entfalten und Menschen zusammenbringen können. Immer mehr aufstrebende Musiker*innen setzen ein Zeichen gegen rechts. Ihre Musik ermöglicht Gespräche über Solidarität und vermittelt Hoffnung für eine starke Zukunft. Denn wer den Diskurs besetzt, besetzt auch die Bühne. Und der letzte Vorhang ist noch lange nicht gefallen.

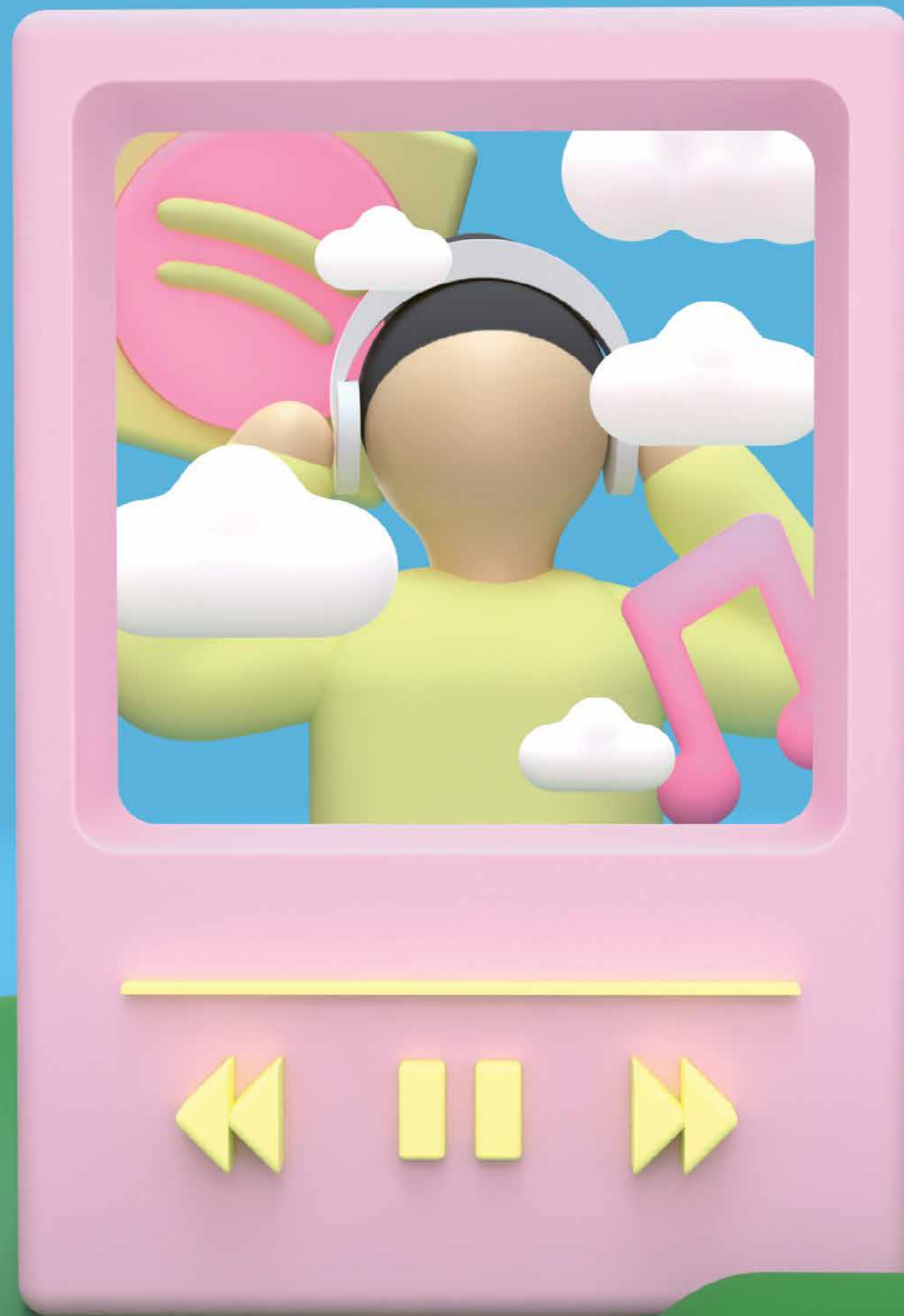
WAS DENKT DIE GEN Z?

○ „Ich würde nicht sagen, dass die Musik meine politische Meinung direkt beeinflusst, sondern eher, dass sie im Einklang mit meiner politischen Meinung ist und sie bestärkt, da man dadurch sehen kann, dass es auch andere Menschen gibt, die ähnliche Gedanken haben und diese zum Ausdruck bringen.“ (24, Stuttgart)

▷ „Also wenn ich ‚Labour‘ von Paris Paloma höre [...], dann ist es eher so, dass das Lied mir Wörter für ein Gefühl gibt, was ich eh schon habe und mir darin Bestätigung gibt, dass ich nicht alleine bin.“ (23, Deutschland/ Kolumbien)

▣ „Besonders in jüngeren Jahren, als meine politischen Einstellungen noch weniger gefestigt waren, hatte politische Musik einen großen Einfluss auf mein Weltbild. Ich erinnere mich zum Beispiel, dass das Album ‚MINUS x MINUS = PLUS‘ von Disarstar [...] dazu geführt hat, dass ich kritischer über unser Wirtschaftssystem und Alternativen dazu nachgedacht habe.“ (25, Stuttgart)

□ „Wenn mir ein Artist gefällt, höre ich oft ähnliche Künstler*innen mit ähnlicher politischer Einstellung. Dadurch greife ich oft neue Themen auf, die mir vielleicht vorher noch nicht so bewusst waren.“ (24, Hamburg)



INKLUSION IM FEED, *BARRIEREN* IM ALLTAG

Text: Meral Nur Katran

Fotografie 1: @miamaramusic

Fotografie 2/3: @roberto.images

Als Kind habe ich mich manchmal mit Figuren identifiziert, mit denen ich auf den ersten Blick wenig gemeinsam hatte. Eine davon war SpongeBob. Nicht wegen seiner Persönlichkeit, sondern weil er wie ich an einer Hand vier Finger hatte. Heute wirkt diese Erinnerung fast absurd, doch sie zeigt, wie stark Repräsentation wirkt. Wenn man niemanden sieht, der einem ähnelt, sucht man nach den kleinsten Gemeinsamkeiten.

Ich wurde mit dem EEC-Syndrom geboren, einer seltenen genetischen Erkrankung. Dazu gehören unter anderem Fehlbildungen an Händen und Füßen, in meinem Fall Spalthände und Spaltfüße. Schon früh fiel mir auf, dass Menschen wie ich im Fernsehen kaum vorkamen. Dabei leben in Deutschland rund 7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen, das entspricht also 9,3 Prozent der Bevölkerung. Trotzdem werden Menschen mit Behinderungen in den Medien weiterhin unterrepräsentiert.

Ich habe diese Leerstelle lange nicht hinterfragt. Es war einfach so. Erst später wurde mir bewusst, dass diese Unsichtbarkeit kein Zufall ist, sondern Teil größerer gesellschaftlicher Strukturen.

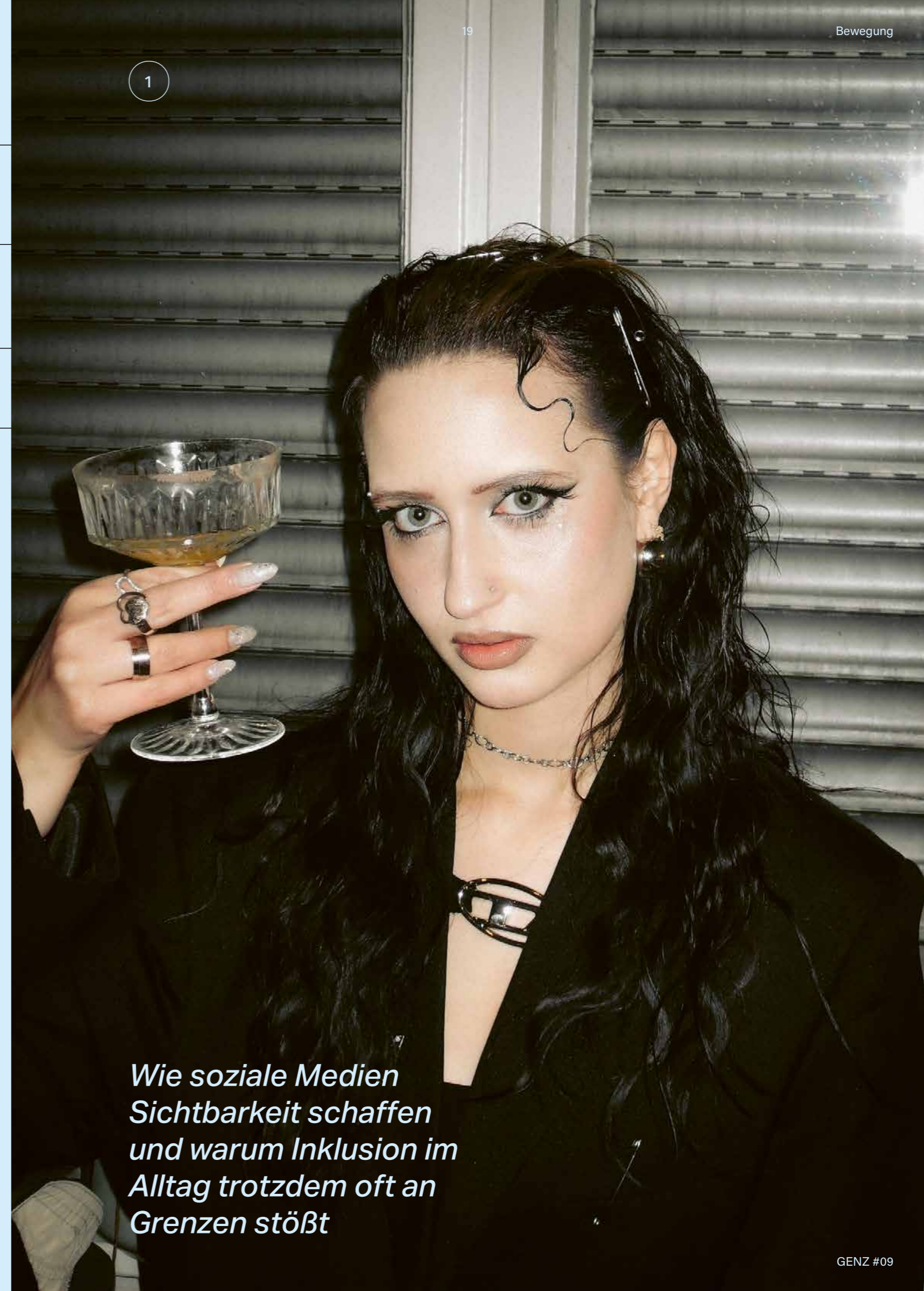
Mit sozialen Medien hat sich diese Dynamik verändert. Plattformen wie TikTok oder Instagram eröffnen neue Räume, in denen Menschen mit Behinderung ihre Perspektiven selbst sichtbar machen können. Gerade für viele junge Menschen entsteht dadurch zum ersten Mal ein Gefühl von Zugehörigkeit.

Eine dieser Stimmen ist Matilda, auf Social Media unter @matildajtt bekannt. Im Gespräch mit GENZ erzählt sie, dass ihr erst mit Anfang zwanzig bewusst wurde, wie sehr Menschen mit Behinderung in klassischen Medien fehlen. Rückblickend erinnert sie sich daran, dass sie als Kind vor dem Fernseher stand und dachte, dass bestimmte Berufe für sie ohnehin nicht infrage kommen.

Heute hat sich ihr Blick verändert. Auf TikTok hat sie andere Menschen mit Hand- und Armfehlbildungen kennengelernt und gemerkt. „Ich habe durch TikTok gemerkt, dass ich nicht alleine bin“, beschreibt sie diesen Moment. Genau darin liegt für sie die Kraft sozialer Medien. Sie ermöglichen nicht nur Sichtbarkeit, sondern auch Gemeinschaft.

Dass Matilda heute selbst sichtbar ist, war zunächst gar nicht geplant. Sie begann auf TikTok mit einem anderen Schwerpunkt und analysierte Rap-Lyrics. Erst mit der Zeit wurde sie mutiger vor der Kamera und entschied sich, persönlicher zu werden.

Doch diese Öffentlichkeit bringt auch neue Erwartungen mit sich. Matilda beschreibt Social Media als eine Mischung aus Empowerment, Verantwortung und Druck. Durch Reichweite entstehen neue Möglichkeiten, aber auch Verpflichtungen. „Mit Sichtbarkeit kommt auch Verantwortung“, sagt sie. Gleichzeitig beschreibt sie den Druck, regelmäßig Inhalte zu posten und sich zu positionieren, selbst dann, wenn man keine Kapazität dafür hat. Hinzu kommt, dass man auch für Menschen sichtbar wird, für die man das gar



*Wie soziale Medien
Sichtbarkeit schaffen
und warum Inklusion im
Alltag trotzdem oft an
Grenzen stößt*



2



3

„Ich bin nicht nur eine Person im Internet, sondern ich möchte mich mit all meinen Facetten zeigen“

nicht sein möchte. Wer gesellschaftliche Themen anspricht, wird schnell in bestimmte Rollen eingeordnet. „Ich bin nicht nur eine Person im Internet, sondern ich möchte mich mit all meinen Facetten zeigen“, macht sie deutlich.

Auch ich kenne dieses Spannungsfeld. Sichtbarkeit bedeutet nicht nur, gesehen zu werden, sondern auch, bewertet zu werden und mit Reaktionen umgehen zu müssen. Social Media kann Debatten anstoßen, aber auch zeigen, wie tief bestimmte Bilder über Behinderung noch immer verankert sind. Das wird besonders dann deutlich, wenn solche Themen in Kommentarspalten oder anderen digitalen Räumen auftauchen und mit vermeintlichem Humor oder schnellen Urteilen behandelt werden.

Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit dem Begriff Inspiration. Gemeint ist damit oft, dass Menschen mit Behinderung schon für alltägliche Dinge als besonders bewundernswert dargestellt werden. Was nach Anerkennung klingt, ist in vielen Fällen eher eine Form der Reduktion. Matilda sagt, sie finde das ganz schlimm. Sie erzählt von Videos, in denen etwa eine Frau mit nur einem Arm kocht und die Kommentarspalte voll ist mit Reaktionen, wie toll es sei, dass sie das trotzdem könne. Für sie ist das kein echtes Kompliment, sondern Ausdruck eines klischeehaften Blicks. Dazu passt auch eine andere Beobachtung von ihr: „Man wird oft in zwei Extreme gesteckt.“ Entweder wird Menschen mit Behinderung abgesprochen, etwas selbstständig leisten zu können, oder ihre Einschränkungen werden heruntergespielt.

Diese Erfahrungen zeigen sich nicht nur im digitalen, sondern auch im analogen Alltag. Viele Barrieren sind nicht sofort sichtbar, prägen aber dennoch das Leben vieler Betroffener. Sie beginnen oft schon in der Schule. Auch ich habe solche Situationen erlebt. Kommentare wie „Ich wünschte, ich hätte auch ein paar Finger weniger, dann müsste ich nicht schreiben“ zeigen, wie wenig Verständnis oft vorhanden ist. Viele körperliche Behinderungen bringen Herausforderungen mit sich, die von außen kaum erkennbar sind. Operationen, Schmerzen oder alltägliche Einschränkungen gehören für viele Betroffene zum Leben dazu. Gleichzeitig werden diese Erfahrungen oft entweder überdramatisiert oder komplett verharmlost.

Genau hier liegt die entscheidende Frage: Verändert Sichtbarkeit in sozialen Medien auch die Realität außerhalb des Bildschirms?

Plattformen schaffen Aufmerksamkeit, ermöglichen Austausch und geben Betroffenen eine Stimme. Für nicht betroffene Menschen können sie ein Ort sein, an dem sie überhaupt erst etwas über Behinderung und gesellschaftliche Strukturen lernen. Trotzdem reicht digitale Repräsentation allein nicht aus. Echte Teilhabe braucht mehr als Reichweite. Sie braucht politischen Willen, strukturelle Veränderungen und die Bereitschaft, Menschen mit Behinderung nicht nur zu sehen, sondern auch ernst zu nehmen. Oder wie Matilda es formuliert: „Behinderung soll und kann in ihrer ganzen Individualität sichtbar sein.“

RECHTE FRAUEN ODER Frauenrechte?

TEXT: CARLOTTA SCHNEPEL

„Süßmäuse-Meetup“ in Dresden: quatschend Kaffee trinken, Muffins essen, Sightseeing und gemeinsame Fotos schießen. Ein Tag, der „beseelt“ zurücklässt. So inszeniert eine junge Aktivistin in ihrem Post das gemeinsame Treffen engagierter Mitglieder einer weiblichen, unabhängigen Initiative, die vorgibt, sich für die Sicherheit der Frau starkzumachen. Zwischen süßen Frisuren am #FlechtfrisurFreitag, Tradwife-Ästhetik und Bildern ihrer deutschlandweiten Vernetzungstreffen wird auf dem Social-Media-Kanal der Gruppe schnell klar, worum es vor allem noch geht: *Βρωμιάειου*. „Girls just want mountain views and *λεωιδειου*“ und „Sommer, Sonne, *Βρωμιάειου*“ sind nur zwei ihrer vielen rechten Statements, die die Mitglieder in den sozialen Medien propagieren und auf Stickern verteilen. Die Initiative ist deutschlandweit aktiv und engagiert sich besonders in NRW. Gegründet wurde die Gruppe von der Tochter einer AfD-Europaabgeordneten. Deutlich wird: Die selbsternannten Süßmäuse sind rechtsextrem. Das bestätigt auch NRW Innenminister Herbert Reul.

Dass die Initiative der Neuen Rechten Schlagzeilen macht, ist kein Zufall. Sie ist Ausdruck einer wachsenden Bewegung rechtsextremer Frauen in Europa. Ein investigatives Journalist*innenteam hat für eine ARD-Reportage intensiv zu dieser Gruppe recherchiert. „Wie viele Menschen genau hinter der Gruppe stecken, wissen wir nicht. Die Frauen, die auf der Instagram-Seite ihr Gesicht zeigen und sich offen zu der Initiative bekennen, sind im niedrigen zweistelligen Bereich“, erzählt Lisa Genzken im GENZ-Interview. Sie ist Investigativ-Reporterin und hat für die ARD-Reportage gemeinsam mit team.recherche Verbindungen der Gruppe in internationale politische Kreise aufgedeckt. Insgesamt folgen der Initiative über 25.000 Menschen auf Instagram (Stand: April 2026). „Wir sind auf den sozialen Medien über die Initiative gestolpert. Da gibt es Posts, die harmlos wirken und cool aussehen: Landschaften, Frisuren und Outfits. Wenn man genauer hinschaut, checkt man, was dahintersteht.“

EIN INTERNATIONALES NETZ

Für die Recherche flog Lisa nach Portugal und hat dort an einer Konferenz der Gruppe „Reconquista“ (deutsch: Rückeroberung) teilgenommen. Deren Organisator verbreitet offen rassistische und antifeministische Narrative und bezeichnete in einem Podcast die Einführung des Wahlrechts für Frauen als schweren Fehler. Auf der portugiesischen Konferenz war neben bekannten Neonazis auch die Gründerin der deutschen Initiative als VIP gelistet. „Wir haben während der Recherche viele Widersprüche entdeckt. Zum Beispiel erklärt die Initiative: Wir kämpfen für Frauenrechte. Dann machen sie sich aber gleichzeitig mit Männern gemein, die Frauen gerne das Wahlrecht absprechen wollen oder es zumindest als Fehler darstellen“, sagt Lisa. „Die starken Widersprüche – so vollends erklären kann ich mir das noch nicht. Ein Versuch meinerseits ist: Die rassistische Ideologie steht über allem anderen, dann scheint das Widersprüchliche egal.“ Das erlebt Lisa auch auf der Konferenz: „Alle hatten denselben Take: ‚Ausländer raus‘, andere Forderungen haben kaum eine Rolle gespielt.“ Die Recherche zeigt außerdem: Ähnliche rechtsextreme Frauengruppen gibt es bereits in Italien, Frankreich oder Großbritannien. „Dieses Modell geht auf und funktioniert“, so Lisa.

DEMOKRATIE IN GEFAHR

Rechtsextremismus ist eine der größten Bedrohungen für Demokratien und findet längst auch bei Frauen Anklang. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 stellte eine Verschlechterung in allen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland fest. Die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie nimmt weiter ab. Zugleich ist jeder vierte Mann ausländerfeindlich eingestellt, bei den Frauen ist es jede fünfte. Während sich Frauen in rechten Milieus früher eher im Hintergrund aufhielten oder

systematisch ausgeschlossen wurden, sind sie heute oft integrativer und funktionaler Teil der Bewegungen. Lisa betont, warum diese Entwicklungen ernst genommen werden müssen: „Ausschlaggebend war für uns die enge Anbindung der Gruppe an die AfD und auch die Verbindungen ins Europaparlament. Diese Menschen gestalten im Zweifel unsere Politik mit. Es heißt oft: Frauen sind die Zukunft. Für Rechtsextreme sind sie es leider auch.“

FRAUEN FÜR – WEISSE – FRAUEN

Es scheint ein klares Bedürfnis von rechts zu geben, mehr Frauen zu mobilisieren. Das beobachtet auch Dr. Anne Menzel. Sie ist Wissenschaftlerin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, arbeitet aktuell zu Faschisierungsprozessen und beschäftigt sich insbesondere mit Anti-Feminismus und faschisierter Weiblichkeit. Im GENZ-Interview sagt sie: „Ich habe das Gefühl, dass es immer breitere, aufgefächerte Angebote an Frauen gibt, irgendwie rechts zu werden. Neben anderen zum Beispiel die Tradwife-Culture.“

Wer in den sozialen Medien unterwegs ist, stößt früher oder später auf sogenannte Tradwives: Frauen, die sich auf traditionelle Geschlechterrollen berufen und sich vor allem um Haushalt und Kinder kümmern. „Das ist natürlich nicht gleich rechts. Wenn man das aber als normatives Gebot versteht, als wäre das die einzig richtige Art zu leben, dann hat das zumindest eine Tendenz. Es kann auch einfach christlich aufgeladen sein, ist aber anknüpfungsfähig an rechte Narrative“, erklärt Dr. Menzel. Doch nicht alle Tradwives wollen politisch sein. Familie und Karriere zu vereinen, ist für viele Frauen nach wie vor schwierig. „Dass es eine Frustration mit dem Narrativ gibt: Man muss nur hart genug arbeiten und dann kriegt man alles unter einen Hut – damit haben sie einen Punkt“, sagt Dr. Menzel. Problematisch werde es dort, wo nicht strukturell angesetzt werde, um zu erklären, warum Care-Arbeit, Unsicherheit und Überforderung so ungleich verteilt sind. Stattdessen gehe es darum, sich im eigenen Leben einen möglichst geschützten Platz zu sichern. „Rechts wird es vor allem dann, wenn es in eine eugenische Richtung geht, wie bei der White-Baby-Challenge. Dort heißt es, es solle mehr Kinder geben – aber vor allem auch mehr weiße Kinder.“

FEMINISMUS VON RECHTS?

An diesem Punkt wird deutlich, wie vermeintlich feministische Narrative im rechten Kontext gezielt umgedeutet werden. Bei rechten Akteur*innen kommen Frauenrechte oder die Rechte queerer Personen oft vor allem dann zur Sprache, wenn es um Migration geht. Dass der Schutz von Frauen in migrationspolitischen Debatten betont wird, ist unter dem Begriff Femonationalismus bekannt, geprägt von der Soziologin Sara R. Farris. Je nach Kontext werden die Rechte benachteiligter Gruppen benutzt, um rassistische oder antifeministische Zwecke zu verfolgen und die eigene

Gruppe oder Nation besser darzustellen. Scheinbar feministische Narrative, etwa das Entstehen für die Sicherheit von Frauen, legitimieren so rassistische oder migrationsfeindliche Positionen. Dr. Menzel erklärt: „Frauen wissen das nicht automatisch besser – sie fallen auf die gleichen Verknüpfungen rein.“ Dabei werde ausgeblendet, wo Gewalt gegen Frauen tatsächlich am häufigsten stattfindet: „Die meiste Gewalt ist nicht ‚stranger danger‘ im dunklen Park, sondern Gewalt in Nahbeziehungen. Darauf müssen wir schauen. Dort brauchen Frauen am meisten Unterstützung und bekommen sie am wenigsten.“

Warum rechte Narrative trotzdem verfangen, erklärt Dr. Menzel so: „Es gibt kein richtiges Angebot, wie eine Zukunft aussehen kann, die nicht nur auf Ausschluss und der Unterscheidung zwischen ‚du bist wertvoll‘ und ‚du bist nicht wertvoll‘ aufgebaut ist. Wir brauchen ein inklusiveres Angebot, das aber nicht so tut, als würden wir nicht in einer Welt leben, in der Ressourcen knapp verteilt sind.“ Ob also Skinhead oder Flechtfrisur, radikale Männer oder vermeintliche Süßmäuse, rechte Bewegungen bestehen nicht nur aus einer homogenen Gruppe. Geschlecht, soziale Herkunft oder Alter sind keine verlässlichen Indikatoren für die Gefahr von rechts, die unser Zusammenleben und die Demokratie bedroht. Trotzdem ist auch ein Gegenteil zu erkennen. Bei der letzten Bundestagswahl 2025 haben Frauen erstmals alle Parteien links der Mitte häufiger gewählt als Männer. Und auch Vernetzung passiert nicht nur in rechten Kreisen. Frauen sind maßgeblich an demokratischen Bewegungen, zivilgesellschaftlichem Engagement und politischen Mobilisierungen beteiligt, von feministischen Initiativen bis zu Protesten gegen Rechtsextremismus. Sie sind damit weder automatisch Teil des Problems noch der Lösung. Entscheidend ist, wofür sie ihre Stimme einsetzen.



Bundeszentrale für politische Bildung: „Rückwanderung (oder *Βρωμιάειου*) bezeichnet die Rückkehr von Migrantinnen und Migranten in ihr Herkunftsland bzw. an den Ausgangsort ihrer Migration. [...] Seit einigen Jahren wird der Begriff „*Βρωμιάειου*“ verstärkt von rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteuren genutzt und im Sinne ihrer Ideologie politisch umgedeutet: als Euphemismus für die Forderung nach massenhaften Ausweisungen von Menschen mit Migrationshintergrund.“

GENERATION DAUERKRISE:



**WENN DIE NACHRICHTENFLUT LÄHMT,
STATT ZU BEWEGEN**

TEXT: JO SENSE

ILLUSTRATION: ARIEL VICTOR ARTHANTO

Scroll. Kylie Jenner. Scroll. Israel greift Teheran und den Libanon an. Scroll. Die Inflation nimmt wieder Fahrt auf in Deutschland. Scroll, Scroll, Scroll. Willkommen auf Social Media – dem Ort, an dem sich im Sekundentakt seichte Unterhaltung mit den schweren Krisen und Katastrophen der Welt mischt. Wie intensiv dieses digitale Auf und Ab junge Menschen prägt, zeigt die aktuelle Studie zu Jugend, Information, Medien (JIM): Durchschnittlich knapp vier Stunden (231 Minuten) täglich verbringen 13- bis 19-Jährige am Smartphone. Aber was passiert, wenn die permanente Nachrichtenflut zur emotionalen Belastung wird? Inmitten dieses emotional-digitalen Chaos stellen sich drängende Fragen: Was bedeutet das alles für mich? Und vor allem: Was bewegt mich eigentlich noch?

Erste Antworten finden sich bei zwei jungen Menschen in Hamburg, die exemplarisch für die Bandbreite stehen, auf der sich heute viele junge Erwachsene zwischen Informationsdrang und Selbstschutz bewegen.

ZWISCHEN POLITISCHEM ANTRIEB UND „OVERDOSE“

Paul, 21, studiert Politikwissenschaft und arbeitet als Werkstudent für eine Bundestagsabgeordnete. Er ist beruflich wie privat tief in die Medienwelt eingebunden. „Ich habe wenig Abstand dazu, aber ich bin durch und durch ein politischer Mensch und wenn ich politische Nachrichten lese, dann ist es etwas, was mich betrifft“, erklärt er. Doch die Fülle an ungefilterten Informationen im Netz bringt selbst ihn an seine Grenzen. Er wünscht sich einerseits nahbare Formate, sieht aber die Gefahr der Desinformation: „Man bekommt Informationen, die nicht eingeordnet sind und die ich nicht verifizieren kann. Es ist manchmal eine ‚Overdose‘“

NACHRICHTEN-ESKAPISMUS ALS SELBSTSCHUTZ

Während Paul sich der Masse an Informationen kontrolliert hingibt, wählt Malina*, die Soziale Arbeit studiert, einen anderen Weg, eine Form des Nachrichten-Eskapismus. Diese Realitätsflucht ist eine bewusste Strategie: Um sich vor der negativen Flut zu schützen, werden tagesaktuelle Nachrichten aktiv gemieden. Dass sie damit nicht allein ist, zeigt die aktuelle JIM-Studie, laut der 26 Prozent der Jugendlichen gezielt versuchen, Nachrichten aus dem Weg zu gehen, um sich emotional zu entlasten.

Auch Malina, die in einer Jugendeinrichtung arbeitet und im Arbeitsalltag bereits genug mit harten Lebensrealitäten konfrontiert ist, fühlt sich von der unregulierten politischen Nachrichtenflut auf Social Media überfordert. „Um mich zu schützen, habe ich mittlerweile die strikte Regel eingeführt, dass ich meinen Tag ganz bewusst komplett ohne mein Handy und ohne Nachrichten beginne“, berichtet sie. Das ständige Swipen durch Reels und Kurz-videos vergleicht sie mit einer Sucht: „Manchmal ist es ein Sog, aus dem ich nicht mehr rauskomme.“ Um diesem Strudel zu entkommen und ihre mentale Gesundheit zu schützen, entfolgt sie klassischen Nachrichten-Accounts wie der Tagesschau, Spiegel oder Funk komplett und verlässt sich darauf, wichtige News indirekt über ihr Umfeld oder den Universitätscampus mitzubekommen.

ZWISCHEN OHNMAGHT UND EMPOWERMENT

Dass die beiden 21-Jährigen so unterschiedlich auf die Nachrichtenflut reagieren, liegt anscheinend auch an ihrem Gefühl von Handlungsfähigkeit. Für Malina sind die ständigen Krisenmeldungen schwer zu ertragen, weil sie das Gefühl hat, nichts dagegen tun zu können. „Es löst in mir in allererster Linie ein extremes, fast schon lähmendes Gefühl der Ohnmacht aus“, beschreibt sie die Situation. Das Schlimmste daran sei für sie die Gewissheit, als einzelne Privatperson kaum etwas an diesen gigantischen Weltproblemen ändern zu können.

Paul hingegen zieht aus genau dieser Konfrontation mit politischen Nachrichten Motivation, da er durch seine Arbeit einen direkten Ausweg aus der Ohnmacht findet. Wenn er Nachrichten liest, motiviert ihn das, sich noch mehr einzubringen. „Mich einzubringen und etwas zu tun, gibt mir ein Gefühl von Empowerment und weniger Ohnmächtigkeit“, erklärt er. Sein Job bietet ihm den Zugang und die Möglichkeit, sich aktiv mit Themen auseinanderzusetzen, anstatt sie nur passiv zu konsumieren.

DIE SUCHE NACH KONTROLLE

Dennoch bleibt die Belastung durch ständige Krisen-News kein Einzelfall. Die aktuelle achte Welle der COPSY-Erhebung (Child Outcomes in PSYchology) des Universitätsklinikums Eppendorf aus dem Jahr 2025 liefert dazu nun genaue Zahlen: 23 Prozent der Kinder und Jugendlichen weisen psychische Auffälligkeiten auf, und ein Viertel (25 Prozent) leidet unter Angstsymptomen. Werte, die noch immer deutlich über dem Vor-Corona-Niveau liegen. Die Studie zeigt auch ganz konkret auf, was die junge Generation bedrückt: 70 Prozent sorgen sich vor Kriegen, 62 Prozent vor Terrorismus und rund die Hälfte (49 Prozent) vor der Klimakrise. Zudem verdeutlicht die Erhebung die zentrale Rolle des Medienkonsums, denn 39 Prozent der Jugendlichen stoßen auf Social Media häufig auf belastende Inhalte. Ergänzend dazu unterstreicht die aktuelle JIM-Studie, dass sich über vier von zehn Jugendlichen (41 Prozent) generell besorgt über das aktuelle Weltgeschehen äußern.

Sowohl Paul als auch Malina haben deshalb eigene Filterstrategien entwickelt. Paul nutzt für seinen Informationsbedarf mittlerweile reine Nachrichten-Apps wie Google News. Diese dienen ihm als bewusster Ersatz für Plattformen wie Instagram und TikTok, deren suchterzeugenden Algorithmen er so entkommen will. Beide kritisieren zudem den starken Fokus auf schlechte Nachrichten, zwischen denen positive Meldungen viel zu schnell verschwinden. „Wenn ich da tausendmal das Gleiche lese, wird mein Handy zugespamt mit nur negativem Content. Da habe ich keinen Bock drauf“, bringt es Malina auf den Punkt.

Am Ende bleibt das Smartphone für viele junge Menschen oft nicht liegen – auch wenn es in stressigen Phasen vielleicht besser wäre. Die Sehnsucht nach nahbaren, menschlichen Perspektiven im Gegensatz zu kühlen Fakten oder abstrakten Zahlen und vor allem nach der Kontrolle über das eigene Informiertsein ist daher keine bloße Behauptung, sondern spiegelt sich direkt in den Bewältigungsstrategien von Paul und Malina wider. Bis sich der Aufbau sozialer Netzwerke ändert, bleibt vielen nur die strikte Abgrenzung und der gezielte Blick auf das Gute. Die Form spielt dabei für Malina ebenfalls eine wichtige Rolle: „Was mich erreicht, sind persönliche Geschichten von echten Menschen, bei denen man die Gesichter und Emotionen hinter den sterilen Nachrichten sieht. Positive Nachrichten können mich nämlich auch sehr stark bewegen, aber eben auf eine völlig andere, sehr heilende Weise. Sie geben einem wieder ‘n Stück weit Hoffnung.“ Und damit – weiterscrollen.



EINERSEITS

SOCIAL-MEDIA-VERBOT EINERSEITS – ANDERERSEITS

Im Dezember 2025 führte Australien als weltweit erstes Land ein gesetzliches Verbot sozialer Medien für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren ein. Das Verbot gilt für große Plattformen wie TikTok, Instagram, Snapchat, Facebook, YouTube und X. Die Anbieter selbst müssen dafür sorgen, dass die Altersgrenzen eingehalten werden, wofür sie Ausweisprüfungen oder Gesichtsscans nutzen. Andernfalls drohen ihnen hohe Geldstrafen.

Auch in Europa gewinnt die Debatte an Fahrt. Mehrere Staaten prüfen ähnliche Regelungen, während auf EU-Ebene über strengere Altersgrenzen diskutiert wird. In Deutschland beschäftigt sich inzwischen eine Expertenkommission mit der Frage, wie Kinder und Jugendliche im digitalen Raum besser geschützt werden können. Unterstützung für mögliche Einschränkungen kommt dabei aus verschiedenen politischen Lagern.

Die Argumente für und gegen ein Social-Media-Verbot diskutieren unsere Redakteur*innen Anneliese Heindel und Alex Frieling in unserer Rubrik Einerseits – Andererseits.

EINERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

EINERSEITS

ANDERERSEITS

EINERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

EINERSEITS

SOCIAL-MEDIA- VERBOT: EINERSEITS

TEXT: ALEX FRIELING

Ein Smartphone, ein Account und der Zugang zu einer digitalen Welt mit eigenen Regeln und Dynamiken. Im Kern steht die Frage, ob junge Menschen auf Social Media ausreichend geschützt sind oder ob bestehende Regelungen den Dynamiken digitaler Plattformen nicht mehr gerecht werden.

Ein zentraler Aspekt betrifft die psychische Gesundheit. Laut einer Umfrage der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben rund elf Prozent der Jugendlichen Schwierigkeiten, ihre Nutzung sozialer Medien zu kontrollieren. Weitere Studien weisen auf Zusammenhänge zwischen intensiver Nutzung und Schlafproblemen, einem negativen Körperbild, schulischen Schwierigkeiten sowie emotionalen Belastungen hin. Daraus lässt sich ableiten, dass ein Social-Media-Verbot Minderjährige vor gesundheitlichen und psychischen Folgen schützen könnte, wenn sie ihre Nutzung nicht mehr eigenständig kontrollieren können.

Auch wissenschaftliche Untersuchungen liefern Hinweise in diese Richtung. Eine 2019 in JAMA Psychiatry veröffentlichte Studie zeigte, dass Jugendliche, die mehr als drei Stunden täglich in sozialen Medien verbringen, ein erhöhtes Risiko für psychische Probleme aufweisen. Zwar lassen sich daraus keine eindeutigen Ursache-Wirkungs-Beziehungen ableiten, die Korrelationen werden in der Forschung jedoch ernst genommen.

Auf diese Unsicherheit verweist auch die Psychologin Amy Orben von der Universität Cambridge. „Da sich die Technologie schnell weiterentwickelt, wird die Beweislage immer ungewiss bleiben“, erklärt sie. Gleichzeitig gebe es eine „riesige

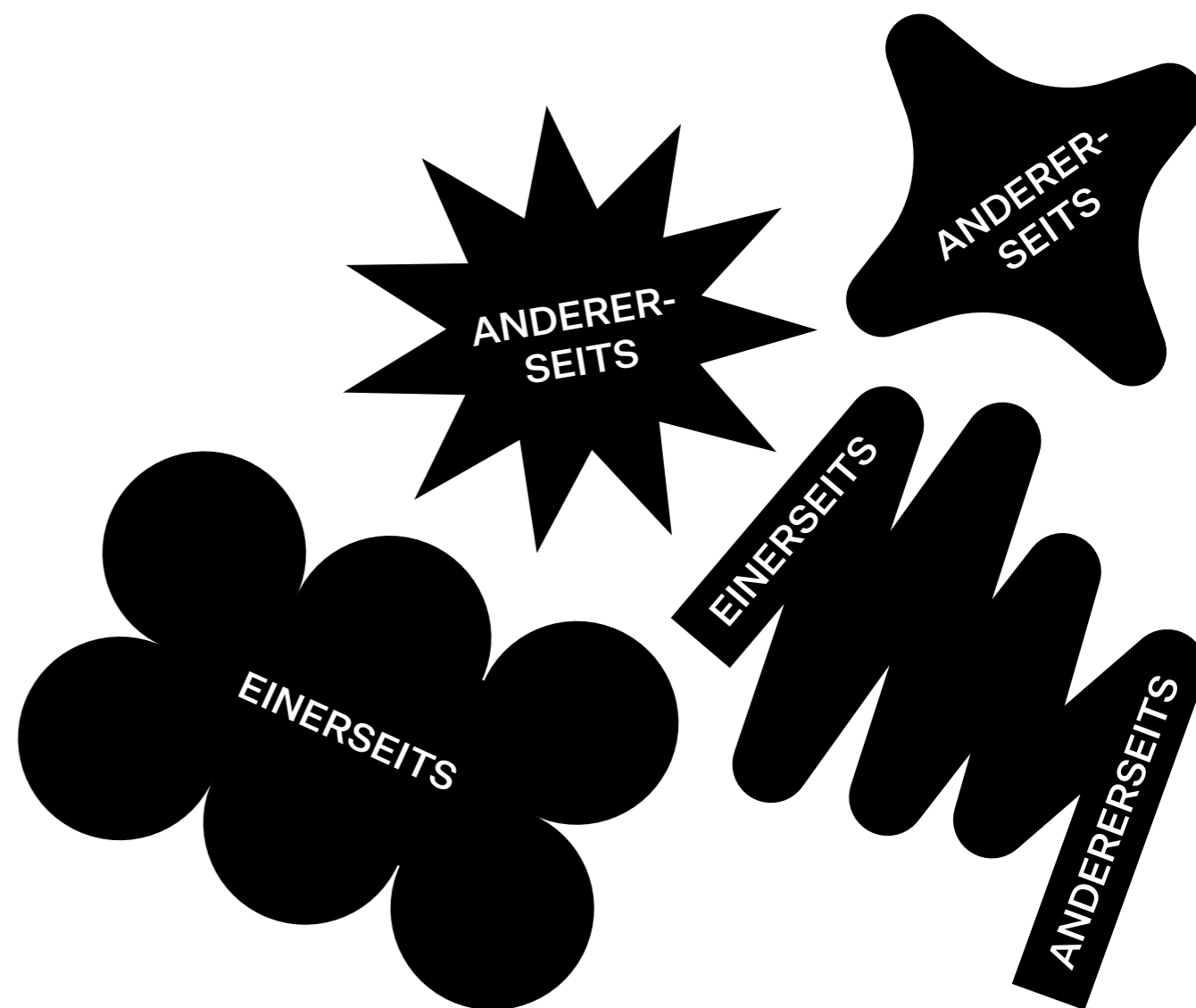
Menge“ an Beobachtungsstudien, die einen Zusammenhang zwischen Social-Media-Nutzung und einer schlechteren psychischen Gesundheit bei Jugendlichen feststellen. Orben betont jedoch, dass sich nicht eindeutig klären lasse, ob soziale Medien die Probleme verursachen – oder ob belastete Jugendliche verstärkt auf sie zurückgreifen. Gerade deshalb sieht sie in sogenannten natürlichen Experimenten, etwa regulatorischen Eingriffen, eine Chance auf belastbarere Erkenntnisse. Ein Argument dafür, frühzeitig regulierend einzugreifen, um Jugendliche vor möglichen langfristigen psychischen Belastungen zu schützen.

Auch aus bildungspolitischer Perspektive wird die Nutzung kritisch eingeordnet. Die UNESCO erklärt, es gebe Hinweise darauf, dass eine übermäßige Nutzung von Smartphones mit schlechteren schulischen Leistungen zusammenhängt. Zudem könne ein hohes Maß an Bildschirmzeit negative Auswirkungen auf die emotionale Stabilität von Kindern haben. „Die digitale Revolution birgt ein unermessliches Potenzial, aber ebenso wie vor ihrer Regulierung in der Gesellschaft gewarnt wurde, muss auch ihre Nutzung in der Bildung berücksichtigt werden“, sagte Generaldirektorin Audrey Azoulay. Ihr Einsatz müsse zu besseren Lernerfahrungen und zum Wohlbefinden von Schüler*innen und Lehrkräften beitragen – „nicht zu deren Nachteil“. Online-Verbindungen seien kein Ersatz für menschliche Interaktion. Daraus lässt sich ableiten, dass strengere Regeln oder Verbote soziale Medien dort begrenzen könnten, wo sie Lernleistungen, Konzentration und die zwischenmenschliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen.

Darüber hinaus kommt eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission in einer ersten Bestandsaufnahme im April 2026 zu dem Ergebnis, dass junge Menschen im Internet bislang nicht ausreichend geschützt sind. Nach Einschätzung der Fachleute ist das Ausmaß erheblich: Rund eine Million Jugendliche in Deutschland nutzen digitale Medien auf problematische Weise, etwa 300.000 zeigen bereits Suchtverhalten. Hinzu kämen Risiken wie Cybermobbing, Hassrede, sexualisierte Gewalt, Kostenfallen oder negative Einflüsse durch KI-Systeme.

Gleichzeitig warnt die Kommission vor vermeintlich einfachen Lösungen wie pauschalen Altersverboten. Entscheidend sei vielmehr, wie Inhalte gestaltet sind und wie Jugendliche begleitet werden. „Die Forschungslage ist relativ klar: Nicht die Bildschirmzeit allein ist entscheidend, sondern welche Inhalte Kinder und Jugendliche sehen, wie Plattformen gestaltet sind und wie gut Kinder und Jugendliche begleitet werden“, erklärt Olaf Köller, Co-Vorsitzender der Kommission. Medienbildung dürfe daher „nicht dem Zufall überlassen werden“, sondern müsse verbindlich, altersgerecht und für alle zugänglich sein – und auch die Erwachsenen einbeziehen. Daraus lässt sich durchaus schließen, dass die bisherige Begleitung und Regulierung offensichtlich nicht ausreicht, um Jugendliche wirksam vor problematischen Inhalten und digitalen Gefahren zu schützen.

Ein möglicher regulatorischer Eingriff wie ein Social-Media-Verbot wird in dieser Perspektive weniger als alleinige Lösung verstanden, sondern eher als Teil eines umfassenderen Ansatzes. Dieser könnte zeitliche und strukturelle Räume schaffen, in denen Schutz und Kompetenzaufbau besser ineinandergreifen.

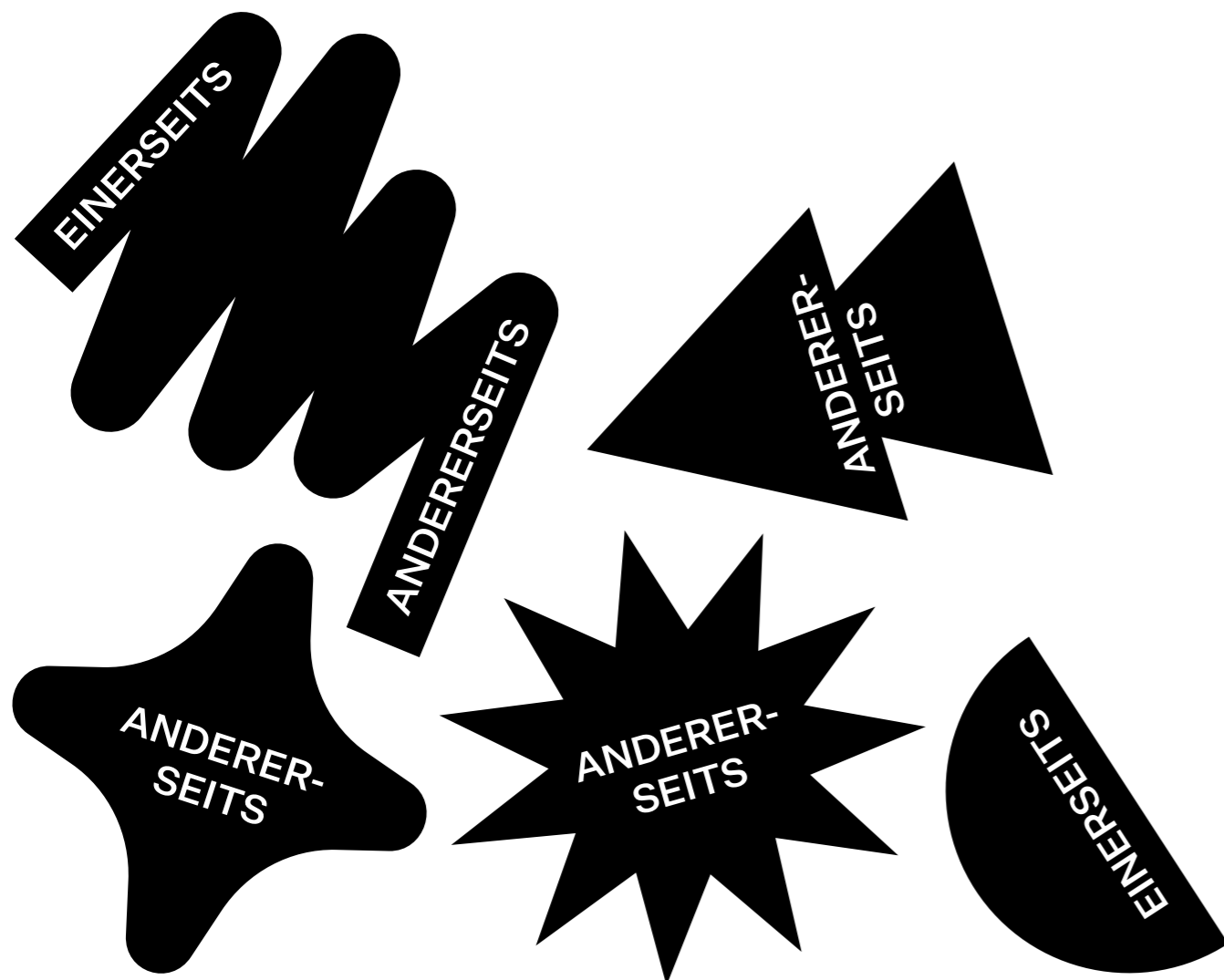


SOCIAL-MEDIA- VERBOT: ANDERERSEITS

TEXT: ANNELIESE HEINDEL

„Das ist, weil du so viel am Handy bist!“ – diesen Satz hat wohl jeder schon einmal von seinen Eltern zu hören bekommen, wenn gerade ein Schuldiger gesucht wurde. Nun schlägt auch die Bundesregierung diese Töne an und diskutiert ein Verbot von Social Media für unter 16-Jährige. Eine Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf stellt fest, dass Jugendliche suchtähnliche Muster entwickeln. So weisen Betroffene teils Merkmale auf, die auch bei anerkannten

Suchterkrankungen beobachtet werden, etwa Kontrollverlust oder die Vernachlässigung anderer Lebensbereiche. Da hilft gerade nicht, dass sich der Erfolg der sozialen Netzwerke auf ihr spiralartiges Suchtpotenzial stützt. Aber noch weniger überzeugt die gefährliche Annahme, dass sich Probleme durch pauschale Verbote von oben einfach aus der Welt schaffen lassen.



Ein Verbot verdränge das Problem lediglich, statt wirklich zu schützen, so Dr. Stephan Dreyer, Senior Researcher für Medienrecht und Media Governance am Leibniz-Institut für Medienforschung. Er widerspricht grundsätzlich der Effektivität eines Verbots. Denn wer Jugendliche von regulierten Plattformen ausschließe, schicke sie im Zweifel in gänzlich unregulierte Räume wie Telegram-Gruppen. Schutzmaßnahmen wie Moderation, Beratungsangebote oder Meldestrukturen sind an die bekannten Plattformen geknüpft.

Fast naiv wirkt auch die Vorstellung, das Verbot sei nicht zu umgehen; so viel Medienverständnis bringen die Jugendlichen dann doch auf. Dreyer führt an, dass Anleitungen zur Aktivierung eines VPNs im Internet kursieren. Aus anderen Ländern wisse man, dass nach Einführung altersbasierter Zugangsbeschränkungen bis zu 54 Prozent der betroffenen Jugendlichen eine Umgehungsmaßnahme genutzt hätten. Produziert ein Verbot dadurch nicht exakt die Schutzlücke, die es eigentlich schließen soll?

Auch Eltern, die ihre Kinder bewusst selbst begleiten möchten, wären durch ein Verbot daran gehindert. Das greift wiederum in das Erziehungsrecht der Sorgeberechtigten und ganz grundsätzlich in die Informations- und Meinungsfreiheit der Jugendlichen ein. Das Bundesverfassungsgericht verlangt für derartige Grundrechtseingriffe immer die Verwendung des mildesten, aber gleich wirksamsten Mittels. Laut Dreyer wäre das statt eines Verbots der Digital Services Act, kurz DSA. Diese Verordnung verpflichtet die Plattformen selbst, ihre Angebote altersangemessen zu gestalten. Ein anderes, milderer Mittel stünde damit zur Verfügung, ein Totalverbot würde verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen.

Insgesamt adressiere das Verbot laut Dreyer sowieso das falsche Problem. Funktionen wie Endlos-Scrollen und personalisierte Empfehlungen verstärken die Risiken der Plattformen, während der Zugang zu allen weiteren Inhalten ohne Schadenspotenzial sogar wichtig für die Entwicklung Jugendlicher sei. Durch ein Verbot würden nicht nur die negativen Aspekte wegfallen, sondern auch Inspiration, Austausch, politische Teilhabe und die Erweiterung des eigenen Horizonts. Da Menschen unserer Zeit mit sozialen Medien nun mal irgendwann in Berührung kommen, müssen sie den Umgang ohnehin lernen: so wie Kinder das Sprechen durch Brabbeln, das Laufen durch Stolpern und das Radfahren durch Fallen lernen. Statt eines Verbotes braucht es medienkompetente Vorbilder und pädagogische Konzepte – übrigens für alle Altersgruppen.

Wenn einem Staat in diesen Zeiten immenser Belastungen für junge Menschen kein anderes wirksames Mittel einfällt als ein hektisches Totalverbot, zeichnet das dann nicht eher das Bild einer nervösen Staatsgewalt als das einer verlorenen Jugend? Wenn sich Vater Staat also vermeintlich schützend vor junge Menschen wirft und sie dadurch aus einem Teil unserer Realität und Öffentlichkeit ausschließt, schießt er übers Ziel hinaus. Jugendliche haben ein Recht auf Teilhabe, auf Information und Kommunikation, das gilt auch im digitalen Raum. „Aber es ist ja zu eurem Wohl!“, verkündet ein altbekannter

erzieherischer Ton, wobei die verschrobene Hybris „der da oben“ der Jugend nicht helfen wird. Die EU-Kommission schlägt nun stattdessen vor, eine App zur Alterskontrolle einzuführen, die nicht umgangen werden kann. Nutzer*innen sollen ihr Alter dabei einmalig per Ausweis oder Reisepass bestätigen. Ganz ausschließen lasse sich eine Umgehung allerdings wohl auch hier nicht, Jugendliche könnten beispielsweise fremde Ausweise nutzen.

Ab welchem Alter soziale Medien künftig erlaubt sein sollen, wird auch auf EU-Ebene weiterhin kontrovers diskutiert. Frankreich setzt sich für strengere Regeln für unter 15-Jährige ein, während in Spanien ein Mindestalter von 16 Jahren für bestimmte Plattformen im Raum steht. Ohnehin liege die Verantwortung zum Schutz der Minderjährigen bei den Konzernen wie Meta – und diese werde laut EU-Kommissionsvizepräsidentin Virkkunen bislang zu wenig wahrgenommen.

AUF DIE PLÄTZE ... FERTIG ... CHANGE?

Text: Lorenz Kirschall



Mehr Sport, mehr Spektakel, mehr Show und mehr Schäden für die Umwelt. Mega-Events im Spitzensport werden bombastischer und erreichen immer neue Zuschauer*innenzahlen. Die WM in Katar – als klimaneutral beworben – gilt als eines der emissionsreichsten Sportevents überhaupt: Nach offiziellen FIFA-Zahlen belaufen sich die Emissionen auf 3,6 Millionen Tonnen CO₂, mehr als der Hamburger Straßenverkehr in einem ganzen Jahr verursacht. Die Umweltorganisation Carbon Market Watch beschreibt diese Zahlen als beschönigt und geht von mindestens 1,6 Millionen unterschlagenen Tonnen aus. Gleichzeitig verlor die FIFA gegenüber einer Klage der Verbraucherzentrale, welche sie wegen Greenwashing vor Gericht gebracht hatte. Für die WM 2026 in Kanada, den USA und Mexiko erwarten die Scientists for Global Responsibility (SGR) das klimaschädlichste Sportturnier aller Zeiten. Wenn solche Veranstaltungen Milliarden Menschen erreichen, könnte man diese Plattform nicht besser nutzen? Und: Wie glaubwürdig sind Sportler*innen, die sich für Nachhaltigkeitsthemen stark machen, wenn sie selbst Teil eines so ressourcenintensiven Systems sind?

EIN SYSTEM UNTER DRUCK

Einer, der dieses Dilemma aus erster Hand kennt, ist Erik Holmer: schwedischer Kanu-Olympionike und Forscher zu Nachhaltigkeit im Sport. Als Botschafter und Vorstandsmitglied bei Protect Our Winters (POW) Schweden sowie Produzent des Dokumentarfilms „Born of Ice“ hat er

Sport produziert Emissionen, begeistert ein Milliardenpublikum und schweigt meist zur Klimakrise. Warum Athlet*innen trotzdem die wirkungsvollsten Botschafter*innen für Nachhaltigkeit sein könnten und was sie davon abhält.

seinen Aktivismus zum zweiten Beruf gemacht. Auch ihn hat die Frage nach der eigenen Rolle in einem ressourcenintensiven System eingeholt. „Ich hatte ein Jahr – 2019 –, in dem ich ohne Team war und mich fragte, warum ich eigentlich das tue, was ich tue. Es war das erste Mal in meiner Karriere, dass ich ernsthaft daran dachte, den Profisport aufzugeben. Das war der Moment, in dem ich begann, meine Karriere stärker mit Nachhaltigkeit zu verbinden“, erzählt Erik. Den Ausweg fand er nicht im Rückzug, sondern im Engagement.

Dabei ist es wichtig, nicht von „dem Sport“ zu sprechen. Zwischen den verschiedenen Disziplinen und Verbänden gibt es große Unterschiede. In naturnahen, weniger kommerzialisierten Sportarten ist ein Umdenken oft weiter fortgeschritten. Im Spitzensport hingegen beobachten die SGR, dass die Reichweite des Sports zunehmend für die Vermarktung umweltschädlicher Lifestyles genutzt wird: Dazu zählen das Sponsoring fossiler Industrien und Flugreisen für internationale Turniere. Was als Nachhaltigkeitskommunikation vermarktet wird, lässt sich laut Erik häufig eher als Greenwashing oder Sportwashing beschreiben.

DIE DOPPELMORAL-FALLE UND WAS DAHINTER STECKT

Was Erik persönlich umgetrieben hat, hat in der Wissenschaft einen Namen: die sogenannte Hypocrisy Trap, auf

UNGENUTZTES POTENZIAL – EINE FRAGE DER STRUKTUREN

Dass Athlet*innen sich engagieren wollen, belegen Eriks eigene sowie aktuelle Forschungen von Madeleine Orr (2025): Die meisten Profi-Sportler*innen sind demnach klimabewusst und würden gerne aktiv werden, werden aber durch institutionelle Strukturen, Zeitmangel und die Angst vor öffentlicher Kritik gehindert. Eriks eigenes Forschungsprojekt mit dem Schwedischen Olympischen Komitee verdeutlicht das: Eine klare Mehrheit der Sportler*innen wollte mehr für Nachhaltigkeit tun und wünschte sich mehr Unterstützung. Das Komitee wiederum wollte sie einbinden, traute sich aber nicht zu fragen, weil es glaubte, dies sei nicht deren primäre Aufgabe. Beide Seiten wollten mehr. Doch niemand hat das Gespräch begonnen. Es fehlt nicht am Willen, es fehlt an Strukturen und Ermächtigung. „Im Grunde gibt es ein fast ungenutztes Potenzial unter den Athlet*innen“, sagt Erik. „Sie alle haben ihre eigenen Geschichten, kommen von irgendwo und haben unterschiedliche Hebel. Und Umfragen zeigen, dass viele mehr tun möchten.“ POW, für die Erik als Botschafter und Vorstandsmitglied des schwedischen Ablegers aktiv ist, versucht genau diesen Rahmen zu schaffen: Mit über 200 Athlet*innen-Botschafter*innen weltweit verbindet die NGO Klimaengagement mit der Leidenschaft für Natursport. Die Initiative Sports for Future setzt das im Breitensport um: mit Workbooks und Vernetzungsangeboten für Vereine und Sportler*innen, die auch ohne große Plattform aktiv werden wollen. Gerade bei großen Institutionen wie dem IOC liegt die Verantwortung, solche Rahmenbedingungen zu schaffen und das Engagement von Athlet*innen genauso zu feiern wie Medaillen.



NACHHALTIGKEIT IST TEAMSPORT

Vielleicht findet ein Umdenken nicht primär auf der großen Weltbühne statt, sondern im regionalen Handballclub, in der selbstorganisierten Laufgruppe oder im Traditions-Ruderverband. Im Breitensport entstehen Gemeinschaften, in denen Engagement kein Aktivismus ist, sondern selbstverständlicher Teil der Kultur. Und die Frage nach der Glaubwürdigkeit? Sie beantwortet sich vielleicht genau dort: nicht in der perfekten Klimabilanz, sondern in der Bereitschaft, trotz aller Widersprüche weiterzumachen. In Eriks Worten: „Man kann leidenschaftlich für unseren Planeten eintreten, auch wenn man selbst nicht perfekt lebt. Das sollte nie ein Grund sein, nicht zu sprechen.“ Nachhaltigkeit ist kein Projekt für Einzelkämpfer*innen. Sie ist, wie Sport selbst, eine Teamleistung.

Mehr Sport, mehr Spektakel, mehr Show: Das war die Ausgangslage. Mehr Geschichten, mehr Stimmen, mehr Veränderung: Das könnte die Antwort sein.

Deutsch in etwa die Doppelmoral-Falle. Verstärkt durch soziale Medien, wird Profiathlet*innen immer wieder vorgeworfen, mit zweierlei Maß zu messen. Dazu kommt ein zweites Phänomen: Verhalten Athlet*innen sich allzu vorbildlich, etwa durch vegane Ernährung oder lauten Aktivismus, fühlen sich Fans schnell ertappt und gehen in Abwehrhaltung. Aktuelle sozialpsychologische Studien, unter anderem von Kurz und Knowles, belegen diesen Effekt. Ob sich beide Phänomene gegenseitig verstärken oder ausbalancieren, wird in der Sportsoziologie weiter erforscht. Was sich aber bereits abzeichnet: Die Unvollkommenheit von Sportler*innen könnte genau der Faktor sein, der sie zu glaubwürdigen Botschafter*innen macht, weil wir uns in ihren Geschichten wiedererkennen. Eriks Erfahrung bestätigt das: Sein Engagement stößt überwiegend auf positive Resonanz, auch wenn gelegentlich die Frage aufkommt, ob man als Profisportler*in glaubwürdig für Nachhaltigkeit eintreten könne. Für ihn ist genau diese Unsicherheit eine der größten Barrieren: „Du musst nicht perfekt sein, um das Recht zu haben, deine Stimme zu erheben.“

VOM FUSSABDRUCK ZUM HANDABDRUCK

Das Konzept des „Handabdrucks“, das international unter anderem vom United Nations Environment Programme entwickelt und im deutschsprachigen Raum von Germanwatch geprägt wurde, setzt dem klassischen Fußabdruckdenken eine andere Perspektive entgegen: Im Fokus steht nicht, was ich vermeide, sondern was ich aktiv anstoße, in meinem Umfeld, meiner Community oder meiner Institution. „Du kannst diese Herausforderungen auf eine kollaborativere Weise angehen“, sagt Erik, „und ich glaube, das hat das Potenzial, eine viel größere Wirkung zu entfalten.“

Genau diese Perspektive macht Athlet*innen zu potenziell wirkungsvollen Akteur*innen, nicht trotz ihrer Widersprüche, sondern wegen ihrer Geschichten. Sport funktioniert immer als Erzählung: Triumph, Scheitern, Weiterkämpfen. In einer Zeit, in der das Vertrauen in politische Institutionen schwindet, orientieren sich viele Menschen an anderen Vorbildern. „In der heutigen Gesellschaft ist es klarer denn je, dass wir uns alternative Vorbilder suchen, keine politischen Führer, die unsere Überzeugungen und unser Verhalten prägen“, erklärt Erik. „Das versetzt Athlet*innen in eine Position mit enormem Hebel, Verhaltensänderungen anzuregen und Werte zu prägen.“ Laut dem Forscher Tegwen Gadais (2019) gilt das auch empirisch: In Projekten wie „Sport for Development“ sind Athlet*innen Schlüsselfiguren, weil ihre Wirkung weit über den Sport hinausreicht. Der norwegische Fußballprofi Morten Thorsby gründete 2020 „We Play Green“, eine Plattform für Nachhaltigkeit und Mobilisierung im Fußball. Die irische Surferin Easkey Britton verbindet Meeresbiologie mit öffentlicher Advocacy. Für Erik ist „Born of Ice“ das Medium geworden, das abstrakte Klimathemen in persönliche Erzählungen übersetzt. „Dass man sich mit denen identifizieren kann, halte ich für enorm wichtig“, sagt er.

Zwischen US-
Vorbild und
afrodeutscher
Realität

BLACK HISTORY MONTH

Text: Mahnal Sourou

Jedes Jahr im Februar rückt er wieder in den Fokus: der Black History Month (BHM). In sozialen Medien, bei Veranstaltungen und in Diskussionen über Rassismus und Geschichte ist er präsent. Weil der Monat aus den USA stammt, richtet sich der Blick oft zuerst dorthin – etwa auf die Bürgerrechtsbewegung, Martin Luther King oder Malcolm X. Eine deutsche Perspektive darauf bietet die Aktivistin Isy Karera, die auf Social Media als @blacktiger mama bekannt ist. Die 29-jährige gebürtige Kongolesin spricht auf Instagram und TikTok über Rassismus, Kolonialismus und intersektionalen Feminismus und auch darüber, wie sich verschiedene Formen von Diskriminierung in der Lebensrealität und der Gesellschaft überschneiden.

„Der BHM ist für mich vor allem eine Erinnerung daran, was wichtig ist. Ich nutze den Monat, um einem breiteren Publikum Themen wie Schwarze Geschichte oder Widerstandskämpfe näherzubringen, weil man in dieser Zeit einfach eine größere Plattform bekommt“, sagt Isy im Interview mit GENZ.

Persönlich unterscheide sich der Februar für die Aktivistin jedoch kaum von den übrigen Monaten, denn sie spreche ja das ganze Jahr über Rassismus und Schwarze Erfahrungen. Der Unterschied liege vor allem darin, dass diese Themen im Februar mehr Aufmerksamkeit erhalten. „Im Februar wollen plötzlich viele Unternehmen und Medien Aufmerksamkeit schaffen. Das ist ein guter Anfang. Aber echte Solidarität hört nicht am 28. Februar auf. Schwarze Menschen erleben Rassismus jeden Tag.“ Dass viele Debatten danach wieder verschwinden, habe einen einfachen Grund: „Es ist unbequem, über strukturellen Rassismus zu sprechen“, erklärt sie. „Der BHM bietet dafür einen Rahmen, aber sobald dieser Monat vorbei ist, ziehen sich viele wieder aus der Diskussion zurück.“

EINE BILDUNGSBEWEGUNG GEGEN UNSICHTBARKEIT

Die ursprüngliche Idee hinter dem BHM ging dabei weit über symbolische Sichtbarkeit hinaus. Er entstand 1926 in den USA, als der Historiker Carter G. Woodson die „Negro History Week“ ins Leben rief, um über Schwarze Geschichte aufzuklären. Daran entwickelte sich später der BHM. Die Geschichte Schwarzer Menschen in den USA ist eng mit Sklaverei, rassistischer Gewalt und den Jim-Crow-Gesetzen verbunden, die bis in die 1960er Jahre „Rassen“-trennung gesetzlich festgeschrieben.

Heute findet der BHM auch in Ländern wie Großbritannien, Kanada und Deutschland statt. Seit den 1990er-Jahren gibt es im Februar zahlreiche Bildungs- und Kulturveranstaltungen. „Das Programm ist breit angelegt und umfasst Filmvorführungen, Diskussionen, Ausstellungen, Stadtrundgänge sowie Musik- und Kulturveranstaltungen“, berichtet Nigel Ascher. Seit Beginn ist er am BHM Hamburg beteiligt und leitet das Projekt seit 2004. „Neben der Auseinandersetzung mit Rassismus in Geschichte, Kunst, Politik, Schule oder Alltag geht es auch um Empowerment, Austausch und gemeinsames Lernen. Der Monat schafft Raum für Reflexion, Erinnerung und Community“, ergänzt er.

Träger des BHM Hamburg ist seit 2008 die ISD-Bund e. V. (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland), ein bundesweites Netzwerk, das sich seit 1985 für Empowerment, politische Teilhabe und gegen strukturellen Rassismus engagiert. Die ISD hat den BHM in Deutschland initiiert. „Anders als in den USA wird der BHM in Deutschland nicht zentral organisiert, sondern von lokalen Initiativen und der Community getragen“, erzählt Nigel.

SCHWARZE GESCHICHTE IN DEUTSCHLAND

Schwarze Geschichte und anti-Schwarzer Rassismus werden in Deutschland häufig übersehen – obwohl schätzungsweise rund 1,27 Millionen Schwarze und afrodeutsche Menschen hier leben. Anti-Schwarzer Rassismus beschreibt die Abwertung von Menschen afrikanischer Herkunft und hat historische Wurzeln im Kolonialismus. Aktuelle Studien zeigen, dass viele Betroffene im Alltag Diskriminierung erleben, etwa bei der Wohnungssuche, im Gesundheitswesen oder im Kontakt mit der Polizei. Laut EU-Grundrechteagentur berichten über 70 Prozent der Menschen afrikanischer Herkunft in Deutsch-

land und Österreich von Rassismus. Die Befragung ergab, dass Deutschland am schlechtesten abgeschnitten hat.

Eine zentrale Frage ist daher, wie sich der BHM in Deutschland zwischen US-amerikanischen Einflüssen und eigenständigen afrodeutschen Perspektiven positioniert. „Es ist ein bisschen ein zweischneidiges Schwert“, sagt @blacktiger mama. „Die Geschichte Schwarzer Menschen in Deutschland ist anders aufgebaut als in den USA. Wir hatten hier keine Bürgerrechtsbewegung wie in Amerika, keine Segregation in diesem Ausmaß wie in den USA.“ Gleichzeitig bedeute das jedoch nicht, dass Schwarze Geschichte in Deutschland weniger relevant sei. „Auch hier gab es Verfolgung, etwa während des Nationalsozialismus, als Schwarze Menschen in Konzentrationslager gebracht oder zwangssterilisiert wurden oder die Kolonialisierung in Ländern wie Togo, Kamerun sowie der Genozid an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika – heute bekannt als Namibia.“ Der deutsche Kolonialismus wird in der deutschen Geschichte oft ausgeblendet, obwohl er von extremer Gewalt geprägt war und auf rassistischen Ideologien beruhte.

Trotzdem spielen der US-amerikanische Diskurs eine wichtige Rolle. „In vielen Fragen ist die Bewegung in den USA einfach weiter. Deshalb greifen wir oft auf diese Erfahrungen zurück – auch, um Entwicklungen in Deutschland frühzeitig zu erkennen“, erklärt die Aktivistin.

Nigel unterstreicht diese Perspektive: „Der BHM wird heute nicht mehr eins zu eins aus den USA übernommen. Zwar gibt es Gemeinsamkeiten, doch Geschichte, Kultur und gesellschaftliche Strukturen unterscheiden sich deutlich.“ In Deutschland stehen zunehmend afrodiasporische Perspektiven – also die Erfahrungen von Menschen afrikanischer Herkunft und Wurzeln weltweit – und insbesondere afrodeutsche Themen im Mittelpunkt, betont er. Gerade deshalb spielt der BHM auch in Deutschland eine wichtige Rolle.



DEUTSCHE RESONANZ: BLACK LIVES MATTER

Ein Moment, das diese transnationale Verbindung besonders sichtbar machte, war die Black-Lives-Matter-Bewegung. Weltweite Aufmerksamkeit erhielt sie spätestens 2020 nach der Ermordung von George Floyd durch einen Polizeibeamten in Minneapolis. Auch in Deutschland gingen damals Hunderttausende Menschen auf die Straße. „Es war nicht das erste Mal, dass so etwas passiert ist“, sagt @blacktiger mama. „Aber dieses Mal gab es ein Video. Die Menschen konnten sehen, was passiert ist.“ Die Bilder verbreiteten sich weltweit über soziale Medien. „Viele Schwarze Menschen haben sich in dieser Situation wiedererkannt“, erklärt sie. „Sie haben ihre Väter gesehen, ihre Brüder oder sich selbst.“

Der Moment löste eine breitere Debatte über Rassismus aus – auch in Deutschland. „Rassismus ist in unsere gesellschaftlichen und politischen Strukturen eingebettet“, sagt sie. „Auch wenn die Geschichte in Deutschland anders verlaufen ist als in den USA.“ Gleichzeitig warnt sie davor, historische Unterschiede zu übersehen. Die Entwicklung in den USA sei viel stärker institutionell organisiert und über Generationen hinweg aufgebaut, erklärt sie. Aber das bedeute nicht, dass es hier keine strukturellen Probleme gebe.

MEHR ALS EIN MONAT

Doch wie müsste Deutschland aussehen, damit ein BHM irgendwann nicht mehr nötig wäre? Die Aktivistin verweist auf die deutsche Erinnerungskultur. „In Deutschland gibt es eine starke Erinnerungskultur rund um den Holocaust“, betont sie. „Trotzdem existiert Antisemitismus weiterhin. Selbst wenn Geschichte aufgearbeitet wird, verschwinden Diskriminierung und Vorurteile nicht automatisch.“ Deshalb müsse die Auseinandersetzung mit Rassismus über einen Monat hinausgehen. „Wir brauchen langfristige Veränderungen – zum Beispiel ein Bildungssystem, das sich stärker mit Kolonialgeschichte und strukturellem Rassismus auseinandersetzt.“

Nigel sieht es ähnlich: „Ein einzelner Monat reicht natürlich nicht aus, um die vielfältige afrodiasporische Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart abzubilden. Ziel ist es, Interesse zu wecken und dazu zu motivieren, sich auch über den Februar hinaus mit diesen Themen zu beschäftigen.“

Solange Schwarze Geschichte marginalisiert wird und Rassismus zum Alltag gehört, bleibt der BHM mehr als ein symbolischer Monat. Er erinnert daran, dass Sichtbarkeit oft erst der Anfang einer Debatte ist.



Fotografie: ansbrys

Nicht die *Praktikantin*: Wie zwei Gen Z–Politikerinnen die EU erleben

Text: Felicia Holtkamp

Grafik: Maraia Jakimov

Ein großer Strandkorb steht in einer Ecke des Büros. Dem gegenüber ein Schreibtisch mit großzügigem Ausblick auf Brüssel. An den Wänden hängen zwei große Illustrationen mit den wichtigsten Sehenswürdigkeiten Mecklenburg-Vorpommerns und Rostocks. Sabrina Repps Heimatverbundenheit springt einem beim Betreten ihres Abgeordnetenbüros entgegen. Sie arbeitet seit zwei Jahren im Europäischen Parlament und das als jüngste deutsche Abgeordnete.

Rund 450 Millionen Menschen wohnen in der EU. Ein Drittel von ihnen ist unter 30 Jahre alt. Das Europäische Parlament besteht aus 720 Abgeordneten. Von ihnen sind acht unter 30 Jahre alt.

Eine davon ist die Österreicherin Lena Schilling. Sie zog zur Europawahl 2024 mit 23 Jahren als jüngste Abgeordnete ins EU-Parlament ein. „Ich hätte niemals damit gerechnet, es nach Brüssel zu schaffen“, erzählt Lena im Gespräch mit GENZ. „Bei mir in der Familie war Studieren schon außergewöhnlich.“ Dabei war sie bereits früh politisch aktiv. „Meine Mutter ist Sozialarbeiterin und hat mich immer mitgenommen, weil Kinderbetreuung nicht so easy war.“ Bereits als Kind fielen Lena die Benachteiligungen auf, die sie als Erwachsene nicht einfach akzeptieren wollte. Mit 17 Jahren fing sie an, sich bei Fridays for Future zu engagieren. „Für mich war das der Ort, wo wir etwas verändern, wo wir gegen eine von diesen Ungerechtigkeiten kämpfen können.“ Daraufhin ging Lena in die österreichische Politik und durfte kurz darauf für das EU-Parlament kandidieren. „Ich hatte schon auch Schiss vor dem Schritt manchmal“, erinnert sie sich. „30 Tage nach dem Wahlkampf saß ich im Nachtzug nach Brüssel. Das war komplett bizarr.“

Mittlerweile ist Lena 25 Jahre alt. „Es müsste eigentlich viel mehr junge Leute geben“, sagt die EU-Abgeordnete hinsichtlich der vielen Jugendlichen, mit denen sie jahrelang Politik auf der Straße gemacht hat. „Wir haben eine WhatsApp-Gruppe mit jungen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und da sind auch Leute, die 50 sind, drin“, erzählt Lena und muss lachen. „Wenn du unter 55 Jahre alt bist, giltst du im Parlament also noch als jung.“

Dass junge Menschen im Parlament die Ausnahme sind, zeigen auch die Zahlen: Das Durchschnittsalter der EU-Abgeordneten liegt bei 49,6 Jahren. Dabei liegt der europäische Altersdurchschnitt im Jahr 2024 bei 44,7 Jahren. Auch die Frauenquote sank von 39,6 Prozent auf 38,5 Prozent. „Es ist ein cooles Gefühl, die jüngste Abgeordnete zu sein, aber es wäre noch cooler, wenn da noch mehr Jüngere wären“, betont Lena.

Die zweitjüngste Abgeordnete ist Sabrina. Auch ihr Engagement begann bereits früh: „Ich habe im Hort den Kinderrat mitgegründet, war Klassensprecherin und dann Schülersprecherin“, erzählt die 27-Jährige, die ursprünglich aus Mecklenburg-Vorpommern kommt. Ihr Vater ist Maler und ihre Mutter Reinigungskraft. „Ich hatte ‚Nachteile‘, weil wir nicht die finanziellen Voraussetzungen hatten“, berichtet Sabrina. „Da hat sich für mich ein Ungerechtigkeitsempfinden entwickelt.“ Aus diesem Gefühl heraus begann sich Sabrina schon mit 14 Jahren politisch zu engagieren. „Ich möchte Politik für Menschen wie meine Eltern machen, eine Veränderung herbeiführen und mich für sie einsetzen.“

EU-Abgeordnete zu werden, ist wie ins kalte Wasser zu springen: Nichts bereitet eine*n darauf vor. „Politik machen und Politikwissenschaft studieren sind zwei komplett verschiedene Paar Schuhe“, erklärt Sabrina. Viel sei „learning by doing“. Wenn die EU-Abgeordneten nach dem Wahlkampf in Brüssel ankommen, durchlaufen sie das sogenannte Welcome Village. Das ist ein Programm, bei dem der große Haufen an Verwaltung wie Hausausweise und Bankverbindungen abgearbeitet wird. „Das Welcome Village ist irgendwie funny. Das geht drei Stunden und dann bist du drin“, ergänzt Lena. „That’s it.“

Die Gebäude des Europäischen Parlaments sind weitläufig. Der Gebäudekomplex umfasst mehrere Bauten, darunter das Paul-Henri-Spaak-Gebäude (mit Plenarsaal), das Altiero-Spinelli-Gebäude (Büros und Fraktionsräume) sowie das József-Antall und Stefan-Zweig-Gebäude. „Es gibt leider kein Google Maps für EU-Gebäude-Parlamentarier und ich hatte anfangs häufiger das Problem, die Räume nicht zu finden“, erzählt Sabrina. „Weil die Hälfte des Parlaments neu war, war ich aber nicht die Einzige, die auf Raumsuche war.“ Besonders wichtig, um sich im EU-Alltag zurechtzufinden, ist es, eine gute Büroleitung und verlässliche Mitarbeiter*innen zu finden, betonen die beiden jüngsten Abgeordneten.

Besonders im Wahlkampf und in ihren ersten Monaten in Brüssel merken Sabrina und Lena, dass ihr Alter auffällt. „Es gab mir gegenüber viele Vorurteile“, erzählt Sabrina. „Es gab Zeitungen, die geschrieben haben: SPD Mecklenburg-Vorpommern stellt 24-Jährige auf, ist ihnen die Wahl nicht wichtig?“ Dann aber wird Sabrina ins EU-Parlament gewählt. Besonders in ihrer inhaltlichen Arbeit fühlt sie sich von ihren Kolleg*innen gesehen und darf unter anderem das EU-Austauschprogramm Erasmus+ für ihre Fraktion verhandeln. „Gleichzeitig kommen auch Vorurteile aus meinem Wahlkreis von Leuten, die sich fragen, sollte sie nicht erstmal arbeiten gehen oder Kinder bekommen?“, sagt Sabrina. Aber wenn sie aber eine Sache in den letzten zwei Jahren gelernt habe, dann, dass weder Alter noch Geschlecht Auskunft darüber geben, ob man eine gute Politik macht. „Denn egal ob 60- oder 30-Jährige, Pappenheimer gibt’s überall.“

Die Österreicherin Lena machte ähnliche Erfahrungen: „Ich weiß nicht, wie oft ich in einen Raum gegangen bin und die Leute glaubten erstmal, ich sei die Praktikantin“, erzählt sie. „Auch die Mitarbeiter*innen im Parlament fragten: ‚Bist du echt Abgeordnete?‘ Die 25-Jährige versucht, das zu ihrem Vorteil zu nutzen. „Was cool daran ist, wenn Leute dich so unterschätzen, dass du sie auch echt outplayen kannst.“ Für Lena war es ihr bisher größter Erfolg, das 2040-Klimaziel für ihre Fraktion verhandelt zu haben. „Nur weil man jung ist, heißt das nicht, dass man sich nicht einarbeiten und einlesen kann. Wenn man sich hart genug reinhängt, dann wird man auch ernst genommen.“

Um junge Themen in die EU und auf den Verhandlungstisch zu bringen, braucht es junge Menschen. Das wissen die beiden jüngsten Abgeordneten nur zu gut. „Irgendwie sind alle Themen Jugendthemen“, meint Lena. „Ich setze mich für günstiges Bahnfahren und für Klimapolitik ein. Da habe ich meine Freund*innen im Kopf, die davon konkret betroffen sind.“ Den Weg von Wien nach Brüssel und zurück fährt Lena stets mit der Bahn. Ihre gefahrenen Kilometer zählt sie auf ihrer Website: mittlerweile sind es über 70.000. Außerdem spendet sie jedes sechste Bruttogehalt von 10.802,91 Euro. „Wir versuchen hier schon, es ein kleines bisschen besser zu machen“, sagt Lena. Einen Funfact über das EU-Parlament hat sie auch gleich parat: „Wir haben eine furchtbare Kantine.“ Für Sabrina stehen Frieden, Freiheit und Demokratie an allererster Stelle. „Meine Eltern, die in der DDR aufgewachsen sind, wissen, was es bedeutet, nicht in alle Länder reisen zu dürfen“, sagt Sabrina. „Wir sind alle angehalten, uns für die EU einzusetzen und stark zu machen.“ Die großen Illustrationen der mecklenburgischen Sehenswürdigkeiten in ihrem Büro erinnern Sabrina immer wieder daran, für wen sie im Europäischen Parlament ist. „Auch ein junger Mensch wie ich aus dem ländlichen Raum kann Politik und Gesellschaft gestalten.“



Fotografie: Selin Jasmin



BEWEGUNG

TEXT:

IM

RECHTSSYSTEM

VIVIEN

LLOYD

-

EHRENAMT

IN

DER

REFUGEE

LAW

CLINIC

Ich sitze mit am Tisch in einem kleinen Beratungsraum auf dem Campus der Universität Hamburg. Vor mir liegen mehrere Dokumente: ein Ablehnungsbescheid, ein Briefumschlag mit Behördenlogo, handschriftliche Notizen. Neben mir eine weitere Hospitantin, gegenüber zwei Studierende der Refugee Law Clinic, die heute beraten.

Durch die halb geöffnete Tür sehe ich auf den Flur. Dort stehen Menschen eng beieinander, einige gehen auf und ab, andere halten ihre Unterlagen fest in den Händen oder sprechen leise miteinander. Es wirkt angespannt, als würde alles auf eine Entscheidung hinauslaufen, die gleich gefällt wird. Im Raum selbst beginnt die Beratung ohne große Eröffnung. Die Ratsuchende setzt sich, legt ihre Papiere auf den Tisch und fängt an zu erzählen. Eine der Studierenden nickt, stellt eine Frage, die andere blättert durch den Bescheid.

Was hier passiert, wirkt äußerlich ruhig: ein Gespräch, ein paar Nachfragen, Papier, das hin- und hergeschoben wird. Und doch hängt an jedem Satz eine Konsequenz. Während hier im Kleinen versucht wird, Orientierung in einem komplexen Verfahren zu schaffen, bewegt sich auch politisch etwas. Der SPIEGEL schreibt, dass im März 2026 bekannt wurde, dass das Bundesinnenministerium plant, die Finanzierung unabhängiger Asylverfahrensberatung auslaufen zu lassen. Kritiker*innen warnen, dass genau solche Angebote für viele Menschen den entscheidenden Zugang zum Recht darstellen. Denn genau darum geht es hier: um Zugang.

Das deutsche Asylsystem ist stark formalisiert. Entscheidungen sind komplex, Fristen kurz, rechtliche Fehler folgenreich. Für viele Geflüchtete ist es ohne Unterstützung kaum möglich, zu verstehen, welche Optionen sie überhaupt haben. „Nur wer seine Rechte kennt, kann diese auch einfordern“, sagt Lina von der Refugee Law Clinic Hamburg. Fehlende Beratung führe nicht zu weniger Verfahren, sondern oft zu falschen Entscheidungen – und später zu Klagen, um diese zu korrigieren. Recht muss verständlich gemacht werden. Eine flächendeckende staatliche Rechtsberatung gibt es in Deutschland nicht. Bestehende Angebote sind häufig überlastet, Anwalt*innen im Migrationsrecht schwer erreichbar oder teuer.

Refugee Law Clinics versuchen, genau diese Lücke zu füllen. Studierende beraten Geflüchtete kostenlos und unter Anleitung von Anwalt*innen. Bundesweit gibt es inzwischen mehr als 38 solcher Initiativen. Allein in Hamburg wurden in den Jahren 2024 und 2025 rund 500 Einzelpersonen und Familien – aus über 40 Ländern beraten, vor allem aus Afghanistan und Syrien, aber auch aus dem Iran, der Ukraine oder der Türkei.

„Die Nachfrage ist dauerhaft hoch“, sagt Lina. „Die Bedarfe verändern sich, aber sie gehen nicht zurück.“ Was die Arbeit prägt, ist weniger ein klarer Ablauf als ein Spannungsfeld. Auf der einen Seite steht ein hochkomplexes Rechtssystem, das sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft hat. Politische Entscheidungen, neue Regelungen und Reformen verändern laufend die Bedingungen, unter denen Menschen Schutz suchen. Auf der anderen Seite stehen die Ratsuchenden mit sehr unterschiedlichen Geschichten, aber ähnlicher Unsicherheit. Und dazwischen: Studierende.

„Einerseits freut es einen, den Menschen helfen zu können“, sagt Beraterin Fenja. Sie ist 23 Jahre alt und studiert Jura in Hamburg. „Andererseits ist man sich auch der Verantwortung bewusst, eine ordentliche und rechtmäßige Beratung durchzuführen.“ Denn es gehe um existenzielle Entscheidungen, gleichzeitig seien die Handlungsspielräume sehr begrenzt. „Wir können nur im etablierten System der Gesetze operieren“, sagt sie. Auch wenn Entscheidungen sich im Einzelfall nicht fair anfühlen, bleibt dieser Rahmen bestehen.

Diese Spannung zieht sich durch viele Gespräche. „Sehr verzweifelte Menschen, wenn wir ihnen nicht wirklich weiterhelfen können, sehen wir in letzter Zeit leider häufiger“, sagt Jette, die ebenfalls Jura studiert. Sie beschreibt damit auch eine Entwicklung: Das Asylrecht verändere sich schnell, oft mit dem Ziel, Zugangsmöglichkeiten zu begrenzen. Gleichzeitig entstünden so Situationen, in denen Menschen rechtlich zwar nicht abgeschoben werden, aber auch keine stabile Perspektive haben.

Bewegung im System bedeutet also nicht automatisch Fortschritt, manchmal bedeutet sie auch Verengung. Trotzdem verändert die Arbeit der Refugee Law Clinic konkret etwas: „Die Ratsuchenden hätten sonst oft einen schweren oder gar keinen Zugang zu ihren Rechten“, sagt Jette. Die Beratung ist unabhängig und genau das macht sie so wichtig. Anders als behördliche Strukturen orientiert sie sich ausschließlich an den Interessen der Ratsuchenden. Es geht hier eben nicht darum, Entscheidungen zu treffen, sondern darum, Handlungsoptionen verständlich und sichtbar zu machen. Jettes Interesse an der Refugee Law Clinic wurde bereits während ihrer Ersti-Woche im Jurastudium geweckt. „Ich fand das Konzept, dass Studierende sich weiterbilden in einem Bereich, der im Studium nicht vorkommt, aber so essenziell für viele Menschen ist, indem man schutzsuchenden Menschen helfen kann, ihre Rechte wahrzunehmen so logisch und unglaublich wichtig für unsere Gesellschaft“, beschreibt es die 21-Jährige.

Viele Law Clinics entstanden im Umfeld des Jahres 2015, als sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete bildeten. Heute sind sie bundesweit vernetzt und Teil einer größeren Bewegung. Diese Bewegung versucht, etwas sehr Grundsätzliches zu ermöglichen: Zugang zum Recht – unabhängig von Herkunft, Sprache oder Geld. Gleichzeitig zeigt die aktuelle politische Entwicklung, dass dieser Zugang nicht selbstverständlich ist.

Im Beratungsraum am Campus endet das Gespräch, die Unterlagen werden zusammengeschoben und die nächste Person wartet bereits draußen.

Es ist nichts Spektakuläres passiert. Keine große Entscheidung, kein sichtbarer Wendepunkt. Und trotzdem verlässt jemand den Raum mit etwas, das vorher gefehlt hat: ein klareres Verständnis der eigenen Situation.

Vielleicht ist das die eigentliche Bewegung in diesem System. Nicht die große Reform, sondern die vielen kleinen Verschiebungen, in denen Menschen beginnen zu verstehen, welche Rechte sie haben – und was sie damit erreichen können. Oder, wie Jette es ausdrückt: „Dass man als Einzelperson in dem Bereich etwas bewegen kann.“

ENTSCHEIDUNGEN
POLITISCHE
NEUE
REGELUNGEN
&
REFORMEN







Text:
Pauline RuprechtFotografie:
Vera Drebusch

Auf Ruhr

Wenn Dragqueens
durch alte Säle und
Geschichte führen

IM MUSEUM

Mit Stilettoeklacker und viel Witz bringen Dragkünstler*innen Bewegung in die konventionelle Kunstgeschichte. Die Dragführungen in der Kunsthalle Hamburg betrachten Kunst aus einer neuen Perspektive. Von Altären aus dem Mittelalter bis zu Regenbogenfamilien im 19. Jahrhundert – überall gibt es queere Geschichten zu entdecken.



Auf hohem Ross zieht König Karl V. in Antwerpen ein. Er ist umgeben von nackten Frauen, gemalt mit Ölfarben, festgehalten auf Leinwand. Sein Bildnis begrüßt einen als erstes, wenn man die Säle des Museums betritt. Hohe Säulen, eine imposante Mamortreppe, prunkvoller Stuck und etwa tausend weitere Werke, die man bestaunen kann: Das ist die Kunsthalle Hamburg – das größte Museum der Hansestadt, 156 Jahre alt, mit Werken vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Zwischen den goldgerahmten Rittern, Königen und Musen wird normalerweise nur geflüstert. Normalerweise. Aber heute Abend ist das anders. Heute Abend wird gekichert, gelacht und laut gescherzt. Denn heute Abend gibt Didine van der Platenvlotbrug eine Führung durch die alten Säle. Didine ist Dragqueen. Drag ist eine Kunstform, bei der Künstler*innen mit extravaganter Kleidung, Make-up und ihrer Performance Kunstfiguren schaffen und mit Geschlechterklischees spielen. Insofern ist Didine hier eines von vielen Kunstwerken. Doch im Gegensatz zu den Bildern an der Wand bleibt sie nicht leise. Eingeschüchtert? Ehrfürchtig vor der großen Kunst? Nicht Didine. Sie hat viel zu sagen: „Patriarchal, übergriffig, arschig“, nennt sie etwa das Gemälde, das König Karl V. zeigt.

Seit drei Jahren gibt es in der Hamburger Kunsthalle Dragführungen. Alle zwei Wochen führen ein*e Drag-Künstler*in und ein*e Kunstvermittler*in im Tandem durch das Museum neben dem Hauptbahnhof. Simon Schultz ist Kulturwissenschaftler in der Kunsthalle und hat das Programm gemeinsam mit einer Kollegin ins Leben gerufen. „Wir haben damals eine Fehlstelle gesehen“, erzählt er. Es hätten queere Stimmen und junge lokale Künstler*innen im Museum gefehlt, aber auch Angebote, die Menschen ansprechen, die sonst nicht so häufig ins Museum gehen. Heute sind die Führungen oft sofort ausgebucht.

Um die Vielfalt der queeren Szene abzubilden, geben viele verschiedene Drag-Künstler*innen Führungen. Didine ist eine von ihnen. Sie tritt seit den Neunzigern auf den queeren Bühnen Hamburgs auf – und heute in den gut klimatisierten Räumen der Kunsthalle. Ihr Blick auf das Museum ist nicht nur wohlgesonnen: „Patriarchal und kolonial“ sei seine Geburtsstunde gewesen. Schließlich sei es geschenkt worden von vermögenden, männlichen Hamburgern, die mit kolonialem Handel reich geworden seien. Umso mehr Sinn ergibt es für Didine, hier aufzutreten. Sie möchte dieses „äußerst bürgerliche Haus“ verzaubern.

Jetzt, während sie das erzählt, sitzt sie mit Glatze, Nasenring und Brille an ihrem Schreibtisch. Heute Abend wird sie im Strickkleid in den Sälen des Museums stehen, mit einer großen Perücke und mit vielen Perlenketten als Accessoires. „Wie eine pfiffige hanseatische alte Dame“, beschreibt sie ihr Outfit.

Kunstgeschichte wurde lange aus heteronormativer Sicht geschrieben. „Heteronormativ“, das heißt, dass Heterosexualität und Monogamie als Norm angesehen werden. „Queer“ hingegen sei ein Sammelbegriff für Menschen, die nicht heteronormativ sind, sagt Simon Schultz. Und queere Geschichten würden in der Kunst oft wegdiskutiert, anstatt sie als Möglichkeit anzunehmen, erzählt er. „Es gibt eine Abwehr innerhalb der Kunstgeschichte. Deswegen wissen wir einfach gar nicht, wo die Queerness überall ist.“ Da gebe es zum Beispiel ein Gemälde, auf dem zwei Frauen eng umschlungen zu sehen sind, erzählt Didine. Die Unterschrift: „Der Abschied der Freundinnen“. „Da hat wahrscheinlich irgendein Kunstprofessor diesen Text geschrieben, und sich nicht vorstellen können, dass das eine intime Situation zwischen zwei Frauen ist“, meint die Dragqueen.

Dabei gab es queere Perspektiven in der Kunst schon immer – oft sieht man sie nur nicht. Bewegung in alte Denkmuster zu bringen, dafür ist Didine da. Wenn man mit einer Dragqueen wie ihr durch das Museum läuft, dann scheint selbst die Mittelalterabteilung nicht mehr so langweilig. Dieses Altarbild aus dem 15. Jahrhundert aus einem Kloster? Eigentlich total feministisch. Es behandelt Marias Leben und damit eine weibliche Perspektive. Da sieht man zum Beispiel eine Szene, in der sich drei Frauen gemeinsam um Marias Mutter kümmern, die im Wochenbett liegt. Außerdem zeigt es Maria strickend – eine der ersten Darstellungen dieses damals für Frauen typischen Handwerks. Es sei spannend, zu erkennen, dass das Kloster ein Ort gewesen ist, wo sich

Rainbow
FAMILY



Frauen aus dem patriarchalen System herausgezogen und Macht gehabt hätten, meint Didine. „Insofern ist man bei der Betrachtung von so einem alten Altar in queer-feministischen Themen drinnen.“ Queere und feministische Perspektiven ergänzen sich oft. Sie hinterfragen Geschlechterrollen und patriarchale Strukturen. Frauen, gerade die Jungfrau Maria, in ihrem Alltag zu zeigen, anstatt sie zu idealisieren ist in der Kunst dieser Epoche ungewöhnlich.

Wie viele queere Personen oder Künstler*innen sehe ich denn hier? Das ist die erste Frage, die man sich stellen sollte, wenn man aus dem heteronormativen Blickwinkel ausbrechen will, meint Didine. Wenn man von der Mittelalterabteilung der Kunsthalle durch die dunklen Räume weitergeht zu Werken des 19. Jahrhunderts, trifft man zum Beispiel auf Gemälde von Friedrich Carl Gröger: strenge Porträts von Personen der Oberschicht vor dunklem Hintergrund. Was nicht gleich ersichtlich ist: Die junge Frau im blauen Kleid, die die Betrachtenden aus einem seiner Porträts mit klarem Blick anschaut, ist die Pflögetochter des Künstlers – die er gemeinsam mit seinem Partner Heinrich Jakob Aldenrath aufzog. Während die beiden einem heute nur noch von der Leinwand entgegenblicken, kann Didine ihre Geschichte ganz lebhaft erzählen: „Das ist quasi eine Rainbow-Family“, freut sie sich. Gröger lernte seinen Partner in Lübeck kennen, nachdem er sich das Malen autodidaktisch gegen den Willen seiner Familie beigebracht hatte. Für Didine zeigt die Geschichte des Künstlers: „Queere Menschen müssen ihren Weg finden. Das dauert manchmal länger, weil die Schubladen, die uns das heteronormative Leben hinstellt, einfach oft nicht passen.“

Auch die Schubladen der heteronormativen Kunstgeschichte passen oft nicht zu queeren Lebenswelten. Trotzdem lohnt es sich laut Simon Schultz, sich bei den Führungen mit den alten Werken auseinanderzusetzen. Denn die Drag-Künstler*innen bringen Magie und Ideen für eine bessere Welt mit. Sie fragen: „Wie können wir uns mit dem ganzen Mist, der uns umgibt, eine Utopie vorstellen, eine lebenswerte Welt, in der wir Freude haben, zu leben?“, wie Schultz es ausdrückt. Drag im Museum – das bringt Bewegung in die Köpfe des Publikums. Anstatt vom Museumsaufseher zurechtgewiesen zu werden, darf man bei so einer Führung kichern und lachen – auch wenn das Publikum das oft etwas verhalten tut. Dass man im Museum ist, vergisst man bei den hohen, dunklen Wänden nicht so schnell. Doch Didine spricht so beschwingt, sie zieht fast jede*n in den Bann. Wenn ihre High Heels klackern, ist das eine willkommene Abwechslung in den leisen Räumen des Museums. „Wenn ich im gleichen Raum wie eine Drag-Performance bin, dann werde ich auch mit Körper, Geist und Seele angesprochen“, sagt auch Schultz. Ein queerer Blick auf Kunst, das ist für Schultz ein Blick, der das Widerspenstige sucht. Das ist auch für ihn das Spannende an den Dragführungen: „Als künstlerische, performative Touren können wir Behauptungen und Thesen aufstellen.“ Eine exakte wissenschaftliche Betrachtung mit definitiver Antwort? Die muss es hier nicht geben. Eine Person sage die Wahrheit, damit die andere sagen kann, was sie wolle, beschreibt Schultz das Zusammenspiel zwischen Dragkünstler*in und Kunstvermittler*in bei den Führungen. So entsteht die Möglichkeit, die Perspektive zu wechseln. Anstatt zu fragen, wie die Kunstgeschichte Queeres betrachtet, fragt sich Didine gerne: Wie schaut das Queere auf Kunst?

Ist man einmal durch das erste Stockwerk des Museums mit seinen Alten Meistern und der Klassischen Moderne gewandert, landet man wieder vor dem monumentalen Gemälde, das den Einzug von Karl V. in Antwerpen zeigt. Es wurde 1878 von dem österreichischen Maler Hans Makart gemalt. Die nackten Frauen auf dem Bild sind verziert mit Blumen, Kopfschmuck und goldenen Ketten. All das für den König, der hier einzieht. Didine, wie sie vor dem fünf Meter hohen Gemälde steht, trägt auch Kopfschmuck und Perlen. Doch sie ist weit davon entfernt, die Männer hier zu verehren. Der Maler Makart habe damals Gerüchte gestreut, dass die abgebildeten Frauen Personen aus der zeitgenössischen Oberschicht seien, erzählt sie. Deswegen findet sie das Gemälde so „patriarchal, übergriffig, arschig“. Aber anstatt das Gemälde als veraltet und verstaubt abzuschreiben, fragt sich die Drag-Queen lieber: „Wie möchte ich als queere Person dieses Bild lesen?“ Zweimal klatscht sie in die Hände und dreht sich zum Publikum. Und plötzlich wird der Königseinzug zum Einzug der „Dykes und Homos“ beim ersten CSD in Hamburg – Didine deutet das Kunstwerk einfach um. Die traditionelle Kunstgeschichte hätte Queeres immer rausgeschrieben. „Ich finde es spannend, mir auch die Freiheit zu nehmen und Queeres reinzuschreiben“, sagt Didine mit breitem Grinsen.

WIE AUS HALTUNG BEWEGUNG WIRD

WIE AUS HALTUNG
BEWEGUNG WIRD

TEXT:
KAYRA AKTAS

Wenn ich abends mit meinen Eltern am Küchentisch sitze, sprechen wir oft über ganz alltägliche Dinge. Meine Familie ist nach Deutschland eingewandert, um sich hier eine sichere Zukunft aufzubauen. Das ist ihnen gelungen. Doch in unsere Gespräche mischen sich immer häufiger Themen, die wir früher so nicht besprochen haben. Wir reden darüber, dass sich die Stimmung in der Gesellschaft verändert hat. Es ist kein lauter Knall, sondern ein schleichendes Gefühl, dass Ausgrenzung und Vorurteile im Alltag wieder präsenter sind. Für mich ist das kein bloßes Thema aus dem Unterricht. Es ist die Frage, wie fest das Fundament ist, auf dem wir hier stehen.

Laut einer Repräsentativbefragung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), ausgewertet vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), haben neun Millionen Menschen in Deutschland innerhalb eines Jahres Diskriminierung erlebt. Dabei berichten Menschen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger von Diskriminierung als Menschen ohne. Die Anzahl der Straftaten gegen queere Menschen stieg innerhalb eines Jahres um 50 Prozent. In der Befragung heißt es ebenfalls, dass 56 Prozent der Betrof-

fenen keinen Sinn darin sehen, aktiv gegen solche Benachteiligungen vorzugehen. In Hamburg gibt es Menschen, die genau hier ansetzen. Einer von ihnen ist Stefan Rudschinat. Er ist seit ungefähr zehn Jahren Netzwerkkoordinator bei der Initiative „Hamburg vernetzt gegen Rechts“. Wer bei diesem Namen an ein chaotisches Aktivist*innenbüro denkt, liegt falsch. Die Arbeit ist professionell organisiert und bei der Lawaetz-Stiftung angesiedelt, die sich für die Gestaltung einer sozial gerechten, zukunftsfähigen Gesellschaft einsetzt. Seine Arbeit zeigt: Demokratie beruht auch auf einer gut funktionierenden Organisation.

DAS NETZWERK HINTER DER INITIATIVE

„Hamburg vernetzt gegen Rechts“ ist Teil des Demokratie-zentrums Hamburg und wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie durch die Sozialbehörde gefördert, die in Hamburg auch Auftraggeberin der Initiative ist. Ziel ist es, verschiedene Akteur*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenzubringen und dafür zu sorgen, dass sie handlungsfähig bleiben.

Das Projekt hat zwei wichtige Säulen. Die erste ist das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus (BNW). Hier treffen sich viermal im Jahr Expert*innen aus den Bezirksamtern, der Polizei und Fachbehörden. „In diesen Sitzungen findet ein intensiver Informationsaustausch statt“, sagt Rudschinat. Es ist ein geschützter Raum für Profis, der auf Vertrauen basiert. „Es ist ein Abstimmungsprozess von den Mitgliedern, die schon da sind, ob jemand neu aufgenommen wird“, erklärt er. In dieser Runde wird analysiert: Welche neuen Strategien nutzen Gruppen, die gegen die Demokratie arbeiten? Wo gibt es Probleme in den Stadtteilen, auf die man reagieren muss? Diese Arbeit im Hintergrund stellt sicher, dass die Verwaltung aufmerksam bleibt.

HINT: VORFÄLLE IM ALLTAG SICHTBAR MACHEN

Die zweite Säule ist die Hinweisstelle „HINT“. Sie fungiert als das digitale Ohr der Stadt. Über eine Website können Hamburger*innen Vorfälle melden, die oft nicht in der Zeitung stehen und für die Polizei manchmal schwer zu greifen sind: rassistische Beleidigungen beim Einkaufen, rechte Aufkleber an der Bushaltestelle oder Anfeindungen im Internet. „Diese Vorfälle werden gesammelt, geprüft und alle drei Monate veröffentlicht“, sagt Rudschinat.

Es geht darum, Probleme sichtbar zu machen, die sonst im Verborgenen bleiben. Die Hinweisstelle macht dieses Gefühl durch Daten belegbar. Doch hinter jeder Meldung steht ein Mensch. Deshalb arbeitet das Team eng mit verschiedenen Gruppen zusammen, von jüdischen Gemeinden bis hin zu migrantischen Organisationen. Rudschinat erklärt: „Vernetzung heißt auch einfach, dass man sich kennenlernt. Manchmal reicht es schon, dass man jemanden getroffen hat und sich später wieder an ihn erinnert.“ Es geht darum, Vertrauen aufzubauen und den Betroffenen zu zeigen, dass sie nicht allein sind.

DIE BÜRGER*INNEN ALS FUNDAMENT DER STADT

In Hamburg ist die aktive Zivilgesellschaft das eigentliche Immunsystem der Freiheit. „Der Staat allein kann diese Aufgabe nicht bewältigen“, betont Rudschinat. Behörden sind oft an feste Regeln gebunden und müssen sich strikt an festgelegte Verfahren und Zuständigkeiten halten, damit staatliches Handeln kontrollierbar, fair und für alle gleich bleibt. Bürgerinitiativen und Vereine hingegen können schneller reagieren. Ob Mahnwachen oder Nachbarschaftsfeste für Vielfalt – die Energie kommt oft direkt aus der Bevölkerung. Hamburg gilt dabei als Vorbild: Nach Angaben aus dem Umfeld der Initiative kommt es bei der großen Mehrheit öffentlicher Auftritte rechter Gruppierungen zu unmittelbarem Gegenprotest. „Hamburg vernetzt gegen Rechts“ unterstützt diese Menschen im Hintergrund. Die Initiative sorgt dafür, dass Engagierte die Hilfe bekommen, die sie brauchen, sei es durch Beratung, Hilfe bei der Raumsuche oder den Kontakt zu Fachleuten. „Das Engagement der Zivilgesellschaft führt im besten Fall dazu, dass Rechtsextreme zurückgedrängt werden“, erklärt Rudschinat. Es geht darum, Menschen zu stärken, damit sie in ihrem eigenen Umfeld etwas bewirken können.

HERAUSFORDERUNGEN UND GEFAHREN IM ALLTAG

Doch der Druck auf unser Miteinander wächst. Es gebe politische Anfragen, die darauf abzielten, die Förderung von Projekten infrage zu stellen; das solle die Menschen verunsichern, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzen. Besonders gefährdet sind Personen, die nicht in das Weltbild von Extremist*innen passen. In solchen Momenten vermittelt das Netzwerk Hilfe, etwa durch Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt, damit Betroffene professionelle Unterstützung erhalten.

RESILIENZ FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION

Was bedeutet das alles für uns, die Generation Z? Stefan Rudschinat möchte keine festen Regeln vorschreiben. Er ist überzeugt, dass jede Generation ihren eigenen Weg finden muss. „Die Jugendlichen sollten sich zu Recht nichts von Erwachsenen sagen lassen wollen, wie sie es zu tun haben“, meint er. Für Rudschinat liegt die Kraft im Zusammenhalt unter Gleichaltrigen. Wenn man sich gegenseitig unterstütze und respektvoll miteinander umgehe, wirke das oft stärker als jede Ansage von oben. Es fängt im Kleinen an: Den Mund aufmachen, wenn im Gruppenchat oder auf dem Pausenhof diskriminierende Sprüche fallen. „Es muss aus einem selbst kommen, dass man sich engagiert“, sagt er. „Demokratie bedeutet auch, sich jeden Tag neu für ein faires Miteinander zu entscheiden.“

EIN BERUF AUS ÜBERZEUGUNG

Warum entscheidet man sich für einen so fordernden Job? „Ich finde es für mich angenehmer, in diesem Bereich statt beispielsweise in einem eher bürokratischeren Job zu arbeiten“, sagt Stefan Rudschinat schmunzelnd. Er weiß, dass seine Arbeit ein Marathon ist. „Man wird die Welt nicht im Alleingang retten, aber man kann sie jeden Tag ein kleines Stück besser machen.“ Diese kleinen Erfolge motivieren ihn: Wenn eine lokale Initiative wieder handlungsfähig wird oder ein Betroffener durch die richtige Vermittlung neuen Mut fasst. Damit Hamburg ein freier Ort bleibt, braucht es jedoch Planungssicherheit. Viele Projekte wissen oft nicht, ob sie im nächsten Jahr noch gefördert werden. Rudschinat verlangt, dass diese Arbeit dauerhaft möglich sein muss. Der Einsatz gegen Rassismus darf kein „optionales Projekt“ sein. Vernetzung und Prävention sind heute wichtiger denn je.

EIN GEMEINSAMER WEG NACH VORN

Wenn ich jetzt wieder an meine Familie und an die vielen anderen Menschen mit Migrationshintergrund denke, dann sehe ich das Fundament, das sie voller Hoffnung errichtet haben. Die Berichte über einen zunehmenden Rechtsruck müssen uns nicht lähmen. „Man weiß irgendwann, dass man die Welt nicht retten wird, aber man kann versuchen, sie besser zu machen“, sagt Rudschinat zum Abschluss.

Wie Fridays for Future erwachsen wurde

Text: Hannah Meyer

Illustration: Maraia Jakimov

2019 platzt der Jungfernstieg in Hamburg aus allen Nähten. Menschen stehen dicht gedrängt auf der Straße und demonstrieren für mehr Klimagerechtigkeit. Die meisten sind jung, viele noch Schüler*innen. An diesem Freitag, dem 20. September 2019, hat Fridays for Future zum globalen Klimastreik aufgerufen. Weltweit folgen Menschen dem Beispiel der damals 16-jährigen Greta Thunberg, die mit ihrem Schulstreik eine Bewegung ausgelöst hat. Allein in Hamburg gehen laut Veranstalter*innen rund 100.000 Menschen auf die Straße. „Auf einmal waren die Straßen voll mit Menschen“, erinnert sich Yasin Hinz von Fridays for Future Deutschland. Yasin war 2019 elf Jahre alt und engagiert sich heute mit 18 nach wie vor in Sachen Klimagerechtigkeit. „Wir waren super, super viele Menschen auf der Straße.“

Sechs Jahre später sieht das Bild anders aus. Anlässlich der Weltklimakonferenz in Brasilien ruft Fridays for Future erneut zum globalen Klimastreik auf. Doch am 14. November 2025 kommen nur noch etwa 1.000 Menschen in Hamburg zusammen. Dabei ist in Sachen Klimaschutz noch lange nicht genug passiert.

Dass Menschen in Deutschland demonstrieren, gehört längst zum politischen Alltag. Der Historiker und Protestforscher Philipp Gassert sieht darin das Ergebnis eines gesellschaftlichen Wandels. Was früher vor allem Ausdruck radikaler Randbewegungen war, ist heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

„Seit den 1960er- und 70er-Jahren hat ein gesellschaftlicher Wandel stattgefunden“, sagt Gassert. Mit der politischen Liberalisierung der Bundesrepublik sei Demonstrieren zunehmend akzeptiert worden. Einen entscheidenden Wendepunkt sieht er in der Friedensbewegung der 1980er-Jahre. Damals hätten sich auch bürgerliche Gruppen stärker engagiert. „Das Demonstrieren ist stärker in die bürgerliche Mitte hineingewandert.“ Davon hat auch Fridays for Future profitiert. Ohne diesen Wandel, so Gassert, wäre die enorme Mobilisierung von 2019 kaum denkbar gewesen.

Johanna Wahl vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung unterscheidet klar: „Protest ist erstmal der Oberbegriff“. Gemeint ist damit ein öffentlich sichtbarer Widerspruch gegen politische Entscheidungen oder gesellschaftliche Zustände. Demonstrationen sind dabei eine „konkrete Form des Protests“, meist zeitlich und räumlich begrenzte Aktionen. Eine soziale Bewegung geht darüber hinaus: Sie vernetzt Menschen langfristig und will gesellschaftlichen Wandel anstoßen. Protest ist dabei nicht nur Ausdruck von Unzufriedenheit, sondern auch ein zentraler Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Demonstrationen sind dabei eine wichtige Form der politischen Beteiligung außerhalb klassischer Institutionen. „Es bietet die Möglichkeit für jede einzelne Person, ihre politischen oder gesellschaftlichen Forderungen auf der Straße auszudrücken“, sagt sie. In diesem Sinne ist Protest gelebte Demokratie.



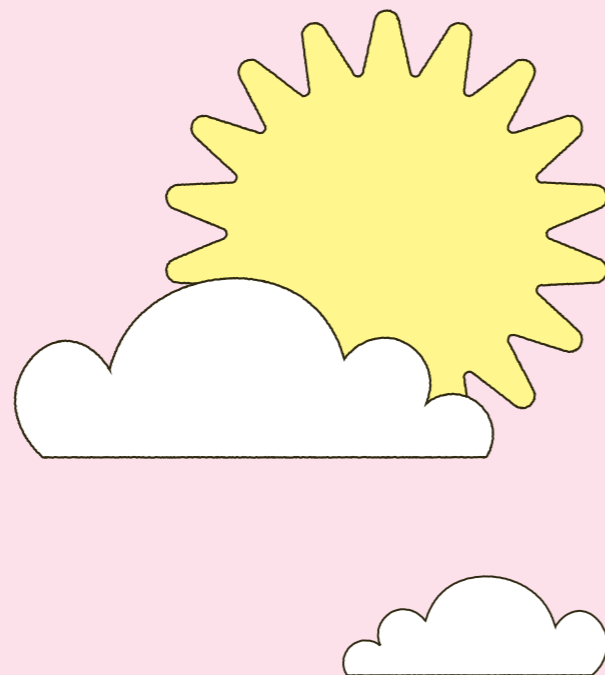
Wie diese Beteiligung konkret aussieht und wie lange sie anhält, ist jedoch offen. Soziale Bewegungen verlaufen selten geradlinig. Philipp Gassert beobachtet bei vielen Bewegungen ein ähnliches Muster: eine Phase großer Mobilisierung, gefolgt von einem Rückgang der Aufmerksamkeit. „Große Bewegungen haben oft einen Moment maximaler Mobilisierung und danach flacht das wieder ab.“ Auch bei Fridays for Future lässt sich diese Dynamik beobachten. Kaum eine Bewegung hat in den vergangenen Jahren so viele Menschen mobilisiert wie die Klimastreiks 2019. Doch auf den Höhepunkt folgt eine Phase der Ernüchterung. „Die Zahlen sind deutlich kleiner“, sagt Yasin. Gleichzeitig betont er: „Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht.“

Dass heute weniger Menschen auf die Straße gehen als noch 2019 bedeutet jedoch nicht, dass die Bewegung an Bedeutung verloren hat. Vielmehr hat sich die Form des Engagements verändert. Fridays for Future ist weiterhin in lokalen Gruppen aktiv, organisiert politische Aktionen und mischt sich in öffentliche Debatten ein. Neue Menschen stoßen dazu, andere bleiben langfristig engagiert, auch wenn der Protest heute oft weniger sichtbar ist als in den Anfangsjahren. Warum gerade junge Menschen dabei nach wie vor eine zentrale Rolle spielen, erklärt die Protestforscherin Johanna Wahl mit ihrer Lebensphase: Politische Entscheidungen wie beim Klimaschutz betreffen ihre Zukunft unmittelbar. Gleichzeitig sind viele noch weniger in berufliche oder familiäre Verpflichtungen eingebunden und haben dadurch mehr Möglichkeiten, sich zu engagieren.

Mit der Zeit hat sich Fridays for Future jedoch verändert. Wahl beschreibt es als typisch, dass sich Bewegungen weiterentwickeln und sich ausdifferenzieren. Neben den ursprünglichen Schülerprotesten entstanden Initiativen wie Scientists for Future oder Parents for Future. Dadurch wird die Bewegung breiter, dies ist auch aus historischer Perspektive wenig überraschend. „Je größer eine Bewegung ist, umso heterogener sind die Menschen, die da mitdemonstrieren“, sagt Gassert. Mit der Größe wachsen auch die unterschiedlichen Perspektiven und damit stellt sich die Frage, wofür eine Bewegung eigentlich steht.

Für Fridays for Future gehören diese unterschiedlichen Perspektiven dazu. Die Klimakrise kann man nicht isoliert betrachten, sondern sie muss eng mit sozialen Fragen verknüpft werden, erklärt Yasin. „Sie trifft oft die ärmsten Menschen besonders stark.“ Deswegen muss man die verschiedenen Fragen unserer Zeit auch zusammendenken. Doch genau diese Ausweitung kann Spannungen erzeugen. Nicht alle, die sich für den Klimaschutz einsetzen, teilen auch jede konkrete Forderung oder jede politische Verknüpfung, etwa bei sozialpolitischen Fragen. Gassert spricht in diesem Zusammenhang von Trade-offs. Je stärker sich Bewegungen in verschiedene politische Richtungen entwickeln, desto eher können sie andere Unterstützer*innen abschrecken.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass Fridays for Future lange als Schüler*innenbewegung wahrgenommen wurde. Doch viele der Aktivist*innen sind inzwischen oft älter, das kann den Charakter einer Bewegung verändern. „Irgendwann bewegt man sich weg von den Ursprüngen, das kann aber auch neue Möglichkeiten eröffnen“, sagt Gassert.



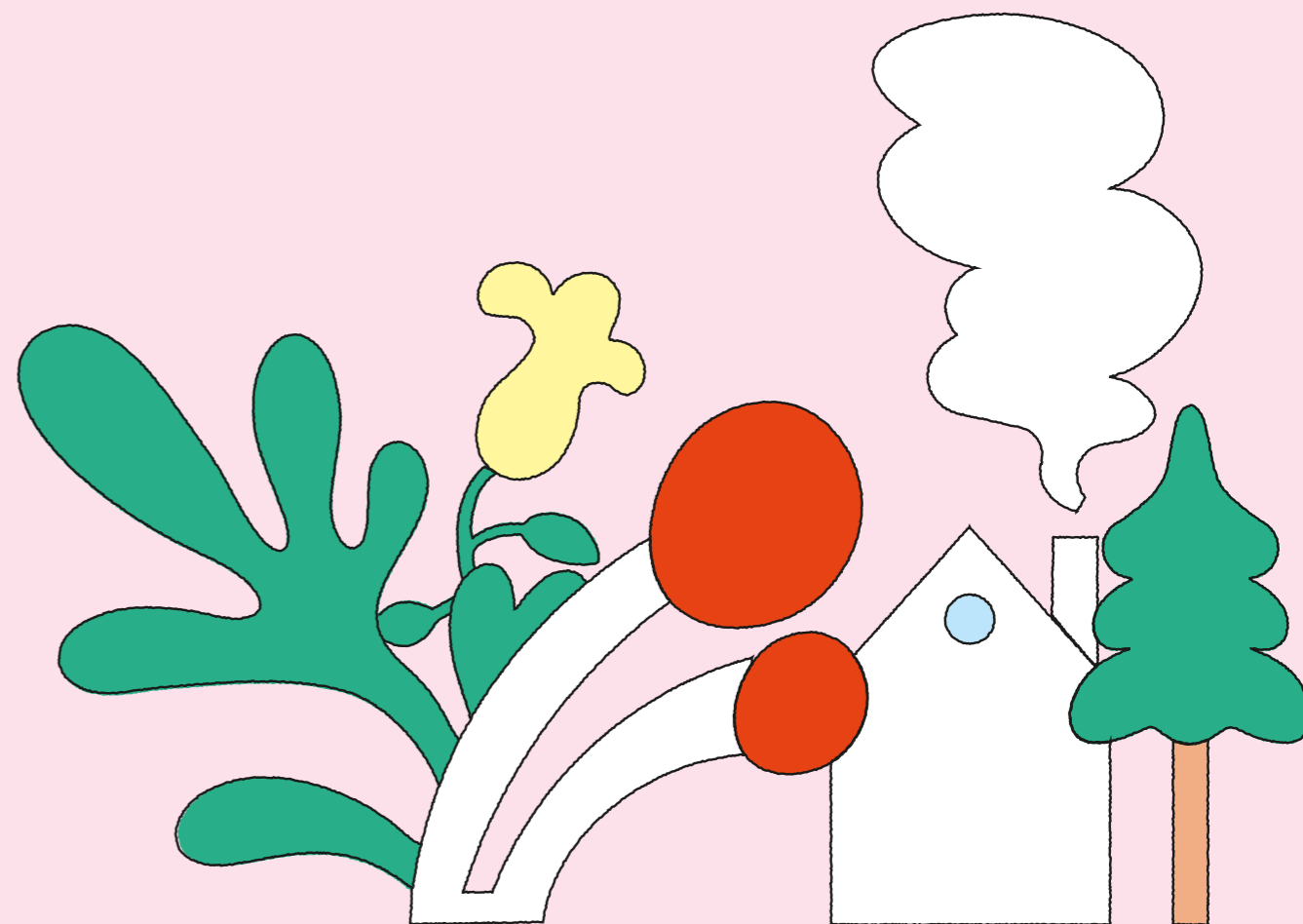
Für die Bewegung selbst ist dieser Prozess Teil ihrer Entwicklung. „Fridays for Future ist älter geworden“, sagt Yasin. Gemeint ist damit jedoch weniger das Alter ihrer Mitglieder als vielmehr ein Wandel in Struktur und Arbeitsweise. Aus einer spontanen Protestbewegung ist ein organisierter politischer Akteur geworden, mit lokalen Gruppen, festen Abläufen und strategischer Arbeit.

Gleichzeitig versucht die Bewegung, ihren ursprünglichen Charakter zu bewahren. Noch immer engagieren sich viele Schüler*innen, Fridays for Future ein Raum für junge Menschen. Für Yasin ist genau das entscheidend: „Wir wollen das auch in Zukunft bleiben.“ Die Bewegung versteht sich weiterhin als offener Ort für junge Menschen, in dem politisches Engagement niedrigschwellig möglich ist. Altersgrenzen und hierarchieflache Strukturen sollen diesen Jugendfokus sichern.

Bewegungen stehen ständig im Wandel und für Gassert zeigt ein Blick in die Geschichte, dass Bewegungen selten verschwinden. Sie verändern sich, werden kleiner, professionalisieren sich, und können jederzeit an Bedeutung gewinnen. Deswegen ist es für Johanna Wahl entscheidend,

Bewegungen nicht allein an Zahlen zu messen: „Protest lässt sich nicht nur daran bewerten, wie viele Menschen auf die Straße gehen“, sagt sie. Entscheidend sei vielmehr, ob es gelingt, Themen langfristig in gesellschaftlichen und politischen Debatten zu verankern. Genau da liegt die Bedeutung von Protest. Er ermöglicht es Menschen, sich aktiv in demokratische Prozesse einzubringen und politische Themen sichtbar zu machen, auch dann, wenn die großen Demonstrationen längst vorbei sind.

Auch Yasin blickt trotz aller Herausforderungen nach vorne. „Wichtig ist, dass es weiterhin Menschen gibt, die sagen: Wir wollen für unsere Zukunft eintreten.“ Fridays for Future erreicht heute vielleicht nicht mehr Millionen Menschen auf der Straße. „Früher war Klimapolitik oft ein Nischenthema, heute muss sich jede Partei dazu positionieren“, sagt Yasin Hinz. Ohne den Druck der Straße wäre das nicht passiert. Die Bewegung habe dafür gesorgt, dass Fragen nach Klimaneutralität und wirksamen Klimagesetzen heute selbstverständlich Teil politischer Diskussionen sind. Vielleicht liegt genau darin ihr größter Erfolg: nicht in den Zahlen von damals, sondern in dem, was geblieben ist.



„Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht“

DIE HÜTER DER DEMOKRATIE

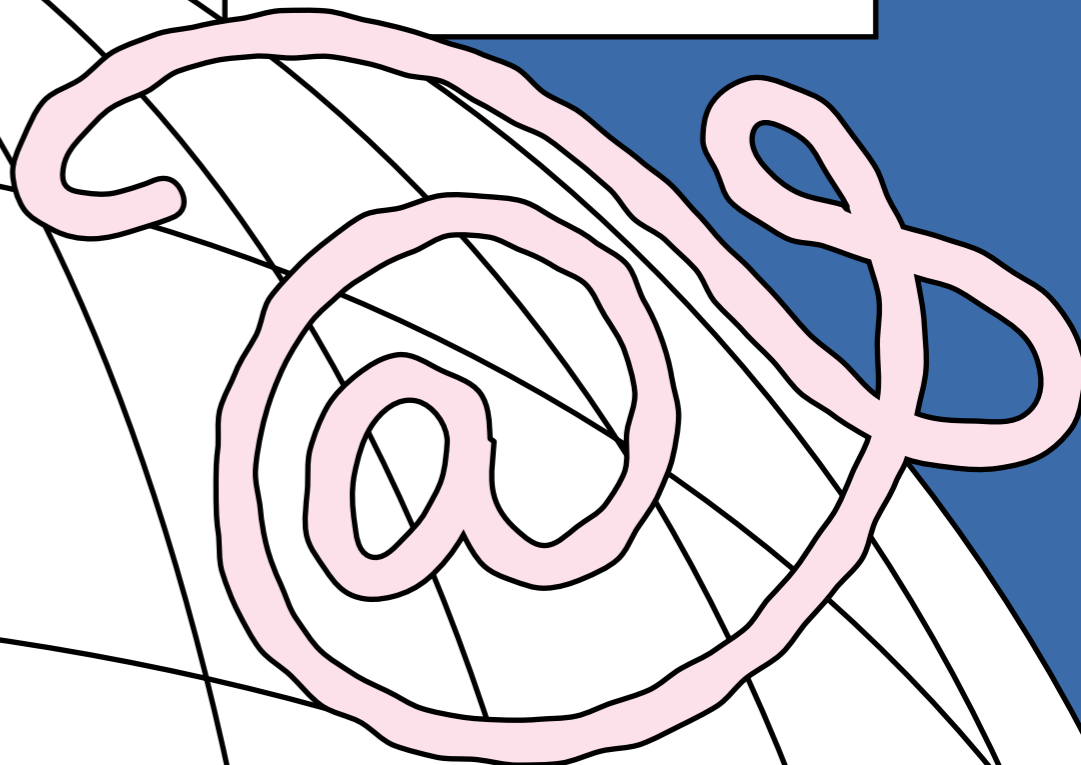


⊗
Journalismus

ohne

Text: Carlotta Hensel

Grenzen?





Er berichtet über Missstände in unserer Gesellschaft, sie macht auf die Gefahren dieser Arbeit aufmerksam. Katharina Viktoria Weiß und Carsten Janz bewegen etwas in der Welt des Journalismus – und das, obwohl sich das Umfeld für Journalist*innen verschlechtert.



Es ist helllichter Tag in Bagdad, als die junge US-amerikanische Kriegsreporterin Shelly Kittleson von zwei Männern Anfang April 2026 in ein Auto gezerrt wird. Die 49-Jährige berichtet für internationale Medien – auch über politische Spannungen in verschiedenen Ländern. Ihre Entführung ist kein Einzelfall. Derzeit werden 136 Journalist*innen weltweit vermisst, 24 wurden entführt, sechs wurden in diesem Jahr getötet und 464 sind inhaftiert. Die Zahlen stammen aus dem „Barometer der Pressefreiheit“ des Vereins Reporter ohne Grenzen. Ihre Dunkelziffer wird vermutlich hoch sein. Gefahren für Journalist*innen bedeuten auch Gefahren für die Demokratie. Nicht umsonst werden die Medien oftmals als die „vierte Gewalt“ eines Staates bezeichnet. Schließlich informieren Journalist*innen nicht nur: Mit ihrer Arbeit kontrollieren sie auch staatliches Handeln. Doch genau das macht sie vielerorts zu Feind*innen derer, die etwas zu verbergen haben, und jener, die sich gegen die freie Berichterstattung wehren.



⊗ Wo dem Journalismus Grenzen gesetzt werden

Reporter ohne Grenzen dokumentiert nicht nur Fälle, in denen Journalist*innen gefährdet, entführt, inhaftiert oder getötet wurden. Der Verein alarmiert auch die Öffentlichkeit, wenn Journalist*innen in Gefahr sind und schafft somit Aufmerksamkeit.

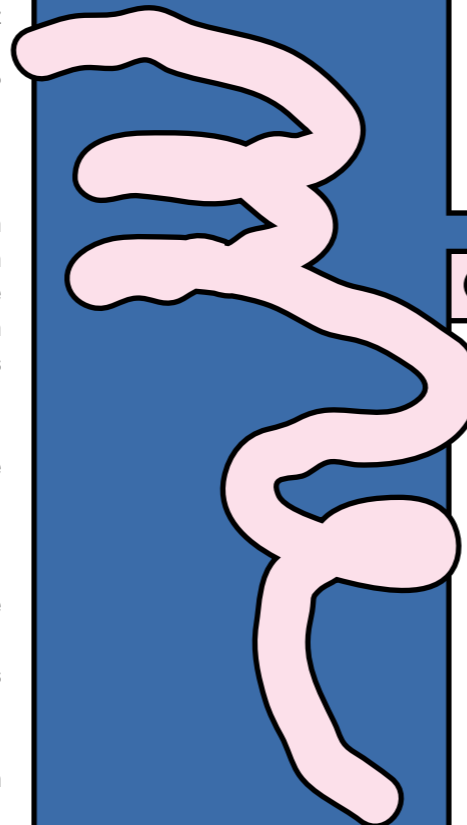
Mit Verstößen gegen die Pressefreiheit kennt sie sich als Expertin für Übergriffe auf Medienschaffende in Deutschland aus: Katharina Viktoria Weiß ist selbst ausgebildete Journalistin und Schriftstellerin. Hauptberuflich ist die 31-jährige Bayerin derzeit als deutsche Pressesprecherin für Reporter ohne Grenzen tätig. „Je größer wir werden, desto mehr können wir es uns leisten, den Blick auf demokratische Länder zu legen – und schauen deswegen inzwischen auch nach Europa“, erklärt sie. Doch dieser Blick kann manchmal wehtun. Zuletzt erschütterte ein Fall in Fretterode, einer Gemeinde in Thüringen, die Medienwelt. Vor dem Anwesen des Neonazis Thorsten Heise wurde ein dreiköpfiges Reporterteam von SPIEGEL TV an-

gegriffen. Bereits 2018 kam es zu einem ähnlichen Angriff vor dem Anwesen Heises. Wie schon beim letzten Mal stammen die Angreifer mutmaßlich aus der rechtsextremen Szene. „Kein Wunder, dass einige Reporter*innen, die über die rechtsradikale Szene berichten, nur noch mit Begleitschutz unterwegs sind. Andere verzichten ganz auf Einsätze“, so Katharina.

⊗ Investigativjournalist*innen: Die Robin Hoods der Medienwelt?

Er will sich nicht einschüchtern lassen: Carsten Janz ist 43 Jahre alt, Hannoveraner, Dozent und Investigativjournalist. Doch was heißt Letzteres überhaupt? Investigativjournalist*innen bringen laut UNESCO-Handbuch „Dinge an die Öffentlichkeit, die verborgen sind.“ Aber tun das nicht alle Journalist*innen irgendwie? Es stimmt zwar, dass investigative Techniken von zahlreichen Journalist*innen genutzt werden, doch eine Geschichte ist nicht gleich investigativ, nur weil sie kritisch ist oder sich auf durchgesickerte Unterlagen stützt. Im Investigativjournalismus sind die Standards einer Recherche höher: Detaillierte Untersuchungen, die zum Beispiel Machtmissbrauch aufspüren und intensive Arbeit erfordern. Es geht nicht um schnelle Exklusivmeldungen, es geht um systematische Recherche.

Carstens Arbeit fängt da an, wo andere aufhören, wie er selbst auf seiner Website janzeagal.de beschreibt. Als leitender Redakteur des Recharteteams für das Nachrichtenportal t-online.de besteht sein Arbeitsalltag primär aus der Erstellung von Hintergrundberichten, Umfeldrecherchen und Telefonaten. In einem Hintergrundbericht werden aktuelle Ereignisse sachlich und sorgfältig recherchiert und in ihren größeren Zusammenhang eingeordnet. Es wird konsequent auf eigene Meinungen, Bewertungen und Schlussfolgerungen geachtet. „Mein Arbeitstag kann auch mal aus Aktenfressen bestehen“, gibt Carsten zu. Außerdem ist er in engem Austausch mit Jurist*innen, da er – neben anderen Themen – das „Versagen von Behörden“ thematisiert. So berichtete er zuletzt über mutmaßliche Fehler der Hamburger Staatsanwaltschaft bei der



Fortführung diverser Ermittlungen trotz fehlenden hinreichenden Tatverdachts.

⊗ Subtile Bedrohungen sind möglich

Carsten erhält seine Informationen auf unterschiedliche Weise: Prinzipiell kann jede*r dem 43-Jährigen eine Nachricht schicken. Auf seiner Website bietet er Besucher*innen die Möglichkeit, ihm diese anonym und verschlüsselt zu senden. So hat jede*r die Chance, dem Journalisten von einem Missstand zu berichten.

Damit schützt Carsten seine Informant*innen, doch wer schützt ihn? Denn auch, wenn er nicht wie Shelly Kittleson aus Kriegsgebieten berichtet oder vor dem Haus eines Neonazis filmt, beschäftigt er sich mit Fällen, in denen Betroffene oftmals verhindern wollen, dass seine Recherchen an die Öffentlichkeit gelangen.

„Ich habe die Erfahrung gemacht, dass, wenn man mit den Menschen spricht und ihnen offen davon berichtet, was die eigene Recherche ergeben hat, sie das eher akzeptieren, als wenn man sie überhaupt nicht oder nur schriftlich konfrontiert.“ Richtig gefährlich war der Beruf für ihn bislang noch nicht, aber er stellt einen Wandel fest. „Es gibt eine Form der subtilen Bedrohung“, erklärt Carsten. Nicht ohne Grund hat er inzwischen Kameras an seinem Grundstück installiert.

⊗ Wandel in der Rhetorik und politische Lethargie

Auch Katharina stellt einen deutlichen Wandel fest: „Seit der Pandemie berichten Kolleg*innen, die sich an uns wenden, von einer Veränderung der pressefeindlichen Rhetorik und generell von einer zunehmenden Spannung im Arbeitsumfeld. Angriffe auf verschlüsselte Kommunikation, Angriffe auf Quellenschutz und damit auch auf investigative Journalist*innen häufen sich.“ Außerdem kritisiert sie eine „gewisse Lethargie in der Medienpolitik“.

Positiv sei jedoch der European Media Freedom Act hervorzuheben. Das ist ein EU-Gesetz, welches neue Regeln einführt, um Medienfreiheit, journalistische Unabhängigkeit und Vielfalt in der EU zu schützen und politische Einflussnahme zu verhindern. „Hinter dem steht die Bundesregierung“, erklärt Katharina und fügt hinzu: „Es geht aber auch darum, dass die Implementierung durchgesetzt wird und wir sehen, dass die Medienpolitik da hinterherhinkt. Man war lange auf TV und Print fokussiert, Reformen passieren langsam.“ Die Lage für Journalist*innen sei bei Weitem nicht so schlimm wie beispielsweise in Ländern wie Ungarn, in

denen es Gesetze gebe, die unabhängigen Journalismus und dessen Finanzierung vollkommen erschweren, erklärt Katharina. „Aber auch wir sind nicht schnell genug, den Journalismus zu schützen. Gerade auch mit Blick auf die große KI-Herausforderung“, erklärt Katharina. Genau mit diesen Herausforderungen beschäftigt sich Carsten neben seiner Arbeit als leitender Redakteur.

⊗ Gezielte Skepsis im Netz



Carsten ist nicht nur Journalist, sondern arbeitet zugleich als Dozent. Aktuell leitet er Workshops, die sich an Schüler*innen, aber auch Lehrer*innen und Eltern richten. Der Fokus liegt auf den Gefahren im Netz: „Fake News und Deepfakes sind unser Thema“, erklärt Carsten. „Wir schauen uns zum Beispiel Telegramgruppen von Verschwörungstheoretiker*innen an, aber auch Profile von Menschen, die Fehlinformationen bei TikTok verbreiten.“

KI-Videos von „echten“ Videos zu unterscheiden, spielt in den Workshops auch eine Rolle. „In den Schulen spreche ich viel mit den Kindern über eigene Erfahrungen und über die Bekämpfung von Desinformation durch Journalismus.“ Für Carsten ist dieser Job eine sinnvolle Tätigkeit. „Ich möchte, dass die Schüler*innen informierte Bürger*innen werden und dabei nicht weniger skeptisch, sondern gezielt skeptisch sind.“

⊗ Journalismus als demokratische Arbeit

Um Carstens Ziel zu erreichen, muss eines gewährleistet sein: das Recht auf Skepsis. Ohne dieses Recht fällt der unabhängige Journalismus vollständig weg. Das weiß auch Katharina. Dank ihrer zusätzlichen Tätigkeit als Reisejournalistin hat sie bereits viel von der Welt gesehen. „Eine Sache, die mir immer wieder auffällt, ist, wie grau das Leben werden kann, wenn Grundrechte eingeschränkt werden und wenn es keinen mehr gibt, der über das Recht von Minderheiten oder Machtmissbrauch berichten kann. Auch in Europa kommen die Wände immer näher.“

Doch das ist kein Grund für Reporter ohne Grenzen, den Kopf in den Sand zu stecken, ganz im Gegenteil. Katharina bleibt zwar bescheiden, wenn sie über ihre eigene Arbeit spricht, hält aber fest: „Jede Art von Engagement für unabhängigen Journalismus und vor allem für eine breite Medienvielfalt ist Engagement für die Demokratie. Wir sind und bleiben die vierte Gewalt, denn wer schaut den Mächtigen sonst auf die Finger?“

Obdachlosigkeit in Hamburg:

zwischen Teilhabe und Ausgrenzung



Illustration: Wadim Petunin

Text: Valeria van Melis

Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn Menschen trotz sozialer Absicherungssysteme auf der Straße leben müssen? Und wie kann gesellschaftliche Teilhabe für obdachlose Menschen ermöglicht werden?

Wer am Sonntagmittag am Sonnenschein Café in Ottensen vorbeiläuft, sieht draußen Menschen in kleinen Gruppen vor dem Café sitzen und Kaffee trinken. Drinnen stehen einige in der Schlange am Tresen, um sich Kuchen oder ein Sandwich zu holen. Die Stimmung ist ruhig und freundlich. An den Tischen sitzen Leute und lesen Zeitung. Zwischen den Stühlen liegt ein schwarzer Labrador.

Was für viele eine vertraute Situation ist, hat hier eine besondere Bedeutung. Denn die meisten Menschen, die ins Sonnenschein Café kommen, haben keinen eigenen Wohnraum, sie leben auf der Straße.

Gesellschaftliche Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen „ist eine wesentliche Voraussetzung für den Zusammenhalt einer Gesellschaft“, so die Bundeszentrale für politische Bildung. Diese ist allerdings stark von der finanziellen und sozialen Lage einer Person abhängig. Die Langzeitstudie SOEP (Sozio-oekonomisches Panel) zeigt, dass Menschen, die in Armut leben, häufig von materieller Deprivation betroffen sind – also aus finanziellen Gründen auf alltägliche Dinge verzichten müssen. Dazu zählen auch Freizeitbeschäftigungen wie der Besuch eines Museums oder anderer Orte des gesellschaftlichen Lebens.

Für obdachlose Menschen erschwert neben ihrer finanziellen Notlage auch ihr Status die Teilhabe. Wer keinen Zugang zu eigenem Wohnraum und Sanitäranlagen hat, fühlt sich in sozialen Situationen oft unwohl und ist großer Stigmatisierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Demgegenüber betont die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, dass sich eine Gesellschaft unter anderem dadurch auszeichnet, dass „sich alle zugehörig fühlen können“. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, sinkt der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Vertrauen in Institutionen. Dies kann auch eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Obdachlosigkeit wirkt sich also sowohl mittelbar auf die Betroffenen als auch unmittelbar auf den sozialen Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft aus.

Um wohnungslosen Menschen Orte der Teilhabe zu ermöglichen, gibt es in Hamburg das Sonnenschein Café in der Mathilde Bar. Es hat jeden Sonntagnachmittag geöffnet und bietet einen kostenfreien Zugang zur Cafékultur in Hamburg, egal ob mit oder ohne festen Wohnsitz. Es ist eines von mehreren Projekten der GoBanyo gGmbH (gemeinnützige GmbH).

Das Café ist an diesem Sonntag gut besucht. Gülay, die GoBanyo gemeinsam mit ihren Kollegen Chris und Dominik gegründet hat, steht im Hinterraum des Cafés und beginnt, Brötchen zu schmieren. Dominik war selbst über zehn Jahre obdachlos. Heute arbeiten sie gemeinsam daran, Menschen in ähnlichen Situationen zu helfen.

Gülay berichtet, wie sie nach der Eröffnung des Cafés merkten, „dass obdachlose Menschen sich gar nicht trauen, in Räume zu gehen, selbst wenn sie für sie ge-

dacht sind. Viele Menschen fühlten sich nicht wohl in ihrer eigenen Haut und haben sich erstmal in den WC-Räumen gewaschen, bevor sie den Kuchen bestellt haben.“ Bei einer Recherche stellte sie fest, dass öffentliche Sanitäranlagen nicht regelmäßig geöffnet sind und nicht nach jeder Nutzung gereinigt werden. So entstand die Idee des Duschbusses: An fünf Tagen in der Woche fährt der Bus durch Hamburg und bietet obdachlosen Menschen Zugang zu sauberen Sanitäranlagen. Neben drei Badezimmern und der damit verbundenen Privatsphäre bietet das GoBanyo-Team auch Pflegeprodukte und frische Kleidung an.

Jeden Freitag kommt zusätzlich das Krankenmobil der Caritas, damit sich die Gäst*innen medizinisch versorgen lassen können. Denn: „Immer mehr Menschen sind pflegebedürftig und haben wenig Zugang zu medizinischer Versorgung oder zum Winternotprogramm“, so Gülay.

Der Wohnungslosenbericht des Bundes bestätigt die von GoBanyo beschriebene Entwicklung: In Hamburg hat sich von 2018 bis Anfang 2024 die Zahl der obdachlosen Menschen auf rund 3.800 verdoppelt. Dabei ist die tatsächliche Zahl obdachloser Personen vermutlich noch höher, denn nicht alle Menschengruppen können erfasst werden. Ursächlich für diesen Anstieg sind die anhaltende Zuwanderung nach Deutschland sowie ein angespannter Wohnungsmarkt mit nicht bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum. Zusätzlich zeigt eine Befragung der Sozialbehörde vom Februar 2023, dass sich der gesundheitliche Zustand der auf der Straße lebenden Menschen in den vergangenen Jahren verschlechtert hat.

Das Sonnenschein Café ist nicht der einzige Ort in Hamburg, wohnungs- und obdachlose Menschen Teilhabe ermöglicht. Direkt am Hauptbahnhof befinden sich die Bahnhofsmision und unweit davon der Social Hub: Das sind Einrichtungen, die Menschen in seelischen und materiellen Notlagen unterstützen. Ähnlich wie GoBanyo bieten sie konkrete Hilfe zur Verbesserung der Lebensumstände an und ermöglichen dadurch gleichzeitig Teilhabe für Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben.

„Die Bahnhofsmision“, so erzählen Helene, die dort ihren Bundesfreiwilligendienst absolviert, und Ann-Sophie, die beim Social Hub arbeitet, „ist eine Erstanlaufstelle für Menschen, die in Problemlagen sind und in Hamburg stranden.“ Sie hat 24/7 geöffnet und vermittelt Hilfe, wenn Kontakte zu anderen Einrichtungen gefragt sind. „Soziale Arbeit braucht Koordinierung“, sagt Ann-Sophie und berichtet, dass sich deshalb der Social Hub gebildet hat. Das Hilfesystem bräuchte Vernetzung, um eine intensivere Betreuung hilfesuchender Menschen zu gewährleisten.

Neben Kaffee, Tee, Hygieneartikeln, Pflege, Kleidung und der Möglichkeit einer kurzen Pause bietet die Bahnhofsmision insbesondere Austausch mit Menschen an. Helene berichtet, dass einige Besucher*innen immer wiederkommen, um zu reden und zu erzählen, was in ihrem Leben

„Soziale Arbeit braucht Koordinierung“

passiert. Teilhabe zu ermöglichen bedeutet für das Team, auch scheinbar kleine Alltagsbedürfnisse – wie das Aufladen eines Handys – zu berücksichtigen und zu erfüllen. Besonders beliebt sind die Friseurtage, an denen ein Team der Marke Schwarzkopf vorbeikommt und einen Pflege- und Friseurtag für die Besucher*innen ermöglicht. Eine Ursache für Obdachlosigkeit im Sozialstaat ist laut Helene und Ann-Sophie häufig Bürokratie. Herauszufinden, wer für welche Leistungen zuständig ist und worauf man eventuell Anspruch hat, ist für viele schwer. Auch Gülay berichtet, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit kaum Zugang zum staatlichen Hilfesystem und insbesondere illegalisierte Personen keine Chance auf Wohnraum haben.

Auffangprojekte wie Übernachtungsstätten sind für viele Betroffene keine Option. Ann-Sophie und Helene berichten, dass viele hier negative Erfahrungen machen und sich nicht sicher fühlen. Gülay betont, dass diese Notfallhilfen weder nachhaltig noch ausreichend für alle sind. Beispielsweise dürfen „Straßensozialarbeitende, die von der Stadt Hamburg bezahlt werden, nur Menschen betreuen, die sozialleistungsfähig sind“.

Eine regelmäßige Besucherin der Bahnhofsmision ist Katrin. Jeden Morgen kommt sie hierher, um einen Kaffee zu trinken und sich mit den Mitarbeiter*innen zu unterhalten. Besonders der Austausch vor Ort ist wichtig für sie: „Die Bahnhofsmision ist schon mein zweites Wohnzimmer.“

Zurzeit schläft sie in Altona vor dem Mercado Einkaufszentrum. Besonders als Frau habe sie es nicht leicht auf der Straße. Hier sei sie hart geworden, sagt sie. Tagsüber bettelt sie in der U- oder S-Bahn. Da es in Hamburg ein Bettelverbot im ÖPNV gibt, kommt es auch vor, so erzählt Katrin lachend, dass sie sich „mit den gelben Männchen vom Sicherheitsdienst anlegt“.

Auch Helene und Ann-Sophie berichten, dass viele Gäste darunter leiden, wie andere Menschen mit ihnen umgehen. Sie wünschen sich eine sozialere Herangehensweise und mehr Sensibilisierung im Umgang mit obdachlosen Menschen. Denn neben strukturellen Problemen wie einem diskriminierenden Wohnungsmarkt und einer fortschreitenden Verdrängungspolitik der Stadt erfordert Obdachlosigkeit nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Verantwortungsübernahme. Gesellschaftliche Teilhabe beginnt beim alltäglichen Umgang mit obdachlosen Menschen. Die meisten Initiativen funktionieren durch die Mithilfe von Ehrenamtlichen. Gülay erzählt, dass es auch helfen kann, Menschen, die auf der Straße überleben müssen, anzuschauen, ihnen ein Lächeln zu schenken oder ihnen auch Geld zu geben.

Katrin berichtet, dass sie das Gefühl hat, von der Gesellschaft nicht mehr wahrgenommen zu werden. Ihr Bedürfnis ist es, dass Menschen mit ihr reden. „Ich würde mir wünschen, dass Leute freundlicher mit mir umgehen und mich nicht wie den letzten Dreck behandeln.“

Hier findest du



Vera Menge, 27

02



Elisabeth Gefeller, 28

03



Maraia Jakimov, 26

15

Hannah Meyer, 24

Get This!

Carlotta Hensel, 26

16



01



Johanna Petschick, 24



Yvonne Alon, 32

Habibe Holzkamp, 22



04

Ariel Victor Arthanto, 34



Meral Nur Katran, 20

05

Carlotta Schnepel, 26



06



07

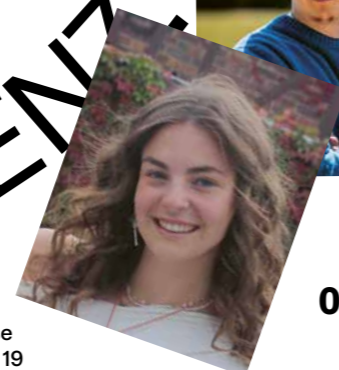
Jo Sense, 26

Alex Frieling, 26



07

Anneliese Heindel, 19



08

Wir hoffen, dir haben die Artikel gefallen. Wir sehen uns bei der nächsten Ausgabe.



14

Kayra Aktas, 17



Valeria van Melis, 19

17



Wadim Petunin, 32

13



Pauline Ruprecht, 19

12



Vivien Lloyd, 24

09

Lorenz Kirschall, 26



11



Felicia Holtkamp, 24

10



Mahnal Sourou, 22



Markus Hengelhaupt, 33

#MeToo-Bewegung → S. 09

Die #MeToo-Bewegung macht auf sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch aufmerksam. Betroffene teilen ihre Erfahrungen öffentlich, um gesellschaftliche Veränderungen und mehr Schutz vor Diskriminierung zu erreichen.

Asyl → S. 43/44

Asyl bezeichnet den Schutz für Menschen, die in ihrem Herkunftsland verfolgt werden oder dort nicht sicher leben können. Das Recht auf Asyl ist in internationalen Abkommen und im Grundgesetz verankert.

Cancel-Culture → S. 09/10

Der Begriff Cancel-Culture stammt aus den USA und tauchte erstmals auf Twitter (heute X) auf. Er beschreibt Situationen, in denen Personen oder Organisationen nach als problematisch eingestuften Äußerungen oder Handlungen kritisiert, boykottiert oder ausgeschlossen werden.

Care-Arbeit → S. 23

Care-Arbeit umfasst Tätigkeiten wie Pflege, Kinderbetreuung oder Haushaltsarbeit und ist gesellschaftlich wichtig. Als Lohnarbeit wird sie oft schlecht bezahlt, während sie im Privaten meist unsichtbar bleibt.

Debattenkultur → S. 09/10

Der Begriff beschreibt die Art und Weise, wie Menschen miteinander diskutieren und Meinungen austauschen. Eine respektvolle Debattenkultur ist für demokratische Gesellschaften von großer Bedeutung.

Deprivation → S. 66

Deprivation bezeichnet Entbehrung, Mangel oder Benachteiligung in wichtigen Lebensbereichen wie Bildung, Einkommen oder sozialer Teilhabe. Sie kann soziale Ungleichheit verstärken.

Desinformation → S. 25/63

Desinformation bezeichnet absichtlich falsche oder irreführende Informationen. Sie wird genutzt, um Meinungsbildung zu beeinflussen oder Chaos zu stiften. Besonders in sozialen Medien verbreitet sie sich schnell.

Digital Services Act → S. 31

Diese EU-Verordnung verpflichtet die Plattformen dazu, ihre Angebote unter anderem altersangemessen zu gestalten.

Diskriminierung → S. 13/15/35/36/37/54

Diskriminierung bedeutet, Menschen aufgrund bestimmter Merkmale wie Herkunft, Geschlecht oder Religion schlechter zu behandeln. Sie kann im Alltag, in Institutionen oder im Berufsleben auftreten.

Dragkünstler*innen → S. 51/53

Dragkünstler*innen inszenieren sich bewusst mit Kleidung, Make-up und Rollenbildern, oft bewusst überzeichnet oder performativ. Drag kann Kunstform, Unterhaltung und Ausdruck von Identität zugleich sein.

Eskapismus → S. 25

Eskapismus bezeichnet das bewusste Flüchten aus der Realität, zum Beispiel durch Medien, Spiele oder Fantasiewelten. Diese Flucht kann Entlastung bieten, aber auch Probleme verdrängen.

Europäisches Parlament → S. 23/39/40

Das Europäische Parlament ist die direkt gewählte Vertretung der Bürger*innen der Europäischen Union. Es entscheidet gemeinsam mit anderen EU-Institutionen über Gesetze und politische Themen.

Greenwashing → S. 32

Greenwashing bedeutet, dass Unternehmen oder Organisationen sich umweltfreundlicher darstellen, als sie tatsächlich sind. Dadurch sollen ihre Produkte oder Maßnahmen nachhaltiger wirken.

„Reconquista“ → S. 22

Der Begriff bezeichnet ursprünglich die „Rückeroberung“ der iberischen Halbinsel durch christliche Herrschende im Mittelalter. Das rechtsextreme Netzwerk „Reconquista Germanica“ wollte gezielt Einfluss auf Debatten und soziale Medien nehmen.

Inklusion → S. 09/18/19

Inklusion bedeutet, Barrieren abzubauen und Ausgrenzung entgegenzutreten, die Menschen davon abhalten, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Investigativjournalismus → S. 62

Beim Investigativjournalismus werden gezielt Missstände, Korruption oder Machtmissbrauch recherchiert. Journalist*innen arbeiten dabei oft über längere Zeit an einer Geschichte.

Jim-Crow-Gesetze → S. 36

Die Jim-Crow-Gesetze waren rassistische Gesetze in den USA, die Schwarze Menschen systematisch benachteiligten und gesellschaftliche Räume trennten. Sie galten vor allem im Süden der USA bis in die 1960er-Jahre. Der Name geht auf eine rassistische Bühnenfigur aus dem 19. Jahrhundert zurück.

Klimagerechtigkeit → S. 56

Klimagerechtigkeit bedeutet, die Folgen der Klimakrise fair zu verteilen. Vor allem Menschen und Länder, die wenig zur Krise beigetragen haben, sollen besser geschützt werden.

Klimakrise → S. 04/26/32/58

Die globale Erwärmung und ihre Folgen wie Extremwetter und Artenverlust werden vor allem durch menschliche Emissionen verursacht. Sie gilt als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Kolonialismus → S. 35/36

Kolonialismus bezeichnet die politische und wirtschaftliche Herrschaft eines Staates über andere Gebiete und deren Bevölkerung. Sie basiert auf Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung.

Marginalisierung → S. 09/37

Marginalisierung bedeutet, dass Menschen oder Gruppen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Dadurch haben sie oft weniger Einfluss, Chancen und gesellschaftliche Teilhabe.

Musen → S. 52

Eine Muse ist eine Person, eine Idee oder ein Ort. Sie inspiriert Künstler*innen und Kreative zu ihren Werken. Der Begriff stammt aus der griechischen Mythologie, in der die Musen die Schutzgöttinnen der Künste und Wissenschaften waren.

Patriarchat → S. 52/53

Als Patriarchat werden gesellschaftliche Strukturen bezeichnet, in denen Männer dominante Positionen einnehmen. Es prägt politische, soziale und kulturelle Machtverhältnisse. Feministische Bewegungen kritisieren diese Ungleichheit.

Rassismus → S. 15/35/36/37/55

Rassismus bezeichnet die Abwertung oder Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer zugeschriebenen Herkunft oder äußerer Merkmale. Er kann individuell, gesellschaftlich oder institutionell wirken.

Rechtsextremismus → S. 15/16/22/23/55/62

Rechtsextremismus umfasst politische Ideologien, die demokratische Werte ablehnen und Menschenfeindlichkeit verbreiten. Er basiert auf Nationalismus, Rassismus und Gewalt.

Resozialisierung → S. 11

Resozialisierung bezeichnet Maßnahmen, die Menschen nach Straftaten bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft unterstützen sollen. Ziel ist es, neue Straftaten zu verhindern.

Schwarz → S. 35/36/37

Schwarz wird oft als politische Selbstbezeichnung von Menschen mit afrikanischer oder afro-diasporischer Herkunft verwendet. Der Begriff verweist auf gemeinsame Erfahrungen mit Rassismus.

Tradwife → S. 22/23

Der Begriff ist die Kurzform für „traditional wife“ und beschreibt ein Rollenbild, bei dem Frauen die ihnen traditionell zugewiesenen Aufgaben im Haushalt und in der Familie übernehmen. Der Begriff wird in den sozialen Medien oft kontrovers diskutiert.

UNESCO → S. 04/28/62

Die UNESCO ist eine Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Sie setzt sich unter anderem für den Schutz des Kulturerbes und die internationale Zusammenarbeit ein.

„Vierte Gewalt“ → S. 62/63

Mit „vierter Gewalt“ sind die Medien gemeint, die Politik und Gesellschaft kritisch begleiten. Sie gelten als wichtiger Bestandteil demokratischer Systeme und werden neben den Staatsgewalten Judikative, Exekutive und Legislative als „vierte Gewalt“ bezeichnet.

Wasserblindheit → S. 05/07

Wasserblindheit beschreibt das fehlende Bewusstsein dafür, wie viel Wasser im Alltag und bei der Produktion von Gütern verbraucht wird. Dadurch wird der tatsächliche Wasserverbrauch oft unterschätzt.

Wasserfußabdruck → S. 04/06

Der Wasserfußabdruck zeigt, wie viel Wasser direkt und indirekt für Produkte, Dienstleistungen oder den Lebensstil einer Person benötigt wird. Er macht den versteckten Wasserverbrauch sichtbar.

GENZ – das Jugendmagazin der Landeszentrale
für politische Bildung Hamburg
Ausgabe 9 | Sommer 2026

HERAUSGEBER
Landeszentrale für politische Bildung (LZ Hamburg)
Dammthorstraße 14, 20354 Hamburg
Tel. 040 42823-4810

CHEFREDAKTEURIN & KOORDINATION
Felicia Holtkamp

CO-CHEFREDAKTEUR
Alex Frieling

ART DIREKTORIN & LAYOUT
Maraia Jakimov

FOTOGRAFIE COVER/BILDSTRECKE
Jannis Langer

ILLUSTRATOR*INNEN
Ariel Victor Arthanto, Maraia Jakimov,
Yvonne Alon, Wadim Petunin

MODELS
Hannes Eichler, Said Noll, Sophia Schweizer,
Mahnal Sourou, Dani Tran

LEKTORAT
Monika Halbinger

SCHLUSSREDAKTION
Markus Hengelhaupt

DRUCK
Max Siemen KG

Dieses Magazin wurde klimaneutral gedruckt

AUFLAGE
5.000 Exemplare

REDAKTIONSANSCHRIFT
Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung
Landeszentrale für politische Bildung
Markus Hengelhaupt | GENZ
Dammthorstraße 14
20354 Hamburg
moin@genz-hamburg.de

Kostenfrei erhältlich in der Medienausgabe in der
Landeszentrale für politische Bildung Hamburg und
online unter genz-hamburg.de

HIER GEHT'S ZU UNSERER WEBSITE:



Das Quellenverzeichnis findet ihr auf
unserer Website

WIR FREUEN UNS ÜBER FEEDBACK!

Wie hat dir GENZ 09 gefallen? Was können wir
beim nächsten Mal besser machen? Schreib uns
unter moin@genz-hamburg.de

Wir bedanken uns bei allen Menschen, die mit tollen Ideen,
zahlreichen Meetings und großem Vertrauen GENZ 09
ermöglicht haben! Ihr seid die BeZten!



Demokratie braucht politische Bildung und mutige Ideen. Setzen wir uns in Bewegung!

Was uns bewegt und was wir bewegen – das beschäftigt uns in der 9. Ausgabe GENZ. Deswegen halten wir inne und betrachten die Dinge, die sich um uns herum weiterbewegen. Wasser fließt, Meinungen driften auseinander, Musik bewegt, queere Kunstführungen eröffnen neue Denkansätze, Perspektiven verändern sich, Nachhaltigkeit fordert gesellschaftlichen Wandel. Eigentlich ist alles ständig in Bewegung.

Deswegen wollen wir uns dem Begriff Bewegung nähern. Dafür sprechen wir mit Expert*innen über Rechtsruck, Cancel Culture, Pressefreiheit und Diskriminierung. Vom ehemaligen Häftling, über Drag Queen bis hin zu EU-Abgeordneten, sie alle bewegen.